links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

D 1600 E
Offenbach Nr. 257 Oktober 1991
23. Jahrgang **W: DM 6,—/O: DM 4,—**

UMBRUCH DER SU

Sovjeticus

Abschied von der alten UdSSR

Henning Schröder

Der Westen muß umdenken

JUGOSLAWIEN

Gabriele Herbert

Friedenshoffnung durch Wirtschaftskollaps?

BRDDR

Rainer Weisshuhn

Zum 3. Oktober

Victor Pfaff

Asyl: Zwischen Scylla und Charybdis

THEORIE

Georg Lukács

Soziale Verantwortung des Philosophen

Liebe Leserinnen und Leser,

Pogromstimmung im Osten: unglaubliche Jagdszenen auf Ausländer spielten sich am vorletzten September-Wochenende im sächsischen Hoyerswerda ab. Die empörenden Vorgänge in Hoyerswerda haben die noch laufende Asylbedatte neu aufgeheizt. Während ,,DDR"-Kommunalpolitiker davon überzeugt sind, daß sich die ,,Randalierer" beruhigen, wenn die Ausländer erst aus ihren Städten verschwunden sind, benutzten Kohl und Schäuble den Skandal im Osten um auf eine rasche Einigung zu einem verschärften Asylrecht zu dringen. Die SPD will sich jedoch auf den rigiden Regierungskurs bislang nicht einlassen. Die Ausschreitungen von Hoyerswerda sind ein Grund mehr, noch einmal das schaurige Sommerstück der Asyldebatte auf der politischen Bühne zu sezieren. Victor Pfaff (Pro Asyl) setzt hier von Stoiber bis Cohn-Bendit das Seziermesser an. Eines ist sicher: An der Beibehaltung des Aslyrechts und der Rechtsweggarantie wird sich die politische und demokratische Kultur der Deutschen enthüllen.

Der Bürgerkrieg in Jugoslawien dauert an. Ein zarter Hoffnungsschimmer: Bei Redaktionsschluß hatten Kroatien und die Armee eine Feuerpause angeordnet. In New York traf sich inzwischen der Sicherheitsrat der UN zu informellen Gesprächen. Nicht nur EG-Politiker sind hilflos, wenn es darum geht, eine Lösung für die Jugoslawien-Krise zu finden. Schon wird der Ruf nach einer militärischen Intervention laut. Peter Schlotter warnt jedoch vor der eskalierenden Dynamik einer solchen Aktion, denn weder EG noch WEU haben für die Durchführung einer solchen Intervention ein Mandat. Aber ist es tatsächlich ein Konflikt, der von außen nicht zu beeinflussen ist? Der Franzose Bernard Kouchner vertritt hier eine andere Position: er plädiert für die Einmischung aufgrund einer gemeinsamen moralischen Verantwortung der Europäer. Kouchner appelliert an die Beistandspflicht der Europäer, ohne allerdings die militärischen Folgen einer solchen ,,Einmischung" zu berücksichtigen. Oder liegt, wie Gabriele Herbert vermutet, die einzige Friedenshoffnung in dem Kollaps des jugoslawischen Wirtschaftssystems? Auch wir sind zugegebenermaßen ratlos.

Die Lösung des jugoslawischen Nationalitätenkonflikts spielt für die auseinanderfallende Sowjetunion eine bedeutende Rolle. Auch hier eskalieren die nationalen und sozialen Spannungen, die Republiken stehen vor einer wirtschaftlichen Katastrophe. Mit den nationalen Konflikten vergrößern sich aber auch die Sicherheitsrisiken. Deshalb ist der Westen gefordert, zum einen eine gezielte regionale Wirtschaftshilfe zu leisten, zum anderen seine Position hinsichtlich der Sicherheitspolitik zu überdenken. Jeder Politiker kann sich wohl ausmalen, was ein fehlendes Demilitarisierungs- und Wirtschaftshilfekonzept des Westens nicht nur für die neuen Republiken der alten UdSSR, sondern auch für ganz Europa bedeutet. Sovjeticus, Henning Schröder, Alain Touraine und Jean-Claude Guillebaud schreiben zu der Umbruchssituation in der Sowjetunion, dem thematischen Schwerpunkt dieser Ausgabe.

Mit dem Abschied von der alten UdSSR wird auch Abschied genommen von einem mit ihr politisch eng verbundenen Symbol: Von Vladimir Illitisch Lenin. Zum ,,Ende des Leninismus" und ,,den Trümmern der eigenen Welt" äußern sich in der ,,aktuellen Debatte" Ludi Lodovico und Micha Brumlik.

Daß die westliche Linke noch Schwierigkeiten hat, ihre eigene Geschichte zu bearbeiten, zeigt gerade auch die Auseinandersetzung mit marxistischen Theoretikern. Theoretikern auch wie Georg Lukács. Anläßlich des 20-jährigen Todesjahres von Lukács hat Rüdiger Dannemann für die *links* ein Dossier über den ungarischen Philosophen zusammengestellt, in dem wir — darauf möchten wir unsere Leserinnen und Leser besondern hinweisen — auch einen bisher unveröffentlichten Lukács-Text publizieren.

Um Aufarbeitung linker Politik, um Abschiede und Trennungen, um Kritik und Selbstkritik geht es auch in unserer Rubrik ,,Cosa Nostra". Detlev Claussen, langjähriges Redaktionsmitglied ist aus der Redaktion ausgeschieden. Mit seiner Begründung setzt sich die *links*-Redaktion in einer Stellungnahme auseinander.

Die Redaktion

IMPRESSUM

HERAUSGEBER- UND REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION zur Zeit: Natascha Apostolidou, Petra Bonavita-Lindloff, Ulrich Brand, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Peter Kern, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Gerhard Krum, Thomas Kunz, Ludi Lodovico, Rüdiger Pusch, Felix Schneider.

STÄNDIGE MITARBEITER: Lothar Baier, Carl-Wilhelm Macke, ,,Sovjeticus"

REDAKTIONSSEKRETÄRIN:
Helga Haas-Rietschel (v.i.S.d.P.)

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH
Verlag 2000 GmbH

TITELGESTALTUNG: dpa

LAYOUT: Helga Haas-Rietschel, Birgit Letsch, Claudia Weber

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die November-Ausgabe 1991 ist der 17.10.1991

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 6,—/O: DM 4,—
Jahresabonnement W: DM 64,—/O: DM 40,—
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ,,Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Victor Pfaff
Zwischen Scylla und Charybdis
Zur Asyldiskussion **5**

AKTUELL

Rainer Weisshuhn
Der Spatz in der Hand
Der Blick aus Ostdeutschland
ein Jahr nach der Vereinigung **7**

Gabriele Herbert
Nur der baldige Wirtschaftskollaps
birgt Friedenshoffnung
Zwischenbericht zur Lage
in Jugoslawien **9**

Peter Schlotter
Wider die Stammtischstrategen **11**

Bernard Kouchner
Beistandspflicht **12**

HINTERGRUND

Wolfgang Templin
Alte und neue Identitäten
Zwei Jahre Bündnis '90 **13**

Gerhard Krum
An der Realität vorbei **15**

DOKUMENTATION

Irmgard Schultz
Demokratie und Gewaltfrage
Feministische Kritik an der Idee
der Zivilgesellschaft **16**

THEMA: Umbruch in der SU

Sovjeticus
Abschied von der alten UdSSR
Die größten Probleme
stehen noch bevor **19**

Henning Schröder
Schritt für Schritt weg
von NATO, WEU und EG
Aufgaben westlicher Osteuropapolitik
nach dem 19. August **22**

Alain Touraine
Eine Lektion für Europa **25**

Jean-Claude Guillebaud
Die Dämonen sind müde
Oder die ewige Wiederkehr
der ,,Russischen Frage'' **26**

Mario Ajello
Gegen die Dämonisierung
der Nationalismen
Gespräch mit Victor Zaslavsky **27**

AKTUELLE DEBATTE

Ludi Lodovico
Das Ende des Leninismus **29**

Micha Brumlik
In den Trümmern
der eigenen Welt **31**

DOSSIER

Rüdiger Dannemann
Georg Lukács' Kritik
der gesellschaftlichen Vernunft
Thesen zur Renaissance eines
aufgeklärten Marxismus **33**

Agnes Heller
Der Schulgründer **35**

Leo Koffler
Bekenntnis zur individuellen
Freiheit **35**

Georg Lukács
Die soziale Verantwortung
des Philosophen **36**

RUBRIKEN

Editorial **2**

LeserInnenbriefe **4**

Cosa Nostra:
Detlev Claussen:
Abschied vom SB **39**
Stellenungnahme der Redaktion **40**

Lektüre **28, 38**

Termine **42**

Abonnement **43**

Buchläden **44**

LESERBRIEFE

Betr.: *links* Nr.

Politische Praxis fehlt

Die Gründe (meines Abschieds vom SB und von der *links* — Anm. der Red.) sind zweigleisig (aber keineswegs zwiespältig): Zum einen Eure fehlende Präsenz in konkreter politischer Arbeit (...), in Fürstenfeldbruck, 40 km außerhalb dieses Millionendorfes liegt, mag noch mit den speziellen hiesigen Gegebenheiten zu erklären sein; nicht aber, daß Kongresse irgendwelcher Leute, die glauben, ‚es eh schon zu wissen', genügen mir nicht mehr. Genausowenig, die ,,denkbar geringe Rolle außer- und vorparlamentarischer Aktivitäten' (Kremer/Möbbek, *links* 254/255) zu bejammern, ohne selbst wahrnehmbare Zeichen über das Papier hinaus zu setzen.

Schlimmer aber ist die Auswirkung dieser Passivität auf Eure eigene Denkhaltung, wie sie sich in der *links* seit fast einem Jahr manifestiert. Köhler/Brands (*links* 254/255) Vorwurf der ,,Akademisierung'' und des ,,staatsfixierten Politikverständnis'', der der Berliner Volksuni 1991 galt, trifft für überwiegende Teile seines Publikationsorgans mindestens ebenso zu. Texte wie J. Beckers Südafrika-Artikel mit klatrer kapitalkritischer Position und für *links*-Verhältnise ungewohnt eindeutiger Zuschreibung von Verantwortung (an Ikatha und weiße Sicherheitskräfte; Nr. 252) oder der Bericht und Türkei-Boykott-Aufruf der beiden medico-Mitarbeiterinnen bezüglich Kurdistans (Nr. 254) sind viel zu seltene, positive Ausnahmen und auf Leute zurückzuführen, die nicht aus SB-Zuammenhängen stammen, sondern aktiv und zielgerichtet internationalistisch arbeiten. Drastisch, aber konkret formuliert hat Euer Problem S. Helmer in seinem Leserbrief in Nr. 254: ,,Selbstkritische Töne waren selten zu vernehmen, weil keine eigene Praxis zu formulieren war.'' (...)

Gefallen hat mir in der Beilage von Bündnis 2000 in der Mai-*links* der Leserbrief der Erfurterin bezüglich der Passivität der dortigen Polizei angesichts von Fascho-Überfällen; diese Direktheit fehlt mir ansonsten im Umgang der *links* mit diesem Thema. Dazu finde ich Portraits wie das der ‚Nationalen Offensive' sinnvoll, nicht aber das Stoltsche Palavern. Es erreicht zwar noch nicht die völlige Charakterlosigkeit des Textes von Michael Rutschky in der *taz* vom 8. Juli, der sich nicht entblödet, Thesen zu kolportieren, die dem DDR-Neofaschismus antiautoritären Anspruch zuschreiben und Parallelen zur 68er-Revolte ziehen (als hätte die sich nicht auch gegen die eigenen, westlichen Privilegien gerichtet, wo in Neufünfland bierdummer Egoismus brüllt und nach allem tritt, was nach den Maßstäben der hiesigen Hierarchie noch unter dem weißen, christlichen Arbeitslosen steht: Frauen, Ausländer, Lesben, Schwule!), doch dem Staat der Globkes, Lübkes, Kiesingers und Filbingers eine ,,einmalige radikale Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte zuzuschreiben, ist schon (gewollte?) Blindheit. Ich halte es da eher mit ‚Geronimo' (Edition ID, Amsterdam 1990): ,,Nach fast 20 Jahren ist wieder eine Präsenz von nationalistischen und neofaschistischen Parteien in den Parlamenten zu verzeichnen. Das ist darauf zurückzuführen, daß in der Geschichte der BRD die autoritäre, teilweise präfaschistische Grundhaltung von Teilen der Bevölkerung niemals aufgearbeitet, geschweige denn bekämpft worden ist.'' Das gilt für die DDR genauso — und hat hier wie dort im wahrsten Sinne des Wortes für ,,Volksfeinde'' lebensgefährliche Konsequenzen. Denn angesichts der ungeheuren Brutalität der Neofaschisten im Osten geht völlig unter, daß alleine 1991 in den ,,alten Ländern'' drei Menschen durch Skinheads getötet, etliche mit Stiefeltritten, Messerstichen und Angriffe mit Baseballschlägern schwer verletzt worden sind. Dazu schweigt die *links*...

Die Auseinandersetzung mit Rassismus, wie er sich auch in den neuen deutschen ,,Ausländergesetzen'' zeigt, kommt bei Euch generell zu kurz. Das zeigt sich auch in Artikeln wie denen zu Bulgarien und der Sowjetunion (Nr. 253), deren unterschwellige, teils auch explizite Sympathie für den Schwenk zur ,,Marktwirtschaft'' deren langfristig katastrophale Auswirkungen nicht hinterfragt: die globale 2/3Gesellschaft (einerseits innerhalb der ‚entwickelten' Länder, andererseits gegenüber einem dann bis auf die gehätschelten ,,Führungseliten'' noch hiflloseren, auszuplündernden Trikont) unter Leitung eines aller Kontrolle durch die Betroffenen entzogenen IWF. Angesichts der demgegenüber nicht vollzogenen Abrenzung verkommt die milde Kritik der *links* (MaiTitelbild) an der Ausgliederung außereuropäischer Flüchtlinge durch die westlichen Staaten zum bloßen humanitären Feigenblatt, wo weiterhin internationale Solidarität gefordert bliebe. Die Folgen — praktisch: entweder ein globaler Getthoisierungsprozeß nach US,,Vorbild'' oder ein umfassendes, permanentes Jugoslawien — hat wieder einmal J. Hirsch in derselben Ausgabe auf den Punkt gebracht: ,,Wenn sich Politik auf Markt und Mark reduziert, darf nicht verwundern, wenn es zuletzt nur noch um Status und Privilegienkämpfe, ums Bezahlen und Bezahltwerden geht, wenn partikuläre Interessen und dumpfe Ressentiments sich immer unvermittelter durchsetzen. Im ökonomischen Gerangel geht eine demokratische, auf das Gemeinwesen als Ganzes und seine Entwicklungsperspektiven bezogene Politik schlicht unter.'' In dieser Beziehung ist auch die Kritik von Thomas Gebauer völlig berechtigt; das ,,Verharren in liebgewonnenen Denkschemata und Begrifflichkeiten'' allerdings mag für's SB gelten, außerhalb dessen gibt es Gruppen und Zusammenhänge, die gegen den IWF-Kongreß in Berlin gearbeitet haben, gegen die Genmanipulationsstrategien der Multis und bevölkerungspolitischen Technokraten arbeiteten und arbeiten, die sich auf den Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München vorbereiten.

Eure Praxis sind Denunziationen wie in Eurer Stellenausschreibung in der Mai-Ausgabe: ,,Nicht verwandt und nicht verschwägert mit der SED/PDS''. Stilistische Gleichsetzung á la BILD und Tagesschau trifft sich hier mit der Einnahme serviler Demutshaltung gegenüber der in Hochblüte befindlichen (noch?) verbalen Erschlagung alles ,,Linken''; fingerzeigende Abgrenzung tritt an Stelle kritischer Solidarität. (...)

Da nimmt mich nicht Wunder, daß ihr konkrete Probleme wie den irischen Befreiungskampf trotz des in Düsseldorf laufenden Staatsschutzsprozesses und der drohenden Auslieferung Gerry Hanrattys an das verrufene ‚diplock-court'-,,Justiz''system Nordirlands vernächlässigt.

FLORIAN BÜCHNER

Betr.: *links* Nr. 254/255

Nicht Couch, Talk-Show-Sofa

Was treibt die Redaktion gegenwärtig dazu an, dem Leser die Lektüre der *links* immer schwerer werden zu lassen. Jüngstes Beispiel: eine Analyse der SPD. Nicht daß ein solches Vorhaben für sich kritikwürdig wäre: aber muß das aus der Feder der realsozialistischen Fraktion geschehen?

Schon die Überschrift verrät, daß viel Sprachklimbim nachfolgt und am Ende ist es Gewißheit, daß mit der Couch nicht die Couch, sondern das Sofa in der Talk-Show gemeint ist. Für die Autoren sind das organisationspolitische Profil der SPD (lahme Ortsvereine, nicht-programmatische Parteitage, fehlende Kampagnenfähigkeit etc.) und verschiedene Verschwörergruppen (Teile der NRW-SPD etc.) offenbar der Hauptgrund für die Krise der SPD. Daß die Modernisierer um Lafontaine, auf dessen Wahlkampfveranstaltungen das erste und für einige Zeit auch wohl das letzte Mal etwas von einer anderen SPD zu sehen und zu hören war, vordergründig nicht Opfer der Konspiration, sondern der deutschen Einheit sind, kommt ihnen gar nicht in den Sinn. Das ,,Milieu'' aber, das z.B. auf Lafontaines Veranstaltung in Berlin in Erscheinung trat, war begeisternd unsozialdemokratisch. Die meisten waren Erst- oder Zweitwähler, für die nicht die Jusos, sondern Greenpeace und Vaclav Havel das verkörpern, was sie von Politik erwarten: Ehrlichkeit, Konsequenz und Unkonventionalität etc... Überflüssig zu sagen, daß ihnen Stamokap-Jusos, Realsozialismus, spw und der Minimalkonsens des breiten linken Bündnisses ein Greuel sind.

Mag sein, daß manchem (auch den Autoren?) die Veränderungen in Europa so unglaublich erscheinen, daß die ,,Frage nach einem politischen Gezeitenwechsel'' sich aufdrängt. Aber das ist dann doch eher eine Sache des Mondes und nicht Schuld des x-ten Parteitages der SPD: selbst wenn dort sträflicherweise kein Beschluß für den konsequenten Gezeitenwechsel gefaßt wurde.

SOUND HANSEN

KOMMENTAR

VICTOR PFAFF

Zwischen Scylla und Charybdis

Zur Asyldiskussion

Man sollte die Protagonisten der Asyldiskussion auf der Bühne eines Schauspieltheaters diskutieren lassen. Von Stoiber bis Cohn-Bendit. Von Kinkel bis Wedemeier. Von Kohl bis Bohl. Von Däubler bis Gmelin. Etwa zwei Dutzend Männer und Frauen. Laut Regie hätten sie alle gleichzeitig zu sprechen. Mal hebt der eine die Stimme, mal die andere. Am Ende fiele der Vorhang. Heraus träte mit Narrenkappe Helmut le Chou und sagte: Alle klar? Das Publikum antwortete im Chor: Wir sind im BILD!

Versuchen wir's ein letztes Mal:

Stoiber etwa schlägt vor, das Grundrecht auf Asyl als Individualgrundrecht abzuschaffen. Es bliebe die institutionelle Garantie. Der Staat hätte das Recht, politisch Verfolgten Asyl zu gewähren, die politisch Verfolgten hätten nicht das Recht, die Schutzgewährung zu erzwingen. Es bliebe die Genfer Flüchtlingskonvention. Kaum jemand weiß, was durch sie normiert ist. Vor allem nicht Cohn-Bendit, der auf die Spiegel-Frage, was er mit einem Hungerflüchtling mache, ins Mikrophon trällert: ,,Natürlich kann ich jemandem aus der Sahel-Zone nicht sagen: Junge, bei uns ist's voll, tut mir leid... Schließlich hat die Bundesrepublik die Genfer Konvention für Flüchtlinge unterschrieben" (Spiegel Nr. 35/91).

In der Genfer Flüchtlingskonvention ist hauptsächlich zweierlei geregelt: Die Mindestrechte, die aufgenommene politische Flüchtlinge erhalten, und zweitens das Verbot der Ausweisung oder Zurückweisung politischer Flüchtlinge (wortgleich jetzt in § 51 Abs. 1 AuslG). Die Begriffe des politisch Verfolgten nach Genfer Flüchtlingskonvention und Grundgesetz sind nahezu kongruent. Folglich, meint Stoiber (immer nur zum Beispiel), dürfe er an der Grenze alle diejenigen abweisen, die nicht politisch verfolgt seien. Dabei wird verschwiegen, daß nur etwa 20 Prozent aller Asylsuchenden sich an der Grenze melden. Der Rest ist erstmal ,,drin", mit oder ohne Visum, legal oder illegal. Übersehen wird, daß neben der Liquidierung des Artikels 16 Abs. 3 Satz 2 GG die Artikel 1 Abs. 1, Artikel 2 Abs. 2 und Artikel 3 Abs. 3 GG geändert werden müßten: Die Vorschriften verbieten die Ausweisung und Zurückweisung derjenigen nicht politisch Verfolgten, deren Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit im Falle der Zurückweisung bedroht wäre. Aber selbst das machte Herrn Stoiber noch nicht glücklich. Denn Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention verbietet es, einen Menschen auszuweisen oder an der Grenze zurückzuweisen, dem dadurch anderswo ,,unmenschliche oder erniedrigende Strafe oder Behandlung" droht.

Lassen wir Herrn Stoiber. Es gibt die gemäßigten Reaktionäre. Die sagen: Artikel 16 Abs. 2 Satz 2 GG soll ergänzt werden, etwa durch: ,,Das nähere regelt ein Bundesgesetz." Dem könnte Cohn-Bendit um den Preis eines Einwanderungsgesetzes zustimmen, wobei er eine Quotierung der politischen Flüchtlinge ausschließt. Er sagt: ,,Ich will eine unabhängige Institution, die mehrheitlich besetzt ist mit gesellschaftlich unabhängigen Persönlichkeiten, die gibt es ja. Die haben einen Stab, der die Weltsituation in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, der Flüchtlingshilfe (was ist das?, V.P.), amnesty international und so weiter ermittelt. Dort wird jeden Monat ein Bulletin herausgegeben über die politische Verfolgung in anderen Ländern."

Nach zweimaligem Lesen bekommt man einen galligen Lachkrampf. Auf der Liste stünden Andorra, Schweden, Frankreich, San Marino, Monaco, auch die USA und die Schweiz zum Beispiel. Welches Land, woher zur Zeit hauptsächlich Asylantragsteller kommen, stünde auf der Liste? Polen? Die polnischen Asylantragsteller fallen nicht mehr ins Gewicht. Rumänien, Türkei, Jugoslawien etwa? Was ist mit Ghana und den wenigen Ghanaern, die rechtskräftig als politisch Verfolgte anerkannt werden? Jeden Monat eine neue Liste? Du lieber Herrgott! Cohn-Bendit weiß es nicht, aber diejenigen Sozialdemokraten, die im Prinzip den gleichen listigen Listenvorschlag machen, werden sich erinnern: 1980/81 war es die sozial-liberale Koalition unter Helmut dem Anderen, die eine solche Liste gemacht hat. Darauf standen Afghanistan, Iran, Äthiopien zum Beispiel: Mit Zustimmung des Bundesrates hatte der Bundesminister des Innern Visum- und Transitvisumzwang gegen diese Länder eingeführt, weil von dort soviele Ausländer ,,in verdeckter Absicht der Arbeitsaufnahme" kämen. Nachzulesen ist diese Infamie in den Bundesrats-Drucksachen 146/80 und 371/81. Das Wort Flüchtlinge kommt dort gar nicht vor, weil der Bund und die Länder der Auffassung waren, aus diesen Ländern kämen keine Flüchtlinge. Nachdem diese aber — trotz Visumzwang aber nun gegen Zahlung von Tausenden von Dollars an Fluchthelfer — angekommen waren, hat das Bundesamt Zirndorf sie zu 80 - 90 Prozent als politisch Verfolgte anerkannt. Und dann noch: Absurd die Annahme, die Vereinten Nationen oder amnesty international stünden Pate für die Listenlösung. Sie haben nicht einmal ein Mandat hierfür.

Halten wir es einstweilen mit Kinkel gegen Cohn-Bendit: Die Grundgesetzänderung sollte unterbleiben. Und zwar mitsamt dem Einwanderungsgesetz. 1990 hatte ich öffentlich geschrieben, daß dieser Vorschlag der Spatenstich der ,,Linken" für das Grab des Ayslgrundrechtes ist. Es hat sich bewahrheitet. Die Befürworter einer solchen Gesetzgebung sollten einmal das Kontingentflüchtlingsgesetz vom Juli 1980 und das Ausländergesetz vom Juli 1990 lesen. Alles, was sie wollen, ist mit Normen dieser Gesetze realisierbar; Menschen aufzunehmen, die dringend humanitärer Hilfe bedürfen (Artikel 1 Kontingentflüchtlingsgesetz; § 32 AuslG) und Menschen ins Land zu lassen, die hier arbeiten wollen und sollen (§ 10 Abs. 2 AuslG). Allein, der politische Wille muß her — für ein Einwanderungsgesetz etwa nicht?

Neben denen, die das Ayslgrundrecht abschaffen oder einschränken oder ergänzen oder erweitern wollen — was alles auf das Gleiche hinausläuft — gibt es diejenigen, die dem Rechtsstaat selbst ans Leder gehen. So etwa hatte Däubler-Gmelin zeitweise ins Gespräch gebracht, das Asylgrundrecht bestehen zu lassen, die Asylentscheidung des Bundesamtes bzw. bestimmte Teile der Entscheidungen der Justizkontrolle zu entziehen. Das geht nur durch eine Einschränkung des Artikels 19 Abs. 4 Satz 1 GG: ,,Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen." Rechtsweg heißt Weg zu den staatlichen Gerichten. Eine verwaltungsbehördliche Beschwerdeinstanz ist nicht grundgesetzkonform.

Haben wir nicht in der Zeit der Berufsverbotskampagne unter anderem von den Sozialdemokraten gehört, daß die Forderung nach Beseitigung der Gewaltenteilung, die Schaffung eines ,,arbeitenden Parlaments" mit der FDGO nicht vereinbar ist? Wie hat sich der Wind gedreht! Zwar stehen im Zug momentan erst die Flüchtlinge. Bald aber auch diejenigen, die nur eine Ordnungswidrigkeit begangen haben sollen oder die den Wehrdienst verweigern oder die an der

Trasse einer geplanten Bundesfernstraße wohnen?

Schäuble hat uns in seiner ,,Flüchtlingskonzeption'' vor einem Jahr wissen lassen, daß die Anerkennungsquote des Bundesamtes sich aufgrund gerichtlicher Entscheidungen verdoppelt. Was bedeutet folglich die Abschaffung oder Einschränkung der Justizkontrolle? Daß politisch Verfolgte abgeschoben werden. Vergessen ist Cemal Kemal Altun, der 1983 in Berlin sich aus dem Gerichtsgebäude in die Tiefe stürzte. Springen politische Flüchtlinge demnächst aus dem Bundesamt?

Breiter Konsens zwischen CDU/CSU und SPD scheint inzwischen zu sein, wenn schon Justizkontrolle, dann nur eine Instanz ohne die jetzt bestehende Möglichkeit der sogenannten Zulassungsberufung, über die ein Mindestmaß an Rechtsvereinheitlichung noch gegeben ist. Die 23. Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin entscheidet über Klagen iranischer Asylantragsteller zu neunzig Prozent negativ, bei der 4. Kammer des Verwaltungsgerichtes Wiesbaden ist es umgekehrt — als ob das eine Gericht es mit Hizbollahis, das andere es mit Regimegegnern zu tun hätte. Wahrlich, wahrlich, die Beseitigung der Rechtsvereinheitlichung im Bundesstaat ist Beseitigung von Recht.

Die Probleme der Kommunen mit der Unterbringung der Asylantragsteller sind großenteils nicht geheuchelt. Auch habe ich nie gezweifelt, daß es viele Asylantragsteller gibt, die keine bona-fide-Flüchtlinge sind. Also sollen die Asylverfahren beschleunigt werden — dadurch, daß die meisten Beschleunigungsvorschriften der letzten zehn Jahre aufgehoben werden, vor allem die Beteiligung der Ausländerbehörden an der Prüferei und das idiotische Zuweisungsverfahren. Asylanträge sind bei der Behörde zu stellen, die darüber zu entscheiden hat: Beim Bundesamt. So war es bis 1981. Das Bundesamt hat im Regelfall innerhalb von maximal drei Monaten zu entscheiden, inclusive Zustellung der Entscheidung. Die Qualität der Bundesamtsentscheidungen ist drastisch zu verbessern, da sonst, wie jetzt, die Justiz überflüssigerweise Aufklärungsarbeit mit oder ohne Beweiserhebung zu leisten hat. Diejenigen Flüchtlinge, die bei Verwandten oder Bekannten oder sonst aus eigener Kraft irgendwo unterkommen können, sollen das Recht dazu haben. Die anderen sollen das Recht haben, in einem Lager zu leben. So war es bis Ende der siebziger Jahre in § 40 des damaligen Ausländergesetzes geregelt. Es ist Menschen, die behaupten, politisch verfolgt zu sein, zumutbar, maximal sechs Monate in einem anständigen Lager zu leben.

Folglich hätte auch die Justiz im Regelfalle innerhalb von drei Monaten über eine Klage zu entscheiden. Warum sollte das nicht möglich sein, wenn man die Asylverstopfung der Justiz mit Hilfe eines Klistiers in Form einer generellen Altfallregelung beseitigt, indem ein dauerhaftes Bleiberecht möglich wird gegen Rücknahme der Klage? Die von manchen ins Auge gefaßten Grenzrichter könnten sich ja auch nicht Jahre Zeit lassen.

Jetzt hört man, daß die Sozialdemokratie in diese Richtung denkt. Wenn man ihre Vorschläge von den Zwangsvorstellungen (Kasernierung, Abwicklung des Verfahrens insgesamt innerhalb von 6 Wochen) befreit, läßt sich vielleicht auch im Detail ein Konsens finden. ■

Die Bundesregierung zur Aussiedlerthematik

Kann die Bundesrepublik Deutschland den Zuzug von Aussiedlern finanziell verkraften?

Antwort: In den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg haben wir unter weit ungünstigeren Bedingungen als heute rd. 12 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene bei uns aufgenommen und auch finanziell ohne nennenswerte Schwierigkeiten eingegliedert. Seit 1950 sind zusätzlich über 2 Millionen Aussiedler zu uns gekommen. Unsere Landsleute haben mit ihren Fähigkeiten, Erfahrungen und ihrem Fleiß tatkräftig am Aufbau unseres Staates und am Ausbau unseres Wohlstandes mitgewirkt.

Ist unser Land nicht ohnehin schon überbevölkert?

Antwort: Insbesondere aufgrund der ungünstigen Altersstruktur wird die Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland nach statistischen Berechnungen in Zukunft zurückgehen. Auch durch den Beitritt der fünf neuen Länder wird sich daran nichts wesentlich ändern. Die Aussiedler, überwiegend junge Familien mit Kindern, tragen zu einer ausgewogenen Bevölkerungsstruktur bei.

Wird der Zustrom an Aussiedlern nicht unsere Renten gefährden?

Antwort: Die deutschen Aussiedler, die zu uns kommen, sind in ihrer großen Mehrheit junge Menschen, Familien mit vielen Kindern. 44 % der Aussiedler, die 1989 in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind, waren jünger als 25 Jahre. Nur 3,7 % waren über 65 Jahre alt.

Diese Fakten sind für die Finanzierung unserer Renten von großer Wichtigkeit. Sie zeigen, daß die überwiegend jungen Menschen im Laufe ihres Arbeitslebens bei uns ihre Renten selbst erarbeiten und die Solidargemeinschaft daher kaum belasten werden. Im Gegenteil: Wegen ihrer außerordentlich günstigen Altersstruktur tragen sie zur Sicherung und Finanzierung unserer Renten langfristig bei. Je eher wir sie in das Berufsleben eingliedern, umso frührer wird das für uns alle spürbar.

Ich möchte aber auch auf einen anderen wichtigen Aspekt hinweisen, der in der Diskussion leider viel zu wenig beachtet wird: Der Zuzug der Aussiedler hat und wird zusätzliche Arbeitsplätze bei uns schaffen. Denn sie alle ernähren und kleiden sich, brauchen Wohnungen und richten Haushalte ein. Damit sind sie ein bedeutender Faktor in unserem Wirtschaftsleben. Ich glaube daher, daß der Zuzug unserer Landsleute im Ergebnis, wie in der Vergangenheit, ein Gewinn für uns alle sein wird.

Müssen wir um unsere Arbeitsplätze fürchten?

Antwort: Diese Frage wird immer wieder gestellt. Ich kann die Sorgen unserer Bürger verstehen. Ich halte sie im Ergebnis aber für unbegründet: In der Nachkriegszeit sind sehr viele Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Damals waren viele Menschen arbeitslos. Einheimische haben gemeinsam mit ihnen unser Land und unsere Wirtschaft wieder aufgebaut und damit Hunderttausende Arbeitsplätze neu geschaffen. Ich bin sicher, daß wir in den nächsten Jahren eine vergleichbare Entwicklung erleben werden.

Sie waren und sind ein Gewinn für unsere Gesellschaft und unseren Staat. Ich bin der festen Überzeugung, daß auch die Starthilfen, die wir den heute zu uns kommenden Aussiedlern mit dem Ziel einer möglichst raschen Eingliederung geben, finanziell verkraftet werden können. Sie stellen eine sinnvolle Investition für unsere Zukunft dar.

Dr. Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, Faltblatt zur Aussiedlerthematik, Bonn 1990, Auszug

Anmerkung von PRO ASYL:
Alle Argumente gelten in gleicher Weise für Asylsuchende!!!!!

Quelle und Leseempfehlung:
Fluchtursachen bekämpfen — Flüchtlinge nützen, hg. zum 4. Oktober, Tag des Flüchtlings, von PRO ASYL
Bestelladresse: Typo-Knauer GmbH
PF 160415, 6000 Ffm 16 (DM 4,—)

RAINER WEISSHUHN

Der Spatz in der Hand

Der Blick aus Ostdeutschland ein Jahr nach der Vereinigung

Die deutsche Vereinigung fand — entgegen einem weitverbreiteten Irrtum — nicht etwa am 3. Oktober 1990 statt, sondern schon früher. Das entscheidende Datum war das der Währungsunion ein Vierteljahr zuvor, und der Anstoß dazu war der Tag, an dem die Mauer fiel. Im Unterschied zu den osteuropäischen Ländern war und ist in der DDR nicht das Erlebnis der befreiten Nation, sondern das des Besitzes ,,richtigen'' Geldes als die Erfüllung aller Sehnsüchte empfunden worden. Das mag daran liegen, daß es diese Möglichkeit gab, die die anderen Länder nicht hatten. Aber vielleicht bedeutet es auch, daß materielle Bedürfnisse noch allemal die ideellen dominieren.

Es ist im Verlauf des ersten Jahres der neuen deutschen Einheit viel darüber geredet und geschrieben worden, wie falsch und kurzsichtig die Menschen in der Ex-DDR mit ihrer einmaligen Chance umgegangen sind. Linke und andere Oppositionelle in beiden deutschen Staaten warnten von Anfang an vor der Gefahr einer unreflektierten Übernahme des Modells ,,Bundesrepublik''. Die einen wußten um die Defizite und Ungerechtigkeiten, um die historische Überlebtheit dieses Modells, die anderen fürchteten seine übermächtige Stärke, die Eigenes rücksichtslos verdrängen würde und ja auch weitgehend inzwischen verdrängt hat. Noch heute gibt es Diskussionen unter den frühen Aktivisten der DDR-Opposition über die Möglichkeit, wenn nicht Notwendigkeit einer Machtübernahme im Oktober und November 1989. Mit dieser halsbrecherischen Spekulation aus dem Handbuch der Revolutionstheorien soll noch im Nachhinein der Grundirrtum der DDR-Linken in einen taktischen Fehler uminterpretiert werden.

Hätte die Opposition in der DDR, gestützt auf die demonstrierenden Massen, den Anschluß an die BRD verhindern können? Hätte sie eine linke Alternative jenseits von Sozialismus und Kapitalismus für die DDR entwickeln und in die Praxis umsetzen können? Abgesehen von der eigenen personellen und konzeptionellen Impotenz, abgesehen von der wirtschaftlichen und damit auch politischen Übermacht der Bundesrepublik gibt es einen entscheidenden Grund für die Unsinnigkeit, ja Gefährlichkeit einer solchen Vorstellung.

Die Fernsehbilder der Demonstrationen unter der Losung ,,Wir sind das Volk'', erst recht aber deren unmittelbares Erleben, erzeugten in den Köpfen der lebenslänglich frustrierten Linken das Bild der so oft beschworenen revolutionären Massen, die plötzlich ihr emanzipatorisches Bewußtsein entdeckt hätten und aufgestanden seien, endlich zu vollbringen, was von Marx bis Bahro prophezeit wahr. Die Geschichte hat — nicht zum ersten Mal — bewiesen, daß dies eine Utopie war und das Bild eine optische Täuschung. Die Fata Morgana gibt es zwar, aber ihre Realität ist viel weiter weg als ihre Erscheinung. Natürlich waren die Menschen auf der Straße, und auch dies nicht zum ersten Mal in der Geschichte, aber der revolutionäre Moment besagt noch nichts über die emanzipierte Bewältigung der Mühen der Ebene.

Die Gesellschaft der DDR erwies sich nach knapp sechzig Jahren Diktatur, davon vierzig Jahren Stalinismus, als zerstört. Das lebensunfähige System der Vergewaltigung nicht nur der Menschen, sondern gleich der Geschichte, genannt Sozialismus, brach zusammen. Dies beschreibt wohl den Herbst 1989 besser als der Mythos vom Aufstand, der die Herrschaft hinwegfegt. Unter der sehr dünnen Decke der Opposition zeigt sich sehr schnell, was eine zerstörte Gesellschaft tut, wenn sie plötzlich gefordert wird: Sie sucht sich neue Autoritäten. Es gab kein gesellschaftliches Selbstbewußtsein, das eigene Autoritäten oder die Gesellschaft selbst als Autorität hervorbringt. Deshalb hätte der Versuch der Opposition, selbst die Macht zu übernehmen — schon das Bild ist verräterisch —, entweder mißlingen oder blutiges

Foto: P.E. Jansen

Jakobinertum werden müssen. Die Entwicklung in den osteuropäischen Ländern zeigt, daß jede linke Utopie ohne Resonanz geblieben wäre. Die dortigen Oppositionen — durchweg realistischer als die in der DDR — mögen regieren, aber ihr Spielraum beschränkt sich auf den zwischen Havel und Walesa.

Vorbild lag vor der Tür

Im Unterschied zum Rest des ehemaligen sozialistischen Lagers lag das Vorbild für die DDR direkt vor der Tür. Man konnte, respektive mußte, sich nur in die vorgegebenen Muster einpassen. Dabei ist unerheblich, wie passend und wie richtig diese waren. Entscheidend ist die Vorstellung von Wohlstand und Kompetenz. Der gesunde Menschenverstand verlangte den Spatz in der Hand statt der Taube auf dem Dach — zumal der Spatz zu Kohlschem Format aufgeblasen mit der DM winkte und die Taube als gerupfte Mutation auf der Erde kroch. Daß diese Unterwerfung schmerzhaft ist, daß die Menschen in der Ex-DDR immer noch Bürger zweiter Klasse sind, haben mittlerweile die meisten erfahren. Schon hört man den Stoßseufzer von der guten alten Zeit nicht nur bei Anhängern der PDS. Aber die Offenheit für vorbildlose Experimente ist wohl kaum gewachsen. Im Bewußtsein der Menschen vollzieht sich paradoxerweise mit dem ÜBergang von der sogenannten Planwirtschaft zur Marktwirtschaft unter BRD-Hoheit keineswegs ein solches vorbildloses Experiment, sondern nur die Rückkehr zu Bewährtem.

Linken aus der EX-DDR ist schon länger, spätestens aber seit dem Herbst 1989, klar, daß der Sozialismus gescheitert ist. Für die meisten gilt dies auch für den Marxismus, zumindest in seiner leninistischen Interpretation. Dieser durchaus schmerzhafte Erkenntnisprozeß wurde natürlich durch die unmittelbare Erfahrung des Sozialismus erleichtert. Im Westen Deutschlands, wo diese fehlt, scheint die sozialistische Vision auch nach Verlust der realen Projektionsfläche als Phantomschmerz noch länger zu wirken. Aber die Geschichte und damit die Realität ist langwieriger und komplizierter, als daß sie *die* ungestraft ließe, die sie mit Ideologien im Kopf zu manipulieren versuchen.

Wer nicht in die reaktionäre Orthodoxie des Sozialismus zurückfallen oder dort verharren will, wer links im Sinne von progressiv sein will, tut gut daran, die Utopie als das zu nehmen, was sie ist: ein schöner Traum. Der Sozialismus hat seine Marxsche Unschuld verloren. Das 20. Jahrhundert hat ihm eine schreckliche Realität gegeben. Und zumindest dort, wo er herrschte, mußte sich eine Linke, die sich emanzipatorischen Inhalten, die sich den Menschenrechten und der Gewaltfreiheit verpflichtet fühlte, konsequenterweise als *antisozialistisch* verstehen. Dafür war ein Tabu zu brechen. Aber gerade dies zu tun, sollte für sich beanspruchen, wer die herrschenden Realitäten nicht nur erkennen, sondern auch verändern will.

Traditionelle Formeln greifen nicht mehr

Die traditionellen Formeln von *links* und *rechts* greifen schon lange nicht mehr. Es herrscht Begriffsverwirrung und die Demagogen beider Seiten nutzen das. Während sich die Rechtsnachfolger der stalinistischen Parteien als Linke bezeichnen, begrüßen sie den Putsch in der Sowjetunion, den die Rechten rechts und reaktionär nennen — zu recht, wie Linke sagen. Die Gleichsetzung von links und sozialistisch schreckt manche, sich weiter links zu nennen, obwohl sie sich so verstehen. Der *antisozialistischen Linken* trauen die *antikapitalistischen Linken* nicht zu, auch antikapitalistisch sein zu können. Schon halten sich einige für rechts, weil sie antisozialistisch sind. Andere sind deswegen tatsächlich rechts. Die Krise der Linken ist auch eine Krise der Rechten, nur weiß diese es nicht, weil sie scheinbar auf der ganzen Linie gesiegt hat. Die alten historischen und ideologischen Zuordnungen sind verloren und man muß sie entweder aufgeben oder neu definieren. Sicher ist, daß die Erkenntnis dieser Notwendigkeit für die Linke eine Befreiung aus der gegenwärtigen Sackgasse bewirken könnte.

Nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch-politisch ist die Opposition in Deutschland in der Defensive, zumindest was den Umgang mit der Vereinigung und ihren Folgen angeht. Der Run auf das Modell Bundesrepublik hat längst die meisten der potentiellen Möglichkeiten zerstört, für die Ex-DDR wenigstens einige praktische Fehlentwicklungen der westdeutschen Gegenwart zu verhindern. Alles, was anders ist in der ehemaligen DDR, wirkt nun zwangsläufig und pauschal als falsch. Von irgendwelchen Alternativen oder auch nur Weiterentwicklungen kann überhaupt keine Rede mehr sein. Auf das unterentwickelte Selbstbewußtsein der Ostdeutschen trifft der Kolonialismus der Westdeutschen — und dies gilt auch für die Opposition von Sozialdemokraten über Grüne bis zur Radikalen Linken.

Keine rückständige Ausgabe der BRD

Während jeder Vorschlag aus dem Osten ungehört bleibt, mittlerweile über Krisenmanagement auch kaum noch hinauskommt, behindern Selbstgewißheit und geistiges Beharrungsvermögen im Westen noch immer den Umgang mit dem erschreckenden Ausmaß gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und ökologischer Zerstörung. Der Osten Deutschlands und erst recht Osteuropa ist nicht einfach eine rückständige Ausgabe der Bundesrepublik, ebensowenig wie dort die Reaktion den Sozialismus unmöglich gemacht hat. Es ist anders und vor allem komplizierter. Da hergebrachte ideologische Schablonen auf die Situation im Osten nicht passen, bleibt der Maßstab die gewohnte Realität der alten Bundesrepublik. Damit aber ist der veränderten Gegenwart und Zukunft in Gesamtdeutschland und ganz Europa nicht beizukommen.

Die Linke hat kein Konzept für Phänomene wie den osteuropäischen Nationalismus, die massive, gewalttätige Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, die wachsenden sozialen Spannungen dort und deren Ursache, die wirtschaftliche Krise. In der Hilflosigkeit vor dieser Situation und der instinktiven Ablehnung einer Auseinandersetzung mit ihrer Fremdheit werden verinnerlichte Werte wie die Selbstverständlichkeit demokratischer Verfahren und die Begrenztheit staatlicher Gewalt jetzt als solche erkannt, da sie im Zerrspiegel ostdeutscher Unkultur in Gefahr kommen. Der nicht unberechtigte Eindruck eines Rückfalls der politischen Kultur in die fünfziger und sechziger Jahre wird zum Vorwurf verkürzt, ohne die Ursachen zu sehen und vor allem zu verstehen.

Aus diesem Eindruck den Schluß zu ziehen, jenseits aller neuen Realitäten an der Einseitigkeit westlicher Optik festhalten zu können, als habe sich nichts geändert, verstellt den Blick auf die Notwendigkeit einer Neuformulierung linker Theorie und kritischer Politik. Statt — zum Beispiel in der Berlin-Bonn-Diskussion — deutschnationalen Chauvinismus und preußischen Militarismus als Erklärungsmuster zu bemühen, sollte die Linke, wenn sie es bleiben will, sich dieser Aufgabe stellen, und zwar aus Einsicht in ihre Notwendigkeit. ■

Der **Verlag 2000 GmbH** (selbstverwalteter Betrieb) des Sozialistischen Büros sucht bis spätestens 31.12.91 eine

BÜROALLROUNDKRAFT für 30 Std./Woche mit kaufmännischen Kenntnissen

zur Betreuung unserer Abonnements- und Einnahmenverwaltung, des Versandes sowie unserer Mitglieder- und Fördererkartei.

Wir wünschen uns: Fähigkeit zu selbstständigen, eigenverantwortlichen Arbeiten, EDV-Kenntnisse (nicht Bedingung), Führerschein Kl. 3

Wir bieten: Flexible Arbeitszeiten, einen selbstbestimmten Arbeitsplatz, Haustarif und bescheidene Sozialleistungen

Aussagefähige Bewerbungen an:

Verlag 2000 GmbH, Postfach 10 20 62, Bleichstr. 5/7, D-6050 Offenbach

☏ 069 / 88 50-06 oder -07

GABRIELE HERBERT

Nur der baldige Wirtschaftskollaps birgt Friedenshoffnung

Zwischenbericht zur Lage in Jugoslawien

Während dieser Artikel geschrieben wurde, berichteten die neuesten Nachrichten des BBC-world-service, daß der kroatische Präsident Franjo Tudjamn der jugoslawischen Armee (INA) das Angebot macht, die Blockade der Kasernene der INA aufzuheben, wenn im Gegenzug die jugoslawische Marine die Blockade der Häfen aufgibt und den Einmarsch in Kroatien stoppt.

Dieses Ereignis ist in vieler Hinsicht signifikant, war es doch eben diese Blockade, die die ,,Kampfmoral" der kroatischen Nationalgarde und der kroatischen Nationalisten hauptsächlich aufrecht erhielt. Die Blockade der Kasernen, das Abstellen aller Versorgungsleistungen, wie Strom und Wasser, für die Kasernen war direkt oder indirekt bei jedem Bruch eines waffenstillstandsabkommens von Bedeutung. Sie war militärisch der einzige Erfolg, den die kroatische Seite in den bisherigen Kämpfen erringen konnte. Der Ausbruch von Teilen der Armee aus den Kasernen konnte dann auch immer wieder als Beweis des Bruchs des Waffenstillstandes seitens der Armee herhalten. Indirekt kann daraus jedoch auch ersehen werden, daß die Armee zumindest zum großen Teil der einzige Verhandlungspartner der EG-Abgesandten war, der sich einigermaßen an die Vereinbarungen hielt und sich zum Beispiel eben in die Kasernen zurückzog.

Wichtiger jedoch: die ,,vorzeitige Aufhebung" dieser Blockade durch den letzten kroatischen Verteidigungsminister Luka Bebic, die Teil der Vereinbarung über einen Waffenstillstand mit Lord Carrington in Igalo war, war für Tudjman der Grund, seinen Verteidigungsminister zu entlassen. Die Blockade wurde fortgesetzt und wurde der Armee zum Anlaß, die Häfen der Adria zu belagern und zu beschießen. Ein weiterer Grund für das Zusammenbrechen der Waffenstillstände liegt darin, daß unterschrieben wird von ,,Führern", die zumindest zum Teil keine Befehlsgewalt über die Kämpfenden haben . Dies trifft besonders auf Milosevic zu, der zwar für das Anheizen der nationalistischen Stimmung in den letzten Jahren verantwortlich gemacht werden muß, dem jedoch die ,,Zauberlehrlinge" (Tschetniks) schon längst entlaufen sind.

Trotz Waffenstillstand brechen in Ostkroatien am 1.9.91 schon wieder heftige Kämpfe aus. Serbische Freiwillige laden hier in der Nähe von Borovo Selo eine Feldhaubitze, um ein Kroatisches Dorf zu beschießen. Foto: dpa

express

die Zeitung der
undogmatischen
Gewerkschaftslinken

In der
Oktober-Ausgabe des *express*:

Du sollst nicht afterreden — Arbeitsbedingungen und Selbstverständnis technischer Angestellter ● ... alles unter einem Dach — Betriebsvereinbarung zur Telearbeit bei IBM ● Soziale Risiken und Gestaltungsperspektiven der Teleheimarbeit ● Der Wandel des TUC — Entscheidung zur verrechtlichten Sozialpartnerschaft ● Sozialabbau in den Niederlanden — gewerkschaftliche Opposition ● Der neue Weg der Arbeitsbeziehungen in der Sowjetunion ● Gewerkschaftsspiegel ● Blick über den Zaun — internationale Nachrichten ● Buchbesprechung u.v.m.

Einzelheft DM 5,—
Abonnement DM 54,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** ,,express'' zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

Es kann nicht erwartet werden, daß die Leute in den ostkroatischen Städten und Dörfern, die sich gegenseitig bekämpfen, einem Waffenstillstand trauen, den weder die kroatische Nationalgarde noch die INA als die beiden offiziellen Armeen beachten. Denn ,,es ist nicht eine abstrakte Armee, die tötet, sondern es sind die Leute untereinander, die sich töten. Wenn man weiß, aus diesem Haus der Familie Petrovic wurden zwei Menschen getötet von der der Familie Horvat, kommen alle Petrovics aus allen Dörfern und versuchen einige Horvats zu finden, und wenn nicht Horvats dann einige Kroaten'' (*Zarko Puhovski in der taz vom 9.8.91)*.

Es muß davon ausgegangen werden, daß der Wille zum Frieden auf keiner Seite vorhanden ist. ,,Beide — jugoslawische und EG-Beamte sagten, der Friedensprozeß müsse solange scheitern, bis alle Seiten einen direkten Beweggrund dafür sehen, den Frieden zu suchen. Ein jugoslawischer Diplomat: ,,Diejenigen, die den Waffenstillstand unterschrieben, sind keineswegs davon überzeugt, daß dies der beste Ausweg ist. Die EG muß eine Lösung finden, die den Frieden attraktiv macht.''

Die deutsche Diplomatie Genschers, die die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens verspricht, ,,wenn die Kämpfe weitergehen'', macht es einem militärisch erfolglosen Kroatien geradezu zum einzigen Ausweg, die Kämpfe weiterzutreiben. Die Serben dagegen, überzeugt davon, daß sie traditionell ,,Gewinner im Krieg und Verlierer im (Verhandlungs-, G.H.)Frieden'' sind, glauben, die Probleme durch Eroberung lösen zu können.

Besteht ein Wille zum Frieden?

Die Politik der kroatischen Regierung der HDZ war von Anfang an geprägt von — um es sehr mild auszudrücken — Geschmacklosigkeit und Provokation gegenüber Nichtkroaten. Schon in der Wahlkampagne ging Tudjmans Satz, daß ,,seine Frau zum Glück weder Serbin noch Jüdin ist'' um die Welt. Als Präsident dann richtete er seine Reden nur noch an ,,Kroaten und Kroatinnen''. Als Staatswappen wurde das Parteiemblem der HDZ gewählt, das auch der ,,Unabhängige Staat Kroatien'' während des zweiten Weltkriegs auserkoren hatte. Dann wurden alle jene Gesetze annulliert, die den Minderheitenschutz garantierten. Der ''Platz der Opfer des Faschismus'', auf dem einst die Zagreber Antifaschisten gefoltert und umgebracht worden waren, wurde zum ,,Platz der Größe Kroatiens'' (vgl. auch Branko Horvat, in: Ost-West Gegeninformationen, Graz 3-4/91).

Hakenkreuze und Ustascha-Embleme können offen getragen werden, wie ich selbst im Mai/Juni dieses Jahres beobachtet habe, ohne daß die Polizei eingreift. Die Monumente, die an den Völkermord der Ustascha an den Serben und Juden erinnerten, wurden gestürzt *(vgl. ,,Die Zeit'' vom 30.8.91)*.. Im jüdischen Gemeindezentrum und auf dem jüdischen Friedhof gab es Explosionen, ohne daß nach den Schuldigen gesucht wird (*Financial times, 20.8.91*).

Ist es verwunderlich, daß die Serben im Osten Kroatiens in den meist umkämpften Gebieten (Osijek, Vukovar) zu Zehntausenden nach Serbien, Bosnien oder Ungarn flüchten, wenn die kroatische Nationalgarde ,,zur Sicherung der Grenzen'' auftaucht? Es gibt mittlerweile an die 50000 serbische Flüchtlinge und um die zehntausend kroatische aus diesen Gebieten nach den Berechnungen des Internationalen Roten Kreuzes. Aus Serbien flüchtet niemand aus nationalen Gründen.

Die Armee, die keineswegs so eindeutig serbisch ist, wie die deutsche Presse es immer wieder darstellt, wurde durch das Aufstellen einer Gegenarmee den serbischen Nationalisten, die nun plötzlich als Jugoslawen auftreten können, geradezu in die Arme getrieben.

Während all dem gibt es für die meisten Leute auch so was wie ein Alltagsleben und damit eine Wirtschaft. Bereits vor Ausbruch der kriegerischen Auseinandersetzungen war die Wirtschaftsleistung in allen Republiken um ca. zwanzig Prozent zurückgegangen. Es wird keineswegs privatisiert, sondern die Betriebe mit dem höchsten Einkommen werden verstaatlicht. Dies sowohl in Serbien als auch Slowenien und Kroatien. Die Betriebe müssen abgeben, was zum Aufbau der Armeen gebraucht wird. Direkt — nicht etwa über den Umweg einer neuen Steuergesetzgebung. Es gibt keine Sanierungsprogramme für problematische Unternehmen, die zum Beispiel Übergangsprobleme wegen des Wegfalls der Ostmärkte zu bewältigen haben, sondern solche Betriebe werden einfach zugemacht, die Arbeit in Forschungsabteilungen werden als unproduktiv eingestellt. *Elan* — ein Aushängeschild der slowenischen Wirtschaft ging mittlerweile in Konkurs durch den Einfluß vollkommen unqualifizierter Eingriffe seitens des Staates. Ähnliches gilt für Serbien. Kroatiens Wirtschaft liegt vollkommen am Boden zerstört durch das Ausbleiben der Touristen, und der Notwendigkeit, jeden Dinar in den Waffenkauf stecken zu müssen. Bosnien-Herzegowina hat keinerlei Transportwege mehr zur Außenwelt und steht schon alleine deshalb vor dem Kollaps.

Dies ist jedoch die einzige Hoffnung auf Frieden: daß die Wirtschaft zusammenbricht. Denn es ist sehr fraglich, ob sich die Menschen in Jugoslawien, die einen erheblich besseren Lebensstandard gewöhnt sind als andere Osteuropäer, Hunger und Kälte aussetzen werden, nur um den Größenwahnsinn ihrer Führer sogar mit ihrem Leben zubezahlen. ■

Gabriele Herbert, Soziologin, Jugoslawien-Expertin leitet das International Institute of Self-Management (ISO), lebt in Deutschland, England und Jugoslawien.

PETER SCHLOTTER

Wider die Stammtischstrategen

Es herrscht allgemeine Ratlosigkeit. Die Situation in Jugoslawien ist verheerend. Falls die Kriegsparteien den Konflikt bis zuletzt durchfechten und Serbien mit Unterstützung der jugoslawischen Volksarmee den kroatischen Sezessionsbestrebungen ein Ende setzen sollte, sollte man dann schweigen, sich mit hilflosen diplomatischen Appellen begnügen und letztlich zur Tagesordnung übergehen? Oder sollte eine militärische Intervention stattfinden und was wäre dann?

Während Schlotter sich gegen eine Intervention ausspricht, nennt der Franzose Bernard Kouchner Gründe für eine westeuropäische ,,Einmischung'' in Jugoslawien. Wir stellen beide Positionen zur Diskussion.

Die Situation im jugoslawischen Krieg ist verworren, hoffnungslos verworren — und mir ist kein Lösungsvorschlag bekannt, der realisierbar erscheint. Angesichts der Ratlosigkeit sehnt sich mancher nach dem Schwert, das den gordischen Knoten trennt und die Kriegsparteien auf Distanz hält. Die FAZ trommelt schon seit langem für die kroatische Sache, will die Kroaten mit Waffen versorgen lassen und stellt sich eine ,,Friedenstruppe'' vor, die eigentlich eine pro-kroatische Interventionstruppe ist. Aber auch tazler rufen nach der EG, nach einer UNO-Intervention; und die Kriegsgegner von gestern meinen plötzlich, die friedensstiftende Macht des Militärs zu entdecken.

Bei aller berechtigten Emotion, mit den Schwächeren zu fühlen — und das sind die Kroaten —, und dem Wunsch, den Groß-Serben einmal kräftig aufs Haupt zu schlagen, sollte man doch kühlen Kopf bewahren. Es gibt keine einfachen Lösungen in diesem Krieg — auch diesmal nicht —, und es gibt nicht nur Gute und nur Böse.

Klären wir erst einmal die Begriffe. Militärische Intervention von außen würde bedeuten, daß — so wie es in Jugoslawien derzeit aussieht — sie faktisch gegen Serbien und die jugoslawische Volksarmee durchgeführt werden müßte. Es wäre eine Parteinahme für Kroatien. Aber was wäre das Ziel? Schutz des Selbstbestimmungsrechts der Kroaten? Doch welches Prinzip der Selbstbestimmung? Die Kroaten vertreten es als Selbstbestimmungsrecht ihres Territorialstaates — wer immer in ihm lebt, und sei er auch Serbe. Wobei man — ganz nebenbei — die Serben nicht mehr als Staatsvolk, sondern nur noch als Minderheit ansieht. Die Serben hingegen verlangen gegenüber Kroatien das Selbstbestimmungsrecht für alle Serben — wo immer sie auch leben —, wobei sie sich — ganz nebenbei — wiederum gegenüber den Albanern im Kosovo auf das Territorialprinzip berufen. Das Amselfeld soll serbisch sein, wer immer gegenwärtig darauf siedelt.

Auch wenn der serbische Expansionismus eingedämmt werden sollte, was dann? Sollen die Europäer eine Lösung aushecken und ihn den Völkern im bisherigen Staatsverband Jugoslawiens aufoktroyieren, in einem Konflikt, an dem schon andere gescheitert sind? Und es geht nicht um zweite Hitlers oder zweite Saddams. Jugoslawien ist nicht Kuwait, und die Gegend um Knin ist nicht das Sudetenland von 1938.

Wie sollte denn überhaupt eine solche militärische Intervention aussehen? Schon die Missionen der EG-Troika haben gezeigt, wie schnell sich mit den örtlichen Gegeben- und Gewohnheiten Unvertraute im innerjugoslawischen Gestrüpp verheddern. Was wird erst passieren, wenn WEU-Soldaten die bosnischen oder montenegrinischen Berge nach serbischen Partisanen ,,durchkämmen''? Eine Intervention, um dort ,,Ordnung zu schaffen'' würde die Lage nur verschlimmern. Interventionen externer Parteien erhöhen in der Regel die Konfliktintensität und damit auch die Zahl der Opfer. Es sterben noch mehr Unbeteiligte als jetzt schon Opfer der Kampfhandlungen werden.

Zu warnen ist auch vor der eskalierenden Dynamik einer solchen Intervention. Die Militärs werden fordern, nicht zu kleckern, sondern zu klotzen, um die eigenen Verluste gering zu halten. Dazu hätten die Europäer wohl kaum die militärischen Mittel. Wenn die Intervention ,,gebremst'' erfolgt, gibt es die bekannten innenpolitischen Auseinandersetzungen über Eskalation oder Abzug. Auch ist eine regionale Begrenzung schwer einzuhalten; Vietnam und Afghanistan sollten doch eine Lehre sein.

Eine Einschränkung muß ich machen: Wenn es in Jugoslawien zu Massakern, Völkermord und grauenhaften Massendeportationen kommen sollte, wobei eine Seite eindeutig die treibende Kraft wäre, ließe sich eine militärische Intervention vertreten, obwohl auch in diesem Fall eine sorgfältige Abwägung über die Verhältnismäßigkeit der Mittel notwendig ist. Ganz eindeutig kommt dafür jedoch nur die UNO in Frage. Sie allein ist eine Institution eines kollektiven Sicherheitssystems und völkerrechtlich befugt, solche Interventionen im Rahmen des Kapitels VII der UN-Charta zu beschließen. Weder die EG noch die WEU haben dafür ein Mandat. Wenn es schon den europäischen Polizisten geben muß, dann darf er nur von einer übernationalen Sicherheitsinstitution bestellt werden, die gewissermaßen das überstaatliche Gewaltmonopol beansprucht, nicht von Bündnissen, die Interessen- und Hegemonialmacht verfolgen. Zu einem kollektiven Sicherheitssystem könnte sich die KSZE entwickeln; sie ist jedoch noch weit davon entfernt. EG oder WEU wären selbsternannte Polizisten. Man kann nicht für sie eine Rolle fordern, die man bei den Amerikanern immer wieder kritisiert hat.

▶ Soll Europa ,,Blauhelme'' schicken? ◀

Nach übereinstimmendem Verständnis aller Völkerrechtler kommen ,,peace-keeping-forces'' nur dann in Betracht, wenn *alle* Konfliktparteien sie wünschen, um zum Beispiel einen Waffenstillstand oder eine entmilitarisierte Pufferzone zu überwachen. Sie sind nur zur Selbstverteidigung bewaffnet.

Falls sie angefordert würden, dürfte sich niemand ohne triftige Gründe verweigern. Allerdings müssen die ,,Blauhelme'' absolut unparteiisch sein. Daher kommt meiner Ansicht nach dafür auch nicht die WEU als der militärische Arm der Europäischen Gemeinschaft in Frage. Die EG hat ja nun eine ziemlich unglückliche Rolle in diesem Konflikt gespielt und war keineswegs unparteiisch; außerdem ist sie in sich völlig zerstritten.

Auch Blauhelme sollten nur von Organisationen eines kollektiven Sicherheitssystems entsandt werden. Das ist per se nicht die Aufgabe der EG oder der WEU. Neben der UNO käme hier nur die KSZE in Frage, obwohl sie — wie gesagt — noch kein kollektives Sicherheitssystem ist. Sie könnte gewiß die WEU beauftragen. Aber auch in diesem Fall müßten Soldaten, die nicht der WEU angehören, beteiligt sein. Überhaupt sollten die Blauhelme nicht von Großmächten bzw. von Staaten entsandt werden, die unmittelbar vom Krieg in Jugoslawien durch Nachbarschaft oder historische Belastungen betroffen sind. Ihnen könnten Soldaten neutraler und nichtpaktgebundener Staaten angehören, die nicht Jugoslawien-Anrainer sind; die Truppe würde durch Kontingente aus kleineren und mittleren EG/WEU-Staaten ergänzt werden.

Blauhelm-Soldaten leben nicht ungefährlich. Ihre Situation würde sich verkomplizieren, sobald sich zum Beispiel das jugoslawische Staatspräsidium, die Armeeführung, die kroatische und die serbische Führung an den Waffenstillstand halten wollten, die serbischen Tschetniks mit Unterstützung von regionalen Armeekommandeuren dagegen nicht. Dann kann es leicht passieren, daß die Blauhelme sich zurückziehen müssen, weil sie ja — per definitionem — keinen Kampfauftrag haben. Oder sie werden dann doch durch Eingreiftruppen ersetzt. Blauhelme wären dann der Einstieg in die Eskalation.

Vielleicht muß man sich der brutalen Tatsache stellen, daß es Konflikte gibt, die von außen nicht zu beeinflussen sind. Jetzt geht es darum, den Krieg zu begrenzen, damit er nicht internationalisiert wird. Man hätte während der Vorgeschichte Einfluß nehmen können, aber da haben sowohl die EG als auch andere bei der Früherkennung und Prophylaxe versagt. ■

Peter Schlotter ist Mitarbeiter der HSFK in Frankfurt (Hess. Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung).

BERNARD KOUCHNER

Beistandspflicht

Bernard Kouchner, derzeit französischer Staatssekretär für humanitäre Hilfsaktionen, war es, der anfang dieses Jahres im Zusammenhang mit der Kurdentragödie den Begriff des Rechts auf Einmischung (,,droit d'ingérence'') ins Gepräch brachte. Unter der Rubrik ,,Standpunkte'' hat er sich in Le Monde vom 20. September 1991 zum Bürgerkrieg in Jugoslawien geäußert und gegen die Politik des passiven Achselzuckens Stellung bezogen:

Attentat in Sarajevo! Es kam mir vor, wie wenn sich die Zeit rückwärts bewegte, als ich jenen Morgen die Nachrichten hörte. Kann man sich damit begnügen, die Kämpfe im Fernsehen zu betrachten? Unmöglich! Zumal immer erbitterter an immer näher rückenden Fronten gekämpft wird. Europa, dessen Forderung nach Waffenruhe bislang mißachtet worden ist, muß jetzt handeln. Seine Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel. Es ist einmal mehr die Situation eingetreten, in der die Pflicht zur Einmischung und dem anerkannten Ruf auf Friedenshilfe Geltung verschafft werden müssen. (...)

Was hat sich denn seit dem Beginn dieses Jahrhunderts geändert? Nicht geändert hat sich die menschliche Neigung, sich zu zanken, die Bereitschaft, sich zu befehden, noch weniger die merkwürdige Tendenz zu mörderischen nationalistischen Vereinfachungen. Aber mindestens drei neue Elemente sind hinzugekommen: der Erfolg der Demokratie, die Existenz der Europäischen Gemeinschaft und der Standpunkt einer gemeinsamen moralischen Verantwortung, der, besser vielleicht als in der mediengünstigen Grober-Keil-auf-grobem-Klotz-Vorstellung des Eingreifens unter anderem in dem Begriff der Hilfeleistung für Personen in Gefahr zum Ausdruck kommt.

1) Der heutige Erfolg der Demokratie gegenüber anderen Regimen verlangt die Anwendung dieser demokratischen Prinzipien, namentlich des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Daher die Notwendigkeit, unter den Bedingungen des wiederhergestellten Friedens demokratische Entscheidungen zu organisieren, zumindest aber den Versuch dazu zu unternehmen. Man kann Gemeinwesen nicht für alle Ewigkeit in ihre Vergangenheit einsperren. Es gibt sowenig linke Völker, wie es rechte Völker gibt. Die Söhne der Ustascha verdienen das Leben nicht minder als die Kinder der Kommunisten. Slowenen und Kroaten — und morgen andere — haben genauso ein Recht auf Selbstbestimmung wie die Balten. Es erscheint mir unmoralisch, die Einwohner von Kuwait-City verteidigt zu haben und die Einwohner Zagrebs sterben zu lassen.

2) Europa ist nicht nur ein mächtiger Gedanke, ein kulturelles Lied und der Versuch, eine feste Burg gegen die japanische Automobilindustrie zu errichten. Europa muß, will es glaubwürdig bleiben, eine gemeinsame und standfeste Position gegen einen grausamen Krieg schmieden, der sich bei uns, in einem Land abspielt, das zwischen Italien und Griechenland liegt. Unserer Diplomatie ist dies bewußt, wie sie durch ihre Versuche, diesen Elan zu fördern, beweist. Man hat das Fehlen einer gemeinsamen EG-Außenpolitik beklagt: Jetzt ist der Augenblick gekommen, sie zu erbauen. Nach dem Jammer des Golfkrieges hat man über eine gemeinsame europäische Verteidigung nachgedacht: Jetzt muß sie erfunden werden. Andernfalls wird Europa vor dauernder Mattheit erkranken, denn der Konflikt in Jugoslawien ist nur einer von denen, die uns drohen. Lassen wir diese Wunde auf dem eigenen Kontinent schwären, wird ein neuer Brandherd entstehen, gewaltsamer noch als in Nordirland, das sich seit zwanzig Jahren inmitten allgemeiner Gleichgültigkeit zerreißt. Dauernd die US-amerikanischen Ambitionen anprangern, reicht als Politik nicht aus. Wir benehmen uns zu sehr als alte Adoleszenten. Es bietet sich Europa eine einzigartige Gelegenheit, seine Verantwortung zu übernehmen. Wenn wir vor der eigenen Tür das Massaker geschehen lassen, verwirken wir das Recht, morgen anderswo gefährdete Menschen zu schützen. Ich höre schon die Vorsichtigen erwidern: ,,Es birgt Risiken!'' Ja, es gibt sie, die Risiken, und zwar in Kriegen mehr noch als im Frieden. So ist es im Leben. Ducken wir uns nicht vor der Verantwortung. Wer ständig dem Risiko entwischen will, den hat noch immer die Niederlage erwischt. Ich mißtraue Gesellschaften ohne Risiken. Bestimmte Grundsätze sind des Wagemutes wert.

3) Einmischung. Die französischen Ärzte und die freiwilligen humanitären Helfer haben die Entrüstung der Welt verändert. Sie haben es gewagt, Verwundete und Kranke jenseits der von zittrigen Juristen streng gezogenen Grenzen zu pflegen. Sie haben ein Weltbewußtsein geschaffen, und der Begriff der Einmischung hat sich als ein gestaltender Leitgedanke, als ein neues politisches Konzept für das bevorstehende Jahrhundert behauptet. Gewiß — das Wort Einmischung verschreckt. Die von der UNO verabschiedeten Resolutionen tragen das Recht auf humanitäre Hilfe. Aber die Intervention hat den Appell, einen Antrag, niemals den Übergriff zur Voraussetzung und zum Ziel den Schutz der Schwachen, der Opfer. In Jugoslawien versuchen die Europäer die Einmischung ohne Gewalt; es sind der entsandten Beobachter zu wenig. Heute schreien die bedrängten Kroaten um Hilfe, ebenso zahlreiche hellsichtige Serben.

Man muß sich weiter vorwagen und die Kämpfenden trennen, ehe sich der ewige Kreis schließt: Aggression, Repression, Massaker... Ehe ein neues Beirut entsteht. Das bedingt entschlossenes Intervenieren. Das ist die demokratische Einmischung. Es ist die nächste Eroberung der Weltgemeinschaft. Einmischung heißt zu versuchen, Verhandlung vor das Massaker zu stellen. Bevor Haß Trauer gebärt, Trauer Zorn, Zorn Rache und Rache unvermeidlich immer nur sich selbst. Unser Land bemüht sich. Das Risiko lauert in der Untätigkeit, Abwarten wird das Lauffeuer nicht aufhalten. Europa wird auch in Jugoslawien erbaut. ■

WOLFGANG TEMPLIN

Alte und neue Identitäten

Zwei Jahre Bündnis '90

Wenn am 21. und 22. September 1991 ein Teil der Bürgerbewegungen des Herbstes '89 zur organisatorischen Vereinigung findet, wird die Veranstaltung in Potsdam unter dem Motto „vollenden und aufbrechen" stehen. So vielfältig die Assoziationen dazu sein können, so bunt gehen die Meinungen über den Zusammenschluß auseinander. Nach einer Sicht wird damit ein Schlußpunkt unter die Hoffnungen des politischen Projekts Bürgerbewegung gesetzt und der Übergang in die Parteienlandschaft vollzogen. Für andere Beobachter steht die Spaltung der Bürgerbewegungen im Vordergrund, denn das Neue Forum als weitaus größte Einzelorganisation wird weiterbestehen und nur zum Teil im „Bündnis '90" aufgehen. In den Medien wiederum wird zumeist alles auf den Streit von Personen reduziert.

Foto: Thomas Kunz

Natürlich spielen Rivalitäten und Temperamente eine Rolle, natürlich mußte der lange schwelende Konflikt verschiedener Positionen zur Spaltung aufbrechen und natürlich ist die Gründung von „Bündnis '90" auch ein Abschied von alten Illusionen — um den eigentlichen Sprung, die Chancen und Risiken in diesem Zusammenschluß zu verstehen, muß man aber noch einmal in die Vorgeschichte des Herbstes '89 zurück. Es wird der sezierenden Arbeit von Historikern und Politikern überlassen bleiben, die mannigfaltigen Einflußgrößen und Antriebe oppositionellen Handelns in der alten DDR zu analysieren und gegeneinander zu gewichten. ein Hintergrund von Einflüssen, Abhängigkeiten und parallelen Entwicklungen fällt sofort ins Auge — die ostmitteleuropäische Dissidenz. Alles was der zahlenmäßig schwachen, durch Ausreise ständig dezimierten und inmitten einer politisch gelähmten und konformen Bevölkerung isolierten DDR-Opposition fehlte, gab es dort: Traditionen des Widerstands, herausragende Personen und ein Ethos der Freiheit. All das ließ sich nicht auf DDR-Bedingungen übertragen, ebensowenig wie die Techniken des konspirativen und offenen Widerstands, aber es war wie die „Initiative für Frieden und Menschenrechte" schon 1987 schrieb „eine Quelle der Inspiration".

Für die westliche Linke, selbst wenn sie sich nicht mit der Herrschaftspraxis in Ostberlin, Prag und Moskau identifizierte, war der antitotalitäre und menschenrechtsbezogene Grundkonsens der osteuropäischen Dissidenz stets eine Überforderung. Solidarnosc galt als Hybris zwischen herbeigewünschter Arbeiterbewegung und klerikalnationalem Mummenschanz, „Charta '77" im besten Fall als Häuflein intellektueller Idealisten. Realpolitisch gab man diesen Bewegungen wie auch der DDR-Opposition keinerlei Chance und setzte in den verschiedenen Lagern der westlichen Linken mit unterschiedlichen Hoffnungen auf Reformen von Oben oder die Emanzipation der Arbeiterklasse.

Gorbatschow wurde zum letzten Träger der Hoffnungen auf „Wandel durch Annäherung", auf einen dritten Weg aus eigener Kraft oder eine Wiedergeburt des authentischen Sozialismus. Was wirklich eintrat war die Welle der Ereignisse von 1989 und der Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme. Ohne innezuhalten stürzten sich die westliche Linke, aber auch viele andere Betrachter auf einen neuen Mythos, der diesmal die DDR einschloß. Der ungeliebten, weil mangelhaften eigenen Demokratie wurde die authentische Volksbewegung von unten entgegengehalten, die „samtene Revolution von Prag" und die „Helden von Leipzig". So bewegend diese Ereignisse auch waren und so sehr sie sich für die Akteure selbst überhöhten, so wenig taugten sie zur Kreation einer neuen Alternative.

Mittlerweile ist allgemeine Ernüchterung eingezogen. In allen mittelosteuropäischen Ländern die dieses Phänomen hervorbrachten und in der früheren DDR, scheint politische Bürgerbewegung nur eine Kraft des Umbruchs und des Übergangs in parlamentarische Normalität und Parteienstaat zu sein. Man traut ihnen keine weitgere Eigenständigkeit mehr zu.

Foto: P.E. Jansen

Der *Schein* des Herbstes '89 gab den Euphorikern und der *Schein* des Herbstes '91 gibt den Skeptikern recht. Manchmal sind es jedoch die Akteure selbst, die trotz fehlender Distanz zum eigenen Handeln größere Realisten sind. Wer die DDR und Osteuropa intensiv genug kannte, wußte um das Ausmaß an wirtschaftlicher, ökologischer, intellektueller und moralischer Zerstörung, das jeden eigenständigen gesellschaftlichen Entwicklungsweg ungeheuer schwer machen mußte, um die explosive Mischung von Rückständigkeit und Moderne, die für eine Antizipation von Freiheit und Gerechtigkeit reichte, nicht aber für das Gelingen. Von dieser Spannung sind die Texte, Reden und anderen Zeugnisse der Bürgerbewegung erfüllt. Hier auch sind die Konfliktlinien angelegt, die zu Zwist und Bruch führen.

Entgegen allen sozialdemokratisch-etatistischen Erwartungen war es eine von der Dissidenz gestützte Volksbewegung von unten, die den Systemwandel ermöglichte. Entgegen allen klassisch-linken Hoffnungen dachte das Volk nicht daran umstandslos zum Souverän zu werden. Entgegen aller konservativen Genugtuung schließlich, läßt sich der Status westeuropäischer Normalität nicht auf die neuen Demokratien übertragen.

Nichts zeigt dieses Dilemma deutlicher als die deutsch-deutsche Situation. Mit dem endgültigen Zusammenbruch des Übergangsgebildes ,,demokratische DDR'' schien der Sieg der alten Bundesrepublik und ihrer politischen Klasse perfekt zu sein. Sie dehnt ihr wirtschaftliches, politisches und administratives System auf die Neuen Länder aus, frohlockten die einen und jammerten die anderen. Daß die deutsche Vereinigung, trotz der Brachialgewalt des Schnellanschlusses auch das Ende der alten Bundesrepublik bedeuten muß, ließ man nur als Metapher gelten.

Im geistigen und politischen Horizont der DDR-Bürgerbewegungen, zu deren Traditionen und Vorläufern noch viel mehr gesagt werden könnte, waren von Beginn an die skizzierten Einflüsse und Prägungen sichtbar. In den hunderten und tausenden Gruppen des Neuen Forum, von denen nur eine Minderheit überdauerte, blieb das Gefühl der Kraft des spontanen Aufbruchs, der Verständigung über Parteigrenzen und der Chance des breiten Dialogs erhalten. Im ethischen und intellektuellen Anspruch von ,,Demokratie Jetzt'' wird Bürgerbewegung zum Korrektiv von Parteien und Parlamenten, nicht zur Alternative schlechthin. Ohne die Hoffnung auf einen eigenen Weg zur Demokratie wären weder die alte Opposition noch die Bürgerbewegungen entstanden, aber diese Hoffnung machte nicht zwingend blind für Realitäten. Ob nun Kanzler Kohl die Wünsche und Begehrlichkeiten der DDR-Bevölkerung nach dem Fall der Mauer schamlos ausnutzte oder nicht, die Bürgerbewegungen blieben hoch im Wert der Sympathie, aber man traute ihnen und damit sich selbst nicht die Kraft zur Alternative zu. Genau hier mußte Nachdenken und Analyse einsetzen, wollte man nicht im fatalen Gegensatz von Abwehr und Ergebung steckenbleiben. Blieb nur der Weg in die Parteien, um politisch mitzugestalten, oder mußte man sich in die Wagenburg des ,,Nie wieder Deutschland'' zurückziehen? Waren mit dem triumphalen Sieg der CDU, der Niederlage der Sozialdemokraten und der Ohnmacht der Grünen wirklich die Weichen für die Festschreibung des rechtskonservativen Politikstils gestellt?

Eigener Weg zur Demokratie

In den Wahlkämpfen des Jahres 1990, die eine einzige zermürbende Hatz waren und immer wieder den Skeptikern recht gaben, in Bündnisverhandlungen und abertausend Veranstaltungen wurden diese Fragen noch und noch diskutiert. Zugleich wurde die schmale parlamentarische und außerparlamentarische Basis der Bürgerbewegungen zur entscheidenden Erfahrungsgrundlage um die Überforderung und Hilflosigkeit der ,,Sieger'' zu erkennen und die eigene Resignation nicht überhandnehmen zu lassen. Es konnte nicht darum gehen, den Stein der Weisen gefunden zu haben oder die alte DDR in erhaltenswerten Teilen zu retten, sondern das scheinbar unmögliche auf andere Weise zu versuchen. Ohne politische Kompetenz in Sachfragen und die Anerkennung der Überlegenheit rechtsstaatlicher Institutionen und Verfahren der alten Bundesrepublik, ihrer wirtschaftlichen Effizienz, mußte jede Kritik anachronistisch werden. Zugleich erhielt die These von der Kritik des Parteienstaates, von den Defiziten der parlamentarischen Demokratie und dem Reformbedarf bürokratischer Verwaltung gerade in den neuen Bundesländern eigene Bedeutung.

Jetzt hing alles davon ab, wie man die Vorzüge und Schwächen des westlichen Systems und die Konflikte moderner Gesellschaften insgesamt verstand und mit den Erfahrungen der linken oder der demokratischen Opposition aus der Zeit der Diktatur zusammenbrachte. Kam die resignierende Formel von der Ersetzung der Diktatur der Partei durch die Diktatur des Geldes heraus, wurde westliche Demokratie auf ihre kapitalistische Ökonomie entwertet, dann blieb nur der Rückzug in Systemwiderstand. Dann mußten parlamentarische Arbeit und politische Mitgestaltung als Selbstbetrug und Opportunismus erscheinen. Mit dieser Voraussetzung steht die Erfahrung der Runden Tische und die Kraft der Bürgerbewegung frontal gegen Parlamente und Parteien.

Das Gefühl der Ohnmacht im undemokratischen Schnellanschluß und die Riesenlast der neuen sozialen Probleme bestärkten die Tendenzen zum Rückzug aus der Politik, zum Aufgeben und Einigeln. Weit in die Bürgerbewegung hinein reichte die Stimmung des Ausgeliefertseins und der Hilflosigkeit.

Das Bemühen um ,,Bündnis '90'' als eigene Organisation, über den Anspruch des Herbstes und die Wahlbündnisse hinaus, steht für eine andere Erfahrung. Es steht für die Kräfte der ,,zivilen Gesellschaft'' in West und Ost, die mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus und dem Ende der Blockkonfrontation überhaupt erst die Chance wirklicher Mitgestaltung erhielten. Einen ersten Anlauf machten die westdeutschen Grünen, als sie vor über zehn Jahren die alten Parteigrenzen und Konfliktlinien radikal in Frage stellten. Dann schienen sie als Richtungspartei im Systemgegensatz aufzugehen und konnten die deutsche Vereinigung nur als Niederlage und Bedrohung empfinden.

Mit der Fortexistenz der Bürgerbewegungen und ihrer eigenen Organisation stehen sie einer neuen Herausforderung gegenüber. Ist es ihre eigene Vorgeschichte, die ihnen hier entgegentritt und in der parteipolitischen Normalität enden muß, wenn sie nicht untergehen will? Oder ist es ihr eigener ungelöster Anspruch, die ökologische, demokratische und soziale Frage zusammen neu zu denken und für die emanzipatorischen Inhalte nicht umstandslos auf traditionelle Formen zurückzugehen.

Der Dialog mit ,,Bündnis '90'' wird sich nicht auf die juristischen Fragen von Fusion und Wahlbündnis reduzieren lassen, sondern die Probleme alter und neuer Identitäten erneut aufwerfen. ■

Wolfgang Templin (Mitglied der IFM) ist einer der Initiatoren der Bürgerbewegungen in Ostdeutschland und jetzt Mitbegründer von Bündnis '90, lebt in Ost-Berlin.

GERHARD KRUM

An der Realität vorbei

Vor zwei Jahren waren in der damaligen DDR die ,,Bürgerbewegungen'' genannten Initiativgruppen ,,Neues Forum'' (NF, 9. September) und ,,,Demokratie Jetzt'' (DJ, 12. September) gegründet worden. Damals wurden ihre Repräsentantinnen und Repräsentanten als ,,Hoffnungsträger'' einer postsozialistischen (Ost-)Ära in den (West-)Medien hochstilisiert und herumgereicht. Von ihrem organisatorischen Zusammenschluß zum ,,Bündnis '90'' in diesem September (21./22.) nahmen die selben Medien gerade noch als Meldung Notiz. Aber auch in den übrigen politisch interessierten Öffentlichkeiten ist das revolutionäre Pathos, das insbesondere einmal das ,,Neue Forum'' trug, an den Grenzen gesellschaftlicher Realitäten gestoßen: von Aufbruchstimmung keine Spur.

Nicht wenige werden die erneute Gründung eines ,,Bündnis '90'' gleichwohl mit Erstaunen vermerkt haben. Denn wem — im Westen — ist noch erinnerlich, daß es sich bei der Gründung vom 7. Februar 1990 lediglich um ein Wahlbündnis der drei ,,Bürgerbewegungen'' (,,Neues Forum'', ,,Demokratie Jetzt'' und der ältesten im Bunde, der ,,Initiative Frieden und Menschenrechte'' — IFM — , die bereits seit 1985 existiert) gehandelt hat. Damaliger Anlaß waren die Wahlen zum ersten und zugleich einzigen ,,echten'' Parlament der DDR vom 18. März 1990, das in der Folgezeit den Beitritt zum Grundgesetz beschlossen und das Vertragswerk zur deutschen Einheit ratifiziert hat.

Bekanntlich haben die ,,Bürgerbewegungen'' in diesem Übergangsparlament bereits nur noch eine marginale Rolle gespielt, zumindest quantitativ. Trotzdem widerstanden sie auch vor den Wahlen zu dem ersten gemeinsamen Bundestag im Januar 1991 der Verlockung, bei den Grünen einfach unter die berüchtigte Decke zu kriechen. Mit der Erneuerung (und Erweiterung) des Wahlbündnisses setzten die ,,Bürgerbewegungen'' weiter auf Eigenständigkeit. Nicht ,,Partei'', sondern ,,Politische Vereinigung'' lautete die Botschaft, mit der der organisatorische Niedergang abgewendet oder wenigstens aufgehalten werden sollte. Darunter verstehen die Bündnisgruppen ,,ein horizontales Netzwerk aus Basisgruppen, Bürgerinitiativen, gemeinnützigen Vereinen und Projekten'', wie es in einem von Hans-Jürgen Fischbeck verfaßten und auf der gemeinsamen ,,VertreterInnenkonferenz'' von DJ und IFM am 1. bis 3. Februar 1991 beschlossenen Thesenpapier nachzulesen steht, dessen Ziel eine ,,neue demokratische Kultur'' ist, für die der DJ-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Ullmann den Namen ,,Bürgerdemokratie'' fand (im Gegensatz zur ,,Parteiendemokratie'').

Mit dem nach den Bundestagswahlen unternommenen Versuch einer Ausweitung dieses Modells auf das gesamtdeutsche Territorium handelte sich ,,Demokratie Jetzt'' — das ,,Neue Forum'' war inzwischen zur politischen Ruine verfallen, die ,,IFM'' immer schon weniger extrovertiert — eine Menge Probleme ein: Die DJ-Gruppen im Westen fügen sich nur schwer in den gesellschaftlichen Erfahrungs- und Erlebenshorizont der ,,Ossis'' ein und teilen vor allem nicht deren formale und formalrechtliche Akribie. Dabei könnte der so oft beschworene gegenseitige Lernprozeß doch hier einmal entschieden seine Richtung verändern und zur Selbstkritik der vorschnellen Geringschätzung rechtlicher Garantien wie etwa der Vereinigungsfreiheit in Form des Vereinsrechts durch manche Westlinke und -alternative. Daß die Ebene der Verständigung in dieser politischen Auseinandersetzung erst noch gefunden werden muß, zeigte sich auch bei besagter ,,VertreterInnenkonferenz'' von ,,DJ'' und ,,IFM'' Anfang Februar in Berlin (Ost), wo erste konkrete Schritte zum Zusammenschluß in einem ,,Bündnis '90'' abgehakt werden sollten. Damit war klar, daß sich die ,,Bürgerbewegungen'' entgegen allen anders lautenden Beteuerungen aus der Sphäre jener ,,vierten Gewalt'' (Öffentlichkeit) zurückziehen würden, als deren Inbegriff sie noch vor kurzem aufgetreten waren.

▶ Endstation Grüne ◀

Daß bei der Suche nach einer neuen Orientierung fast ausschließlich Organisationsfragen auf der Tagesordnung standen, ist Ausdruck der politischen Krise, in der sich die ,,Bürgerbewegungen'' befinden. Inhaltlicher und personeller Substanzverlust führt auch dort anscheinend zu Vereinheitlichungsbestrebungen auf einer ,,höheren'' Organisationsebene.

Dabei fiel auf, daß der politische Horizont der Kerngruppen fast ausschließlich auf die ehemalige DDR bzw. die ,,neuen Länder'' beschränkt blieb, während sich die noch jungen DJ-Westgruppen aus Bonn und Frankfurt im bekannten Antiinstitutionalismus und Basisfetischismus übten. Trotz solcher Disparitäten kommen die ,,Bürgerbewegungen'' um die Anstrengung der Vereinheitlichung jedoch schwerlich herum und zwar durchaus nicht allein mit den ,,eigenen'' Basisgruppen oder den Grünen im Westen. Aussichtslos scheint indessen die Überlegung eines Zusammenschlusses mit ähnlichen Gruppierungen dort (z.B. Bürgerinitiativen), gleichgültig, ob diese bereits bestehen oder sich erst noch bilden müßten. Eine solche verbandsähnliche Struktur könnte die unterschiedlichen gesellschaftlichen Erfahrungen des Bewußtseins, die sich u.a. in unterschiedlichen politischen Konzeptionen ausdrücken, schwerlich ,,unter einen Hut'' bringen.

In dem Paragraphendschungel zwischen Vereinsrecht und Parteiengesetz haben die Bündnisarchitekten nach der Struktur eines neuen Organisationsansatzes neben, in Alternative zu oder gegebenfalls auch mit den Grünen gesucht. Mit der Konstruktion der ,,politischen Vereinigung'' scheint ein organisatorischer Kompromiß vorerst gefunden zu sein; ob damit auch eine stabile Verbindung zwischen Initiativgruppen und Parlamentsfraktion(en) geschaffen wurde, muß jedoch nach allen Erfahrungen der Grünen zweifelhaft erscheinen. Der anspruchsvolle

Schein darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich bei dieser Auseinandersetzung womöglich zuletzt doch nur um eine Neuauflage des Konfliktes zwischen ,,Fundamentalismus'' und ,,Realpolitik'' handeln könnte. Mit der ,,Organisationsdebatte'' werden indessen andere Fragen aus der Diskussion verdrängt. Fehlende Perspektiven können nun einmal nicht durch organisatorische Strukturen ersetzt werden, mögen diese auch noch so ,,klar'' und ausgetüftelt sein. So verständlich die Faszination für Einzelheiten von Satzungs-, Geschäftsordnungs- und Rechtsproblemen bei Gruppen, bei denen das Vereinigungsverbot zu den emphatischen Gründungsmotiven zählte, auch sein mag, das Argument des organisationspolitischen Narzißmus wird dadurch nicht hinfällig.

▶ Dramatischer Bedeutungsverlust ◀

Der dramaturgische Bedeutungsverlust, dem die Bürgerbewegungen unterliegen, ist von diesen noch nicht zureichend rezipiert worden. Sonst hätten sie erkennen müssen, daß ohne einen ,,Abgleich'' der gesellschaftlichen und politischen Erfahrungen in den beiden Nachkriegsdeutschlands gemeinsame Organisationsperspektiven zum Scheitern verurteilt sind — jedenfalls, soweit damit eine Ausweitung des politischen Modells ,,Bürgerbewegung'' auf das ganze neue Deutschland intendiert ist. So ist die absurde Situation entstanden, daß mit der neuen Perspektive zugleich die Grundlagen für ihr Scheitern gelegt wurden. Was dann bleibt, ist am Ende doch ein Aufgehen in den Grünen. Und die stehen seit langem auf der Matte.

Der politische Selbstbehauptungswille, der der Gründung des ,,Bündnis '90'' zugrunde liegt, läuft Gefahr, an der politischen Realität im neuen Deutschland vorbei zu zielen. Konnte sich die Arbeit der Bündnisgruppen vor der Vereinigung wegen des wesentlich von ihnen inspirierten Verfassungsentwurfs der ,,Runden Tisches'' (unter anderem) noch beachtlicher Resonanz und Anerkennung erfreuen, so müssen sie heute wohl oder übel zur Kenntnis nehmen, daß für derartige ,,Flausen'' kein Bedarf mehr zu bestehen scheint. Zwischen handfesten Wirtschaftsproblemen und Zukunftsängsten eingeklemmt, haben die Fragen gesellschaftspolitischer Wertorientierung gegenüber 1989/90 an Interesse immer mehr Boden verloren. Mit der politischen Schubkraft der Verfassungsdiskussion werden sich nicht viele Bürger in Bewegung setzen lassen; auf der ,,parlamentarischen Schiene'' könnte die gemeinsame Fahrt mit den Grünen allemal rasanter werden. Mangels anderwertiger Bewegung wird es wohl ohnehin über kurz oder lang dazu kommen. Warum also nicht gleich... ■

IRMGARD SCHULTZ

Dokumentation:

Demokratie und Gewaltfrage

Feministische Kritik an der Idee der Zivilgesellschaft

Unter dem Titel ,,Eine andere Moderne'' fand am 29.6. die jährliche Arbeitsgruppentagung des SB statt. Vor dem Hintergrund der Ungleichzeitigkeit der sozialen und ökonomischen Entwicklungen in Ost und West, setzte man sich in drei Foren mit den Konzepten einer ,,Zivilgesellschaft'' und der ,,demokratischen Frage'' auseinander, wie sie von den Autoren Dubiel/Rödel/Frankenberg neu gestellt und in der *links* kontrovers diskutiert worden ist (vgl. *links* Nr. 237/239). Irmgard Schultz versucht eine feministische Kritik an der Idee der Zivilgesellschaft und an dem Demokratiekonzept von Dubiel/Rödel/Frankenberg zu skizzieren. Sie stellte ihren Vortrag unter das Zitat: ,,Ein Essay über die demokratische Frage kann der Gewaltfrage nicht ausweichen''. Irmgard Schultz ist Mitarbeiterin am Institut für sozialökonomische Forschung in Frankfurt. Mit der Veröffentlichung ihres Referats (in einer leicht gekürzten Fassung) setzen wir die Dokumentation der SB-Tagung, die in der *links* Nr. 256 begann, fort.

Meine grundsätzlichen Überlegungen zum Konzept der Zivilgesellschaft möchte ich in drei Punkten vortragen. Sie sprechen unterschiedliche Verfassungs- und Verfaßtheitsebenen der bürgerlich-demokratischen Gesellschaften an.

Punkt 1: Erstens geht es mir um ,,die Perspektive, die das Prinzip der Säkularisierung der Legitimationsgrundlagen politischer Herrschaft radikal zuende denkt''. Oder kurz: Leben wir wirklich in einer säkularisiert legitimierten politischen Verfaßtheit?

Aus feministischer Sicht — und ich denke, das ist Agreement jenseits der Differenzen, der doch sehr unterschiedlichen feministischen Ansätze — muß diese Frage eindeutig verneint werden.

Was Ulrich Beck mit dem Schlagwort der ,,halbierten Moderne'' beschrieb und mit der Perspektive einer nachzuholenden Demokratisierung jener Gesellschaftshälfte vorgezeichnet hat, die als der Bereich des Privaten, der Familiengesetzlichkeit und der Geschlechterabhängigkeit strukturell in feudalen Herrschaftsverfaßtheiten gehalten wird, gibt den wunden Punkt in der verfassungsmäßigen Konstitution der bürgerlich-demokratischen Gesellschaften an. An diesem sakralen Einfallstor demokratischer Verfaßtheit verläßt die bürgerliche Gesellschaft ihre scheinbar politisch-rationale Legitimation und führt den Himmel der Heiligen Familie als transzendenten, sozusagen archimedischen Punkt zur Legitimierung ihrer Ordnungsvorstellungen ein. Im Gegensatz zu Ulrich Beck, der dieses Paradox einer struktuell eingelagerten Dimension des Sakralen innerhalb der politischen Legitimationsbasis in ein zeitliches Abfolgeschema auflöst, indem er die demokratische Modernisierung der feudal zurückgehaltenen Hälfte als zu antizipierendes Ziel in die Zukunft verlegt, begreifen Feministinnen dieses beharrliche Überwintern der Norm von der ,,Heiligen Familie'' als Ausdruck einer patriarchalen Verfaßtheit dieser Gesellschaft, die ihr immanent ist. Sie sehen sie nicht nur auf der Ebene der politischen Gesamtregulation und der ökonomischen Basisstruktur, sondern auch unmittelbar auf der Ebene der politischen Selbstlegitimierung bürgerlicher Gesellschaften.

Mit dieser Dimension des Sakralen innerhalb der demokratischen Legitimationsbasis spreche ich die grundgesetzliche Verankerung einer *Sittengesetzlichkeit* an, wie Arti-

kel 2 Abs. 1 des Grundgesetzes unserer Verfassung sagt: ,,Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung *oder das Sittengesetz verstößt*" (hervorgehoben von mir, I.S.)

Neben der verfassungsmäßigen Ordnung haben wir also auch das Sittengesetz als Legitimationsbasis. Und das Sittengesetz — das führe ich hier nicht aus — geht direkt auf die sakral legitimierten und mit staatlicher Gewalt exekutierten Hexenprozesse am Beginn der Neuzeit zurück.

Das Sittengesetz als sakrale Schöpfungsordnung

Die sittengesetzliche Verfaßtheit des Grundgesetzes kommt systematisch an zwei, ausschließlich Frauen treffenden, Rechtsbestimmungen zum Ausdruck. Das ist erstens der Abtreibungsparagraph, über den eine spezifische Form menschlich-reproduktiver Genealogie normiert wird. Mit der sittengesetzlichen Fassung der menschlich-kreatürlichen Reproduktion wird den Frauen die Kontrolle über die menschliche Genealogie entzogen, zugleich aber — das macht einen unlösbaren Widerspruch dieser Verfassung aus — dem Muster einer individualsrechtlichen, und das heißt: vertragsrechtlichen Konzeption von Vergesellschaftung unterstellt. Damit wird die menschlich-kreatürliche Reproduktion entwertet und dem hegemonialen gesellschaftlichen Wertgefüge ökonomischer Reproduktion als ,,vordemokratisches Fundament" unterstellt. Deshalb hat sich feministischer Widerstand nicht von ungefähr am Abtreibungsparagraphen entzündet.

In der BRD ist 1975 über die auch in anderen europäischen Verfassungen als Konflikt mit der Abtreibungsregelung angelegten Ungereimtheiten hinaus eine Ungeheuerlichkeit passiert, die außer von wenigen Feministinnen und einigen Rechtswissenschaftlern bis heute kaum wahrgenommen worden ist. Das Verfassungsgericht wies die im Parlament vereinbarte Fristenlösung 1975 mit der Begründung zurück, daß Abtreibung mit der Schöpfungsordnung unvereinbar sei. Es argumentierte: Das Grundgesetz habe eine wertgebundene Ordnung aufgerichtet, die den einzelnen Menschen und seine Würde in den Mittelpunkt aller seiner Regelungen stellt (BVerfGE 39, 1, 67). Dem liege die Vorstellung zugrunde, ,,daß der Mensch in der Schöpfungsordnung einen eigenen selbständigen Wert besitzt..."

Diese Auslegung des Sittengesetzes als sakrale Schöpfungsordnung ist keineswegs allein dem konservativen Wertwende-Zeitgeist geschuldet, sondern einer immanenten Dimension patriarchaler Normierung und Verfassung. Sie kommt immer in der individualrechtlich nicht zu beantwortenden Frage zum Tragen, ob eine schwangere Frau nun ein oder zwei ‚Individuen' sei. Zum anderen wird die Sittengesetzlichkeit mit immanenter Notwendigkeit an dem folgenden zweiten Punkt, der ebenfalls ausschließlich Frauen betrifft, deutlich:

Am 28. April 1987 (also nicht 1887) beschloß der 5. Strafsenat des Bundes(!)gerichtshofs in Berlin (AZ: STr 566/86): ,,*Wer Prostituierte um den vereinbarten Lohn prellt, macht sich nicht strafbar.*" In der Begründung heißt es, daß Ansprüche auf ,,Dirnenlohn" nichtig seien, denn Prostitution verstoße ,,auch nach heutiger Auffassung" gegen die *guten Sitten*. Nach Ansicht der Bundesrichter gehört die Aussicht der Prostituierten, durch ,,sexuelle Leistungen" den versprochenen oder üblichen Lohn zu erhalten, nicht zum strafrechtlich geschützten Vermögen. Auch die Einkommenssteuerpflicht der Prostituierten ändere daran nichts. (Zitiert und kommentiert in der FR vom 5.7.1987 unter der Überschrift ,,Der Liebeslohn blieb aus".)

Das älteste Gewerbe der Welt — reine Frauenarbeit — steht damit außerhalb des Vertragsrechts. Durch diese Fassung wird jedoch nicht nur die Prostituiertenarbeit normiert, sondern für alle Frauenarbeit wird ,,Sittlichkeit" als Vorbedingung für Marktberechtigung vorgeschrieben. Für Frauen gibt es nur einen Zutritt zur Welt des vertragsrechtlich regulierten Arbeitsmarktes: wenn sie das Eintrittstor einer patriarchalen Sittlichkeitsüberprüfung passiert haben.

Damit hat das bürgerlich-normative Muster der Herstellung von Gesellschaftlichkeit — das Vertragsrecht als Grundmuster des Contract Social — ein sakrales Loch, das sich bei genauerem Hinsehen als Einfallstor von patriarchalen Kontroll-, Hierarchisierungs-, Ausbeutungs- und Entwertungsstrategien erweist.

Punkt 2: Nun gut, in Deutschland hat ja bekanntlich eine bürgerliche Revolution nie so richtig stattgefunden. Wie steht es denn mit dem gelobten Land der Demokratie, den USA?

Right of Privacy

Dazu muß aus feministischer Sicht zuerst festgehalten werden, daß es auch und besonders im Protestantismus sittengesetzliche Verfolgung der Frauen als Hexen gegeben hat, und auch — das ist wenig bekannt — im vorrevolutionären Amerika. Grundsätzlich ist ,,Sittengesetzlichkeit" auch das Fundament der US-amerikanischen Abtreibungsrechtsprechung.

Andererseits ist die konkrete Auslegung der Verfassungsgrundstrukturen immer auch ein Resultat historischer Kräfteverhältnisse (die sich im Moment mit der Nomierung eines erzkonservativ bis rechtsradikalen neuen Bundesrichters durch George Bush klar gegen die Frauen richten). In den USA haben sie eine im Augenblick noch existierende andere Fassung der Abtreibungsgesetzlichkeit bewirkt: In der Betonung der Schutzfunktion des Verfassungsrechts gegen staatliche Eingriffe wird dort mit der Begründung eines *Right of Privacy* die Abtreibung bis zur 12. Woche strafrechtlich *nicht* verfolgt.

An diesem Right of Privacy haben sich in-

Wandanschrift am Gerichtsgebäude in Frankfurt/Main. Foto: Gruppe Rhein-Main

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Neue Mauern in Europa (Heft 39)
Soziale Politik in der EG
Busch: Der Fortschritt darf nicht zum Rückschritt werden. Erfahrungen mit der Fristenregelung in der Ex-DDR ● *Platek:* Ist Polen auf dem Weg ins Mittelalter? ● *Ranzio-Plath:* Gleichberechtigung gibt es nicht zum Null-Tarif ● *Hey:* Armut von Frauen in der EG ● *Eckart:* Selbständigkeit von Frauen im Wohlfahrtsstaat? ● *Zanini:* Zur Krise des Wohlfahrtsstaates in Italien ● *Nova:* Sozialregulierung: Antiterrorgesetz in Griechenland ● *Mahoney:* Der Niedergang von Maggies Flaggschiff. Kopfsteuer — Die Groß(e) Britische Revolution ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

Kinder? Kinder! (Heft 38)
Sünker: Das Kind als Subjekt. Notizen zu Kindheit und Kinderleben heute ● *Dokumentation:* „Wenn das Auge über die Mauer springt". Reggio-Pädagogik in Hamburg ● *Kazemi-Veisari:* Augen-Blicke in Reggio-Emilia. Erfahrungen mit der Reggio-Pädagogik — Ein Reisebericht ● *Seehausen:* Arbeitswelt und Familie: Wege aus der Krise. Auswirkungen neuer Technologien auf die öffentliche Entwicklung von Kindertageseinrichtungen ● *Preissing:* Entspricht das KJHG der kindlichen Lebensrealität? ● *Ahlheim:* „Traurigkeit hat in der Kindheit nichts zu suchen". Der Golfkrieg und die Angst der Kinder ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

Verlust und Befreiung.
Nach dem Umbruch im Osten (Heft 37)
Widersprüche-Redaktion: Schwierige Abschiede. Fragmente zu den Erfahrungen der Jahre 1989/90 ● *Kunstreich:* Demokratische Revolution und nationale Konterrevolution. Die Fortsetzung des deutschen Sonderweges ● *Diemer:* Was ist links? Nach dem Sturz des „realen Sozialismus" ● *Feurich:* „Wir müssen uns von dem trennen, woran wir lange geglaubt haben." ● *Nickel:* Deutschlands bleiche Schwestern. Ost-Frauen und West-Frauen: Vereinigte Uneinigkeit ● *Krahulec:* Erziehung nach Wandlitz. Probleme und Perspektiven sozialer Arbeit in den „fünf neuen Bundesländern" ● *Bamberg:* Modell Deutschland? Gelingt dem Sozialstaat die deutsch-deutsche Integration? ● *Bock:* Der Traum des Fliegens. Von der „Sozialunion" zu Übergangsarbeitslosigkeit ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte zur Ansicht. Aktuelle Ausgaben gegen DM 15,— (nur Vorkasse)
Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

zwischen neue Problematisierungen und Kritiken von Feministinnen entzündet. Sie sehen darin ein Einfallstor für die Durchsetzung und Legitimierung neuer Reproduktionstechniken. Denn den Möglichkeiten des Machbaren entsprechend, haben wir es heute weniger mit einer menschlich-kreatürlichen Reproduktion als mit einem neuen Muster der medizinisch-technischen Reproduktion zu tun. Diese neuen Reproduktionstechniken, die in feministischen Kreisen unter dem Schlagwort der *Gen- und Reprotechniken* aufs heftigste theoretisiert werden, schlagen den bürgerlich-demokratischen Verfassungen ihr in Naturrechtsvorstellungen säkularisiertes Fundament weg.(...)

In diesen die Fundamente der bürgerlichen Verfaßtheit zerstörenden Entwicklungstendenzen sehen Feministinnen die Quelle für die sogenannte Wertewandel- oder Ethikdebatte begründet, nicht in zufälligen Rechts-Links-Mehrheiten der einzelnen demokratisch legitimierten Ländern. Es sind Entwicklungstendenzen, die länderübergreifend wirken und so fundamental sind, daß sie mit den vorhandenen Instrumentarien individualrechtlicher Verfassungskonzepte an die demokratische Freiheit auch im Akt der Verfassungsgebung gebunden wurde, nicht zu fassen sind.

Deshalb gibt es eine starke Fraktion von Feministinnen, die das „Right of Privacy" heftig angreift und darin entgegen eines demokratie-politisierten, individualrechtlichen Ordnungsverständnisses das Einfallstor für eine neue, technisch-patriarchale Regulation des gesellschaftlichen Generierungsmusters sehen. Sie fordern statt eines Individualrechts auf Entscheidungsfreiheit für oder gegen künstliche Reproduktion (das ist in dem Right of Privacy auf dem Stand von Gen- und Reprotechniken auch enthalten) einen Stop und das Verbot aller Gen- und Reproduktionstechniken.

Mir ist an den beiden von mir mehr plakativ als genau vorgestellten Problembereichen einer verfassungsmäßig eingebauten Sittengesetzlichkeit wichtig festzuhalten, daß sie in der feministischen Diskussion und Analyse als etwas Zusammengehöriges wahrgenommen und als eine den Verfassungen immanente Struktur *patriarchaler Gewalt* analysiert werden. (...)

Punkt 3: Drittens möchte ich jetzt einmal — ohne die Debatte zur demokatischen Frage zu berücksichtigen — der Frage nachgehen, was mich an dem Konzept bzw. der Vorstellung von „Zivilgesellschaft" angesprochen hat und Überlegungen dafür anstellen, warum dieses Wort auch jenseits politikwissenschaftlicher Kreise so griffig geworden ist. Meine These „ins Blaue" dazu ist: das sich die Attraktivität allein des Wortes „Zivilgesellschaft" einer *Erfahrung* wachsender Gewalt im Alltag verdankt.

Das ist zum Beispiel die Gewalt des selektiven Ausschlusses von demokratischer Partizipation durch Geschlechts- und Nationalitätszugehörigkeit. Wer als Türkin oder Asiatin, als Lateinamerikanerin oder Afrikanerin in Frankfurt wohnt, wird als Frau aus unserer Demokratie doppelt ausgegrenzt: einmal als Nichtdeutsche vom Wahlrecht, zum anderen ist sie als Ehefrau von Abschiebung/Ausschluß vom Bleiberecht bedroht, wenn ihr Gatte sich von ihr scheiden läßt.

Gewaltformen, wie ich sie früher nur aus der Dritten Welt kannte, daß Züge ausgeraubt werden (wie in Italien), daß AutofahrerInnen angehalten und ausgeraubt werden (wie in Frankreich), daß Leute am hellen Tag, ohne daß einer der zahlreich anwesenden Passanten eingreift, niedergeschlagen werden (wie in Frankfurt), daß nachts bestimmte Gebiete auch als Mann nicht mehr begehbar sind und tagsüber bei leeren Waggons bestimmte S-Bahn-Linien besser zu meiden sind, daß die Kinder sich in den Schulen erpressen... und, jetzt auch empirisch nachgewiesen, daß sexuelle Gewalt gegen Frauen, Vergewaltigungen und Gewalt durch Ehemänner rein quantitativ immens zunimmt ... all diese real erfahrbare Zunahme an Gewalttätigkeiten in unserem Alltagsleben ist m.E. nach der Grund dafür, daß der Begriff der Zivilgesellschaft seit einigen Jahren so populär geworden ist.

Der Traum von der gewaltlosen Gesellschaft

Das Zivile ist der Traum von den Umgangsformen, aus denen Gewalt gebannt ist. Die Zivilgesellschaft, wie sie mich als Wort angesprochen hat, ist ein Gegenbild zur Kriegsgesellschaft. Sie ist die Utopie, daß das Militär und die Produktion von Waffen aus der Gesellschaft verschwindet. Natürlich halte ich als Feministin an dieser Utopie und an dieser Vorstellung von einer zukünftig anderen, besseren Zeit fest.

Allerdings: Angesichts der Erfahrung, daß unter dem Himmel der wiedereingekehrten Heiligen Familie in Polen und Teilen der UdSSR das Ökonomische in Formen sichtbar wird, die uns aus Süditalien als Mafiaverfaßtheit bestens vertraut ist, und angesichts dessen, was in Jugoslawien passiert und in Berg-Karabach nicht übersehbar war, daß nämlich die Politisierung des Etnisch-Völkischen als Identitätsstrategie der Politisierung des Hegemonial-Völkisch-Nationalstaatlichen in nichts nachsteht, angesichts all dieser Binnen- wie Außenwahrnehmungen stellt sich die Vorstellung von Demokratie als Zivilgesellschaft als eine säkularisierte, religiöse Harmonievorstellung dar, d.h. als frommer Wunsch eines erstrebenswerten Ziels. Die Ausmalung der demokratischen Verfassungsprinzipien hilft sicher tröstend über die nicht mehr wegzusteckenden Gewalterfahrungen im Alltag hier hinweg.

In analytischer Hinsicht aber muß ich darauf bestehen: „Ein Essay über die demokratische Frage kann der Gewaltfrage nicht ausweichen." ■

SOVJETICUS

Abschied von der alten UdSSR

Die größten Probleme stehen noch bevor

Nach siebzig Jahren Sowjetmacht ist Lenins Staat beerdigt. Eine neue „Union souveräner Republiken" ist im Entstehen. Zehn der fünfzehn bisherigen Sowjetrepubliken haben sich bereits für unabhängig erklärt, fünf sind aus der Union ausgetreten. Nach den baltischen Republiken sind auch Georgien, Moldova und Armenien dabei, das Unionsschiff zu verlassen.

Doch der „Abschied von der alten UdSSR", den der gescheiterte Putsch so rasch ermöglichte, stellt die neuen Republiken vor eine große demokratische Bewährungsprobe. Denn angesichts des derzeitigen Zustands der Staatshaushalte, des Außenhandels, der Industrieproduktion und der Landwirtschaft und hinsichtlich der ungeklärten Fragen über die Grenzgarantien, der Sicherheitspolitik und der Waffenkontrolle enthält der Beginn einer „neuen Union" eine Menge an nationalistischem Sprengstoff und wirtschaftlichem Katastrophenpotential.

Der Verlauf des Staatsstreichs am 18./19. August ist inzwischen weitgehend aufgehellt. Die sowjetischen Medien, die derzeit erscheinen dürfen, und die sich durch ein hohes Niveau und große Intensität der Recherche auszeichnen, haben bereits eine Fülle von Hintergrundmaterial veröffentlicht. Die Vorgeschichte dagegen ist noch nicht hinreichend aufgeklärt, aber diese Frage ist derzeit nicht dringlich. Offensichtlich ist, daß drei Personen Schlüsselfiguren des Putsches waren: der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsrates Oleg Baklanow, der KGB-Vorsitzende Vladimir Krjuckow und der Sekretär des ZK der KPdSU Oleg Senin. Wichtige Nebenrollen haben der Vorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR Anatolij Luk'janow und Innenminister Boris Pugo gespielt. Die restliche Besetzung der Putschisten bestand aus eher ratlosen Statisten.

Der Staatsstreich war schlecht vorbereitet, er wurde unentschieden geführt und wurde von keinem Konzept getragen. Zugleich ist die Beobachtung zutreffend, daß es sich hier um eine politisch wie juristisch eigenartige Lage handelte: Vertreter aller hohen Staatsorgane waren am Putsch beteiligt: der Vizepräsident, der Vorsitzende des Obersten Sowjets, der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsrates, der Vorsitzende des Ministerkomitees, Verteidigungs-, Innen- und Außenminister. Hier bleibt noch manches aufzuhellen.

Die Vorgänge um den 19. August herum wären falsch interpretiert, wenn man sie als einen Kampf zwischen rein geschiedenen Lagern des Lichts und der Dunkelheit sähe. Die Putschisten waren überwiegend keineswegs Anhänger der finsteren Reaktion. Sie vertraten andere Reformkonzeptionen als die „Reformzentristen" und die „Radikalreformer", aber auch für sie war ein Zurück zu „ 1982" nicht vorstellbar. Tatsächlich ging — und geht — es um Varianten des Systemwandels bzw. -wechsels, um einen Machtkampf innerhalb (vor allem) der alten und neuen Macht- und Funktionseliten, der hier in der Form eines letztlich unreifen Staatsstreichs vorentschieden werden sollte.

Seit dem 21. August ist die frühere UdSSR in einer radikal anderen, zugleich aber auch unveränderten Situation: sie ist anders, weil sie sich einer völlig neuen Binnensituation ausgesetzt sieht:

- Die traditionelle UdSSR ist vergangen.

Auch nach dem gescheiterten Putsch herrscht Lebensmittelknappheit in Moskau.

Foto: dpa

Sie ist endgültig nicht mehr zu revitalisieren. ,,Die alte Union existiert nicht mehr, und es gibt auch kein Zurück zu alten Strukturen'' (der Leningrader Bürgermeister Sobcak am 29.8.)

● Die Strukturen der KPdSU sind ausgeschaltet. Schon unmittelbar nach dem Putsch wurde die Tätigkeit der Partei in einigen Landesteilen untersagt. Am 29. August suspendierte der Oberste Sowjet der UdSSR die Tätigkeit der Partei.

● Die Republiken Litauen, Lettland und Estland sind endgültig selbständig. Der internationalen Anerkennung dieses Schrittes entspricht die Haltung der maßgeblichen (Sowjet)Republiken. Nur Präsident Gorbatschow legte einen Rechtsvorbehalt ein.

● Alle Republiken orientieren sich auf mehr Selbständigkeit, die im Prinzip nun von niemandem mehr bezweifelt oder behindert wird. Weitere Republiken sind auf dem Weg zur unabhängigen Staatlichkeit: Georgien, Moldova, Armenien. Die Geltungsbereiche und der Charakter einer künftigen Vernetzung der meisten bisherigen Unionsrepubliken sind derzeit eines der wichtigsten Konfliktfelder.

▶ Interrepublikanische Organe ◀

● Eine sowjetische Zentralmacht im traditionellen Sinn wird es kaum mehr geben. Das gilt vor allem für den Ministerrat (Ministerkomitee), dem jetzt das parlamentarische Vertrauen entzogen wurde. Ob es einen Obersten Sowjet geben wird, ist derzeit ungewiß. Das Amt des Präsidenten wird möglicherweise beibehalten, aber seine wesentlichen Machtattribute verlieren. Die Sondervollmachten, die dem Präsidenten als ein Baustein des damals einsetzenden Versuchs einer autoritären Stabilisierung im Dezember 1990 verliehen wurden, wurden am 29.8. vom Obersten Sowjet zurückgenommen.

Es werden statt dessen interrepublikanische Organe eingerichtet, die für bestimmte Koordinierungsaufgaben von den Republiken Kompetenzen erhalten (Wirtschaft, Sicherheit). Ein erster Schritt ist die Einrichtung des ,,Komitees für die operative Leitung der Volkswirtschaft'', das vorübergehend die Funktion einer Regierung ausüben soll (Vorsitzender: der Ministerpräsident der RSFSR Ivan Silaev, weitere Angehörige der Reformtheoretiker Grigorij Jawlinskij, der Vorsitzende des Wirtschaftsverbandes (NPS) Vol'skij und der Vorsitzende der Moskauer Stadtregierung Luzekow), ein zweiter Schritt die Erneuerung des Sicherheitsrates. Dem Sicherheitsrat gehören derzeit an: der sowjetische Präsident, die höchsten Repräsentanten der neun Republiken, die im April den ,,neuen Zentrismus'' begründet hatten (,,Novo-Ogarever''-Prozeß: RSFSR, Ukraine, Weißrußland, Azerbajdzan und die fünf mittelasiatischen Republiken), die Bürgermeister von Moskau (Popow) und Leningrad/St. Petersburg (Sobcak), die Mitglieder des bisherigen Sicherheitsrates Bakatin (neuer KGB-Vorsitzender) und Primakov, der frühere ZK-Sekretär Revenko und der Abgeordnete der Obersten Sowjets und Außschußvorsitzende Ryzov. Beide Gremien sind als vorläufige gedacht.

Bei all diesen erheblichen Veränderungen nach dem gescheiterten Putsch, der die frühere UdSSR zu etwas anderem macht, bleiben die bekannten Probleme dieselben. Sie haben sich noch verschärft: das Einbringen der Ernte kommt nicht voran und kündigt einen schweren Winter an. Die Nahrungsmittelindustrie, vor allem aber die gesamte Infrastruktur (Transportwege, Kommunikationslinien) zerfällt. Energieproduktion und Rohstofförderung fallen. Die ökologische Situation verschärft sich weiter. Das Haushaltsdefizit wächst in dramatischer Weise — die Republiken führen schon seit Jahresbeginn nur noch geringe Steueranteile an die Zentrale ab. Wenn sich nicht rasch eine handlungsfähige, autorisierte zentrale Koordinationsstelle etablieren läßt, die sich diesen Fragen vorrangig widmet, werden sich die politischen Kräfte, die den Putsch jetzt abgewehrt haben, noch in diesem Jahr gesellschaftlichen Unruhen gegenübersehen, die eine andere Dimension haben werden als der gescheiterte Staatsstreich.

Bei dem ,,Putsch'' handelte es sich zweifellos um ein Spielzeug auf einem Brett, auf dem zeitgleich mehrere Partien gespielt wurden — und werden. Die wichtigsten von ihnen:

● *Der Kampf um die Existenz und die Einheit einer* (postsowjetischen), im wesentlichen koordinierenden, aber auch *handlungsfähigen Zentrale* (unter welchem Namen auch immer). Aus ökonomischen Gründen, der inneren und zwischenrepublikanischen Sicherheit wegen, auch aus außen- und sicherheitspolitischen Erwägungen heraus bleibt die Existenz bzw. Neuschaffung einer solchen reduzierten, konsultativen, aber auch agierenden Zentrale sinnvoll und notwendig. Im Augenblick sprechen sich der sowjetische Präsident Gorbatschow, dessen relaer Einfluß allerdings derzeit gegen Null geht, der immer wichtiger werdende Bürgermeister Leningrads, der möglicherweise künftige Vorsitzende des Obersten Sowjets Sobcak, der kirgisische Präsident Akaev, einzelne Abgeordnete des sowjetischen Parlaments und (weniger prinzipiell) die russische Führung für den Erhalt einer erneuerten Union mit einigen Kompetenzen aus. Für die gemäßigten Teile der ,,radikaldemokratischen'' und ,,radikalkonservativen'' Parlamentsgruppen (MDG, ,,DemRossija'' bzw. ,,Sojuz'') dürfte dies ebenso gelten.

● *Der Kampf um die Einheit der Republiken* bzw. Staaten der bisherigen UdSSR. Vor allem die RSFSR, die Ukraine, Kasachstan, Georgien, Moldova zeichnen sich durch eine territoriale, nationale und religiöse Heterogenität aus, die für den Erhalt dieser Einheiten potentiell — in einigen Fällen aktuell — bedrohlich ist. Die (früheren) Autonomen Republiken der russischen Föderation haben am 19./20. August teilweise das GKCP (Notstandskomitee) unterstützt, vor allem Tatarstan. Die anhaltende Auseinandersetzung zwischen den Staatsführungen Rußlands, Kasachstans und der Ukraine hat hier eine ihrer Ursachen. Die prinzipiellen Positionen sind und bleiben die folgenden: die russische Regierung besteht darauf, daß sich alle früheren Unionsrepubliken (außer Litauen, Lettland und Estland) einer erneuerten Union anschließen. Andernfalls wird sie die Frage von Grenzkorrekturen zu ihren Gunsten aufwerfen (Nordkasachstan, Krim, Südukraine und weitere Gebiete) und den ,,Schutz der außerhalb der RSFSR lebenden Russen'' zu ihrem Anliegen machen (ca. 25 Millionen Russen leben außerhalb der RSFSR). Die Führungen der wichtigsten Nachbarländer (Ukraine, Kasachstan) bestehen darauf, nun vollwertige selbständige Staaten zu sein, beharren auf der Unantastbarkeit ihrer Grenzen und drohen mit Krieg und Volksaufständen, wenn Rußland dies nicht akzeptiert.

● Die *Auseinandersetzung um die Hauptstoßrichtung, das Profil und das Tempo der Wirtschaftsreform.* Während das Prinzip des Übergangs zur Marktregulierung unbestritten ist, gibt es erhebliche Differenzen vor allem über die Transformationsstrategie. Die wesentlichen Gegenpositionen sind: rasche Rücknahme bzw. Aufgabe administrativer Interventionen und Steuerungshebel, ,,Fallenlassen'' in einen sich weitgehend spontan entwickelnden Markt, versus phasengesteuerter Übergang zunächst in Schwerpunktbereichen bei kontrollierter Nutzung der verbliebenen Hebel mit besonderer Akzentsetzung auf einer bedachten und energischen Konversion der Rüstungsindustrie, die dann eine Lokomotivfunktion für alle anderen Sektoren hätte. Die Auseinandersetzung über diese Strategieentscheidung und die Rolle der Konversion insbesondere ist ein Schlüsselelement der gegenwärtigen postsowjetischen Politik insgesamt. Die Unentschiedenheit in dieser Frage erklärt zu einem guten Teil die schwankende Haltung der früheren sowjetischen Führung zur Wirtschaftstransformation (,,*500-Tage-Programm*''), und sie spiegelt sich etwa auch in konträren Positionen der russischen Regierung.

▶ Interessensgegensätze ◀

Von strategischer Bedeutung ist hier das weitere Vorgehen bei der Entstaatlichung von Industrien und in der Landwirtschaft (Privatisierung). Auch hier stehen sich Interessen gegenüber, deren Realisierung entweder auf eine eher wilde ,,Volkskapitalisierung'' oder auf eine organisierte Umverteilung von Eigentumstiteln hinausliefe. Im letzteren Fall (,,Nomenklatura-Kapitalismus'') ginge es zunächst eher um eine nominelle Änderung von Eigentumstiteln an Staatsbetrieben, auch am Parteivermögen der KPdSU, d.h. um die Umgruppierung von Kräften und von Einfluß innerhalb der

Machtelite. In dieser Frage wie bei der Konversionsstrategie ist die Haltung der Interessenvertretung, der Staatsbetriebe und Wirtschaftsverbände nicht einheitlich: so unterstützte der Präsident des Verbandes der Staatsunternehmen Tisjakow das GKCP, während der große Wirtschaftsverband NPS mit dem Präsidenten Arkadi Vol'skij Gorbatschow und der Verfassung verbunden blieb.

● *Die Auseinandersetzung um eine künftige nachsowjetische Sicherheitspolitik.* Wohl alle bisherigen Unionsrepubliken haben nach der Putscherfahrung erklärt, sie würden nun eigene Streitkräfte (Nationalgarden) aufstellen. Wie dies realisiert wird, bleibt abzuwarten. Die Existenz und Rolle künftiger sowjetischer Streitkräfte ist umstritten. Die Positionen reichen von dem Festhalten an zentralen (oder zentral koordinierten) Streitkräften (reduzierte Armee, Luftwaffe, Luftlandetruppen, vor allem aber Luftabwehr, Marine, und strategische Nuklearkräfte) bis hin zu einem reinen Grenz- und Küstenschutz. Die russische Führung neigt derzeit der ersten Haltung zu, der kasachische Präsident Nazarbatschow der zweiten (er wies gar in der aktuellen Auseinandersetzung der letzten Tage auf das in Kasachstan stationierte Nuklearpotential hin). Die ukrainische Führung erklärte ihre Präferenz für einen nuklearfreien Status. In der russischen Regierung gibt es starke Bestrebungen, möglichst sämtliche Nuklearwaffen und die dazugehörenden Anlagen in der RSFSR zu konzentrieren. Größere Teile der sowjetischen Streitkräfte werden organisiert aus den Staaten zurückgezogen werden müssen, die keinem künftigen Verbund mit anderen bisherigen Unionsrepubliken angehören wollen. Eine Militärreform muß nun ausgearbeitet und entschieden durchgeführt werden.

● *Die Frage des Umgangs mit den Putschisten und ihren Helfern, mit den KP-Strukturen, den konservativen Medien.* Hier stehen sich eine auf politische Wirkung zielende Ausschalt-Strategie und eine auf Rechtsnormen orientierte ,,Putschabwicklung'' gegenüber. Ein Großteil der Erlasse des russischen Präsidenten nach dem 19. August war seinerseits verfassungswidrig, in der gegebenen Situation aber kaum anfechtbar. Die eigenmächtige Versiegelung von Partei- und KGB-Gebäuden, das Aussetzen der Tätigkeit der KPdSU und des Erscheinens einiger Printmedien war bzw. ist verfassungsrechtlich ebenfalls problematisch. Sie hatte aber in der konkreten Lage nach dem Ende des Putschversuchs objektiv die Wirkung, eine sich entwickelnde spontane Volkszorn-Stimmung abzufangen. Denkmäler und Symbole der vielen verhaßten alten Ordnung wurden nicht gestürzt, sondern ordentlich demontiert. Ein wichtiges Feld der politischen Auseinandersetzung ist und bleibt die Frage gesellschaftlicher Versöhnung. Ein Aufrechnen mit den sichtbaren und diskreditierten Repräsentanten des alten Systems, Massenentlassungen von einfachen Parteimitgliedern und Jagden auf mutmaßliche und tatsächliche Denunzianten würden ein vorerst unverzichtbares Millionenheer von Experten aus ihren Positionen vertreiben (die oft mehr funktionsbedingt denn aus Neigung in der Partei waren), und sie würden eine ohnehin erschütterte und ihrer Orientierung weitgehend beraubte Gesellschaft weiter spalten.

Zu bedenken ist auch, daß Teile der Streitkräfte und der Sicherheitsapparate tief erschüttert und verunsichert sind, und daß die derzeit agierenden politischen Kräfte, die sich ihrerseits noch nicht konsolidiert haben, offensichtlich noch nicht alle Einheiten dieser Apparate kontrollieren können (wie das ersichtlich auch die Putschisten nie konnten).

Neue Orientierungspunkte

Was sind in dieser in vieler Hinsicht transitorischen und widersprüchlichen Situation sinnvolle Orientierungspunkte? Einige seien möglicherweise ebenso zeitbedingt wie ihre Rahmenbedingungen formuliert:

● Es sollte der Versuch unternommen werden, eine neue, stark von den wesentlichen, an einer fortdauernden Koordination interessierten Nachfolgestaaten geprägte Zentrale zu bilden.

● Ein neuer ,,Unionsvertrag'' muß rasch ausgearbeitet werden. Er wird sich nur begrenzt auf den letzten verabredeten Entwurf stützen können. Er müßte mehr sein als eine Deklaration und eine unbedingte Grenzgarantie (Grenzen aller fünfzehn bisherigen Unionsrepubliken in der Form von 1989 bei völliger Souveränität der drei baltischen Staaten) enthalten, wobei Änderungen von der Zustimmung aller betroffenen Staaten bzw. Regionen abhängig zu machen wären. Der Verzicht auf eine Grenzgarantie und ein anhaltendes taktisches Spiel mit der Grenzfrage wäre politisches Dynamit, das bald entzündet werden könnte.

Der Vertrag hätte ferner die Bereiche zu definieren, in denen künftig eine Koordinierung der kooperationswilligen Staaten stattfinden soll (insbesondere Ökonomie, Infrastruktur und Sicherheit).

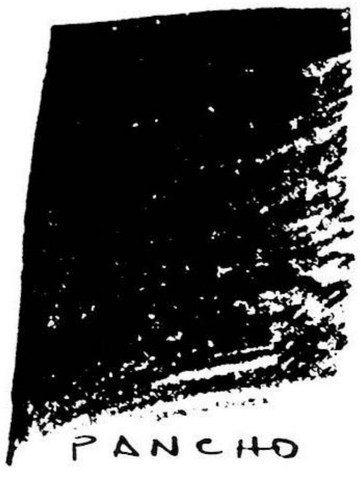
● Der Vertrag müßte die Koordinierungs- und Steuerungsorgane definieren, die in den Bereichen Wirtschaftsstabilisierung und -entwicklung, der Finanzpolitik sowie Waffenkontrolle und Sicherheitspolitik zuständig sein sollen. Ihre Kompetenzen müssen klar formuliert sein.

Die Vereinbarung zwischen der RSFSR und der Ukraine vom 29. August enthält im wesentlichen die Elemente, die Grundlage einer weitere Staaten umfassenden Vereinbarung sein müßten. Wenn es in den laufenden Verhandlungen zwischen der RSFSR und Alma Ata gelingt, Kasachstan zu einem Beitritt oder einem entsprechenden Parallelabkommen zu bewegen, wäre zusammen mit den dann folgenden weiteren vier zentralasiatischen Ländern und Weißrußland der Kern einer neuen politischen und ökonomischen Minimalunion gelegt. Zusätzlich müßte es zu einer Rahmenvereinbarung zur Stabilisierung der Wirtschaft zwischen möglichst allen der fünfzehn bisherigen Unionsrepubliken kommen. Das scheint gegenwärtig erreichbar zu sein. Dagegen wird sich ein einheitlicher Wirtschafts- und Währungsraum zumindest an der westlichen Peripherie der bisherigen Sowjetunion nicht mehr lange erhalten lassen.

● Die Parteistrukturen müssen geordnet aufgelöst werden. Die freie Betätigung politischer Parteien und Gruppierungen sowie der Presse muß in allen Nachfolgestaaten gewährleistet bleiben.

● Der Vorrang gesellschaftlicher Versöhnung vor einer weiteren Vertiefung der Spaltung sollte akzeptiert und beachtet werden.

Wenn es nicht gelingt, rasch zentrale, koordinierende und autoritative Staatsorgane zu schaffen, droht dem Land eine Katastrophe, die die Putscherfahrung weit übertreffen wird. Angesichts des derzeitigen Zustands der Staatshaushalte, des Außenhandels, der Industrieproduktion, der Landwirtschaft und auch der öffentlichen Verwaltungen, und angesichts einer auch jetzt eher politikfernen, verunsicherten, national und religiös gespaltenen Gesellschaft können das von vielen seit langem erwartete und herbeigeredete allgemeine Chaos, könnten völliger Zerfall der bisherigen UdSSR, Grenz- und Bürgerkriege noch in diesem Jahr Wirklichkeit werden. ■



HENNING SCHRÖDER

Schritt für Schritt weg von NATO, WEU und EG

Aufgaben westlicher Osteuropapolitik nach dem 19. August

Die Putschisten sind weg, die wirtschaftliche Krise der Sowjetunion ist durch den Sieg Jelzins nicht beseitigt. Zu befürchten ist, daß nicht nur die sozialen Spannungen, sondern auch die nationalen Konflikte zwischen den Republiken der zerfallenen Sowjetmacht eskalieren. Die Gefahr autoritärer Entwicklungen in einzelnen Republiken ist durchaus vorhanden, die katastrophale Wirtschaftslage kann diese ebenso hervorrufen wie nationalistische Entwicklungen. Gefragt ist in dieser Situation die Antwort des Westens, der nun auch in bezug auf die Sicherheitspolitik seine Position überdenken muß.

Wie mit einem Blitzlicht erhellten am 19. August 1991 der Umsturzversuch und die Mobilmachung der ‚Gegen'-Macht, daß sich in den letzten Jahren in der Union der Souveränen Sowjetrepubliken eine neue Wirklichkeit herausgebildet hatte: eine Kommunistische Partei als Machtfaktor existierte nicht mehr. Der Marxismus-Leninismus — jener bürokratische Bankert einer revolutionären Theorie — stank so sehr nach Verwesung, daß sich die Verschwörer des 19. August eilends eine neue, vaterländische Gesinnung zurechtzimmerten. Auf der anderen Seite aber waren neue nationale Identitäten entstanden, die sich an den Traditionen der Republiken orientierten. Die alte russische Trikolore, die blaugelbe Fahne der Ukraine, die dreifarbigen Banner der baltischen Republiken sind heute Symbol neuer demokratischer Bewegungen. Doch sie mobilisierten auch alte, nationale Instinkte. Die Gegenwehr war nicht ‚reinrassig' demokratisch — Antikommunismus, Bürokratenhaß, russischer Nationalismus und Basisdemokratie gingen eine unheilige aber wirkungsvolle Allianz ein.

Das Scheitern des Staatsstreichversuchs zeigte, daß bereits neue Machtstrukturen existieren — freigewählte Sowjets in den Städten und den Republiken. Es entstehen neue politische Gruppierungen — embryonale Strukturen eines neuen politischen Systems, das von Rechts bis Links das ganze politische Spektrum umfaßt — eingeschlossen chauvinistische und demokratiefeindliche Gruppierungen. Es hat sich eine Gesellschaft formiert, die nicht mehr bereit ist, hinzunehmen, was ihr ein Grüppchen graugesichtiger Bürokraten vorschreibt, die auf die Straße geht für ihre politischen Ziele. Diese neue Wirklichkeit hatten die Verschwörer, sämtlich Männer des alten Denkens, nicht begriffen. An dieser neuen Wirklichkeit ist ihr Putsch denn auch zerbrochen. „Das Glück von uns Russen ist es", sagt der Moskauer Lev Kopelev, „daß wir Schlechtes schlecht machen."

Nun gut. Die Putschisten sind fort, die Probleme sind geblieben. Die Krise, die den Nährboden für den Umsturz bildete, ist durch die Flucht der ‚Junta' nicht beseitigt. Allerdings besteht jetzt die politische Chance, ein konsequentes Reformprogramm zu formulieren und durchzusetzen. Die konservativen Bremser sind eingeschüchtert. Die Gesellschaft ist sensibilisiert und vielleicht bereit, die Härten, die ein konsequenter Übergang zum Markt mit sich bringen wird, zu ertragen — wenn sich wirklich eine Perspektive der Besserung bietet.

Programme, wie sie Javlinskij und Schatalin entworfen haben, liegen vor. Doch ob

Nach dem Putsch: Boris Jelzin wendet sich mit flammenden Worten an die Moskauer. **Foto: dpa**

es der russischen Regierung — um deren Führer, Jelzin, sich das Team der Reformer geschart hat — gelingt, gegenüber Gorbatschow ein Paket konsequenter Reformmaßnahmen durchzusetzen, steht dahin. Dies hängt weitgehend davon ab, wie sich die politischen Systeme in den verschiedenen Republiken entfalten. In Rußland scheint die Schaffung einer breiten demokratischen Bewegung — für die Namen wie Alexander Jakovlev und Eduard Schewardnadze stehen — ist denkbar. Ein politischer Dachverband der Unternehmer — der Wissenschaftlich-Industrielle Bund — existiert bereits. Seine Führung hat den Umsturz nicht unterstützt. In der Ukraine, in Weißrußland sind ähnliche Prozesse in Gang gekommen, in den Republiken Mittelasiens dominieren noch Präsidenten, deren Rückhalt in einer Mischung von Nomenklatura und Familienclans besteht und die ihrerseits versuchen, nationale und religiöse Gruppen zu unterdrücken. Kurz, Gesellschaften und politische Systeme sind in Bewegung geraten. Die Niederlage der Putschisten hat — wenigstens in einigen Republiken — eine Chance für den Durchbruch demokratischer Kräfte geschaffen. Doch die Gefahren autoritärer Entwicklungen sind groß — die katastrophale Wirtschaftslage bedroht eine friedliche und demokratische Entwicklung ebenso wie die wachsenden sozialen und nationalen Spannungen.

In dieser Situation stellt sich auch die Frage, wie sich der ‚Westen' verhalten soll. Der Schock des Staatsstreichs sollte Anstoß sein, bisherige Positionen zu überdenken.

Über die peinliche Übereilung, mit der nicht nur Graf Lambsdorff sogenannte ‚Realitäten' akzeptieren wollte, sollte man lieber mit Schweigen hinweggehen. Charakterlosigkeit gilt manchem ‚Realpolitiker' immer noch als Zeichen politischer Klugheit. Ein verbreiteter Irrtum.

Mythisierung von Einzelpersonen

Doch es muß gefragt werden, ob die westliche Öffentlichkeit und die westlichen Regierungen auf die Entwicklung in der Sowjetunion immer angemessen reagiert haben. Ganz sicher war es ein Fehler, Einzelpersonen zu mythisieren statt politische Strukturen insgesamt im Blick zu behalten. Gorbatschow, ein kluger Taktiker der Macht, der stets versuchte Konservative und Reformer in seine Politik einzubinden, wurde da zur Lichtgestalt im Kampf mit Mächten der Finsternis. Und Jelzin — der früher als exzentrischer, labiler Populist galt — erscheint plötzlich als Heiliger Georg der Demokratie, der den Drachen ‚Umsturz' mit der Lanze durchrennt. Ohne die persönliche Leistung, den persönlichen Mut dieser Politiker herabzusetzen, muß man festhalten, daß sie in jenem Stück ‚demokratische Revolution', das jetzt in der Sowjetunion gegeben wird, wohl konkurrierende Hauptdarsteller sind, daß aber ohne Dramaturgen, ohne Kulissenschieber, Beleuchter, Chor, Orchester und Bühnenarbeiter kaum im rechten Licht stehen würden.

Oder — um es etwas direkter zu formulieren — bei der mythischen Überhöhung der Personen gerät der westlichen Öffentlichkeit die Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft aus dem Blick. Und das hat Folgen.

Die Entstehung souveräner Republiken ist von den westlichen Regierungen hartnäckig ignoriert worden. Die Entwicklung von demokratischen Parteien hat aus dem Westen kaum Unterstützung erfahren. Wo fand die lettische Sozialdemokratie technische Hilfe? Welche Beziehungen konnten die demokratischen Bewegungen Rußlands und der Ukraine im Westen knüpfen?

Wenn es um Hilfe ging, dann war es stets ‚Hilfe für Gorbatschow'. Und selbst die wurde auf dem Gipfel der G-7 verweigert. Außer einem aufmunternden Schulterklopfen konnte der sowjetische Präsident nichts nach Hause mitnehmen. Die Verweigerung substantieller Hilfe war zweifellos ein Akt, der die Verschwörer ermutigt hat. Sie mußten den Eindruck haben, daß ein kleiner Machtwechsel niemanden ernsthaft störe. Die politische Entwicklung in der Sowjetunion war den westlichen Industriestaaten — so schien es — gleichgültig.

Der Westen muß umdenken

Die eigene Bevölkerung allerdings hat den Verschwörern einen Strich durch die Rechnung gemacht. Dies sollte auch den westlichen Regierungen zu denken geben. Wenn sie stabile, friedliche und demokratische Strukturen in der Sowjetunion fördern wollen, dann müssen sie jetzt initiativ werden. Und das heißt nicht, dem glücklich zurückgekehrten Präsidenten Gorbatschow einen Scheck in die Hand zu drücken — eine Form der Hilfe, der Kanzler Kohl stets den Vorzug gegeben hat. Nicht die bürokratische Zentrale in Moskau, an deren Spitze Gorbatschow steht, ist der Ansprechpartner, sondern die demokratischen Kräfte in den Republiken, die Wirtschaftsunternehmen, die mit dem Übergang zu neuen Eigentumsformen ernst machen — sei es in Form von Belegschaftsbeteiligung oder durch Ausgabe von Aktien. Rüstungsbetriebe, die die Produktion von Feuerleitsystemen einstellen, um stattdessen PersonalComputer oder Waschmaschinen herzustellen, verdienen direkte Unterstützung ebenso wie die Kommunen, die versuchen, die sozialen Folgen des Übergangs zur Marktwirtschaft aufzufangen.

Hilfe muß die Entwicklung demokratischer Kräfte einerseits und stabiler Marktstrukturen andererseits fördern. Das kann ein breites Spektrum von Maßnahmen umfassen. Die Ausbildung von Managern, Facharbeitern und Steuerinspektoren gehört ebenso in diesen Kontext wie die Schaffung von Stipendienfonds für russische, lettische, ukrainische und armenische Studenten oder wie der Ausbau des akademischen Austauschs mit den Republiken. Das bedeutet auch die gezielte Förderung von regionalen Projekten — sei es, daß eine Republik eine Bodenreform durchführt oder eine Kommune Umschulungsprogramme für die große Zahl der zu erwartenden Arbeitslosen organisiert.

Ein wichtiger Bestandteil der Hilfe muß die gezielte Demilitarisierung der Beziehungen in Europa und der Ausbau regionaler Sicherheitsstrukturen sein. Den Vertretern von Rüstung und Militär in der Sowjetunion müssen die Argumente aus der Hand geschlagen werden, mit denen sie nach wie vor die irrsinnige Rüstungslast zu legitimieren versuchen. Die Sowjetunion stellt für Europa derzeit keine militärische Bedrohung dar. Das heißt, die NATO ist in ihrer bisherigen Rolle überflüssig. Gerade der rasche Zusammenbruch des Putsches illustriert einmal mehr, daß von der blinden und lahmen ‚Supermacht' keine militärische Gefahr ausgeht. Die Bedrohung, wenn es sie denn gibt, liegt in der Instabilität, in der Wirtschaftskrise, in den sozialen Spannungen. ‚Flexible Response' ist dagegen kaum ein Rezept. Ein Ausbau europäischer Sicherheitsstrukturen, die Demilitarisierung der internationalen Beziehungen, die Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, gezielte Förderung für Republiken und Regionen sind da wohl eher am Platze.

Die Demilitarisierung der Region, die Schaffung von Konfliktregelungsmechanismen verbunden mit einem umfassenden Wirtschaftsprogramm, das Hilfe bei der Lösung brennender sozialer und ökonomischer Probleme bietet, solche Schritte sind das Gebot der Stunde.

Das ist eine Forderung, die sich an die USA und die Länder Westeuropas richtet, die sich in den letzten Jahren vor allem durch ihre unflexible, phantasielose und kurzsichtige Politik Richtung Osteuropa ausgezeichnet haben. Zwar haben diese Staaten die Früchte der sowjetischen Schwäche geerntet, doch haben sie es bisher nicht für nötig gehalten, die NATO den veränderten Verhältnissen anzupassen oder Konzepte für die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas einschließlich der Rest-Sowjetunion zu entwickeln. Offenbar besitzen westlichen Politiker nicht genug Phantasie, sich auszumalen, was das Fehlen eines umfassenden Demilitarisierungs- und Wirtschaftshilfekonzepts für die künftige Entwicklung des ehemaligen sozialistischen Lagers — und damit für ganz Europa — bedeutet.

Zwei Aufgaben stellen sich in aller Schärfe: die Schaffung einer neuen ‚Nachkriegsordnung', die die regionalen Konflikte zwischen den Staaten Ostmitteleuropas und zwischen den Ethnien der Sowjetunion regelt, und die Einbeziehung der Rest-Union, die sich nach der Liquidierung der Reste des Umsturz aus neun Republiken konstituieren wird, in das internationale System.

Die Schaffung einer neuen ‚‚Nachkriegsordnung'' bedeutet zugleich das Ende der

Was hier nicht steht, steht in der taz.

taz, die tageszeitung.

bisherigen Vorstellungen von eigenstaatlicher Verantwortung. Konflikte zwischen Slowenien und Serbien oder zwischen Litauen und der Union können nicht mehr als innere Angelegenheit eines Staates behandelt werden. Dies ist in Zukunft Sache überstaatlicher Vereinbarungen. Solche Regelungen, an der alle Staaten der betroffenen Region zu beteiligen sind, müssen Sicherheit durch Demilitarisierung einerseits und wirtschaftliche Förderung andererseits schaffen. Dabei sind die alten Strukturen der KSZE, die auf das Gegenüber der Blöcke abgestellt waren, nicht mehr nützlich. Unter dem Dach der KSZE könnte eine Anzahl regionaler Subsysteme geschaffen werden: zum Beispiel sind Polen, Litauen, Ukraine, Weißrußland, die Rest-Union und Deutschland denkbare Mitglieder eines Subsystems, das Polens Grenzen in Ost und West garantiert und in gleicher Weise Weißrußland und Litauen vor polnischem Zugriff schützt. Ähnliche regionale Sicherheitsabsprachen wären zum Beispiel für den Donauraum, den Adria-Balkan-Raum, die Ostseeanrainer-Staaten denkbar. Nur in solchen begrenztem Rahmen kann die weitere Demilitarisierung von Konflikten vorangetrieben werden.

Eine neue Nachkriegsordnung

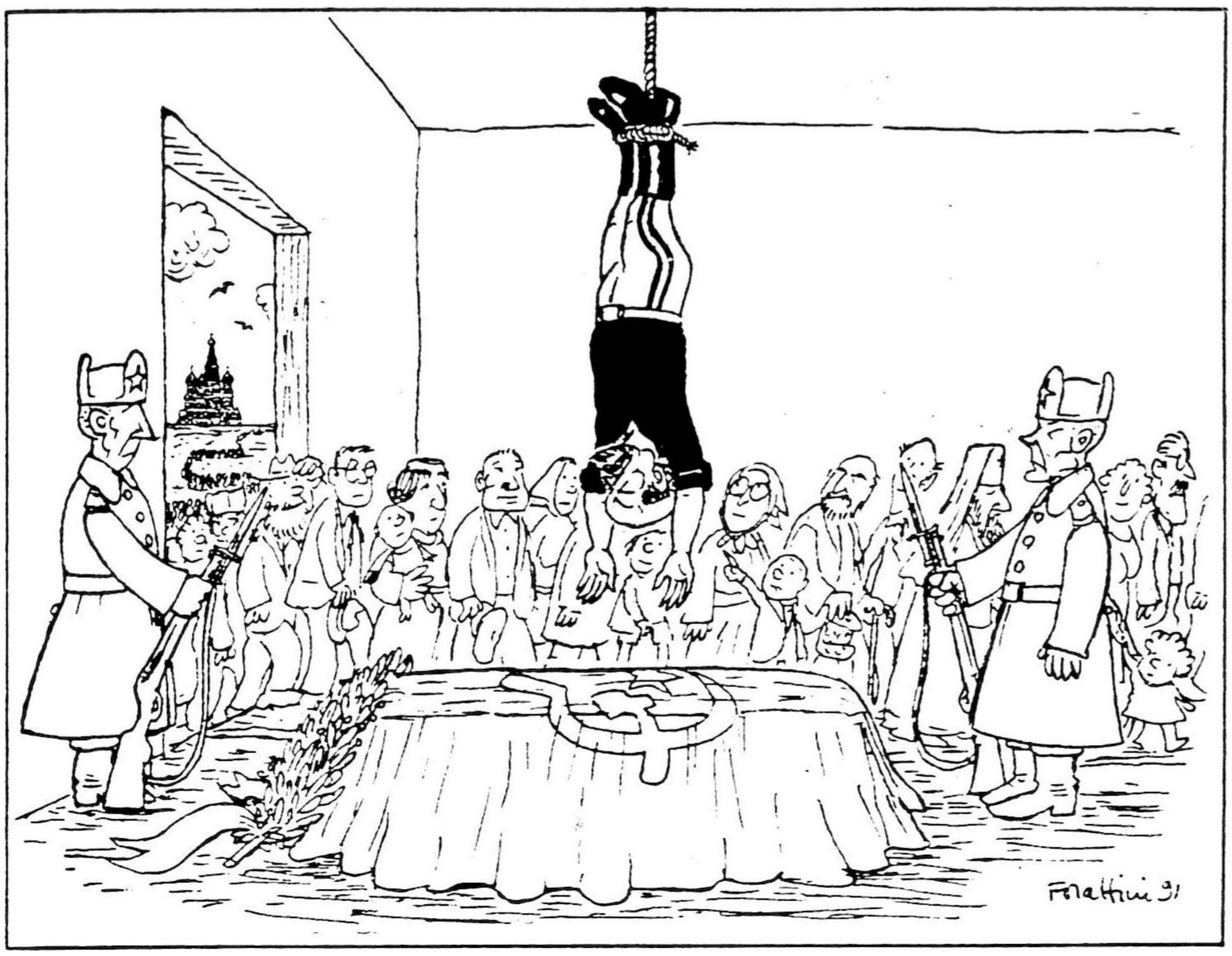
In solche Strukturen muß die Rest-Union — jene neun Republiken, die dem Unionsvertrag beitreten wollen, werden wohl Kern eines föderativen Staates bilden — eingebunden sein. Eine Isolierung der Sowjetunion, ihr Hinauswurf aus Europa, wäre ein denkbar kurzsichtiger Schritt, dessen Folgen die Nachbarstaaten nur allzu rasch zu spüren bekämen. Es gilt vielmehr die restliche Sowjetunion auf allen Ebenen in den Dialog einzubinden — in der UNO, in der KSZE, in regionalen Konfliktregelungsmechanismen, bei GATT, in den Wirtschaftsverbund mit der EG, in ein umfangreiches Wirtschaftshilfeprogramm.

Das geht allerdings kaum ohne eine Kehrtwende in der Weltsicht westlicher Politiker. Auch wenn es schmerzlich ist: die liebgewordenen westeuropäischen oder atlantischen Strukturen sind überholt — mehr noch, sie behindern die künftige Entwicklung. NATO, WEU, EG sind Ausprägungen einer Politik, die sich am Ost-West-Gegensatz orientiert — sie grenzen Osteuropa aus.

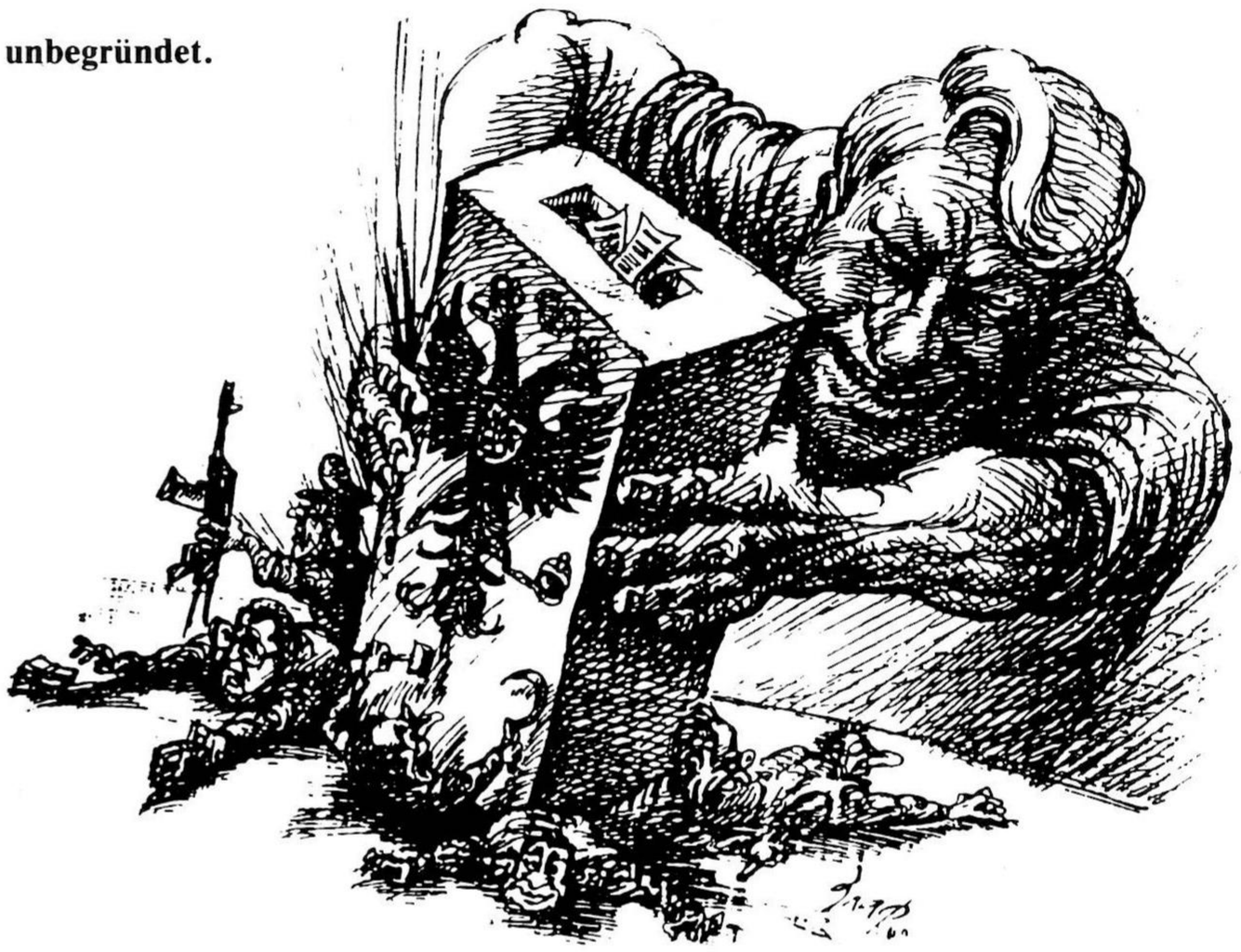
Die NATO ist nicht die Instanz, die Ostmitteleuropa und die baltischen Republiken einbinden kann — sie stellt immer noch eine unmittelbare Bedrohung für die Rest-Union dar und wird als solche wahrgenommen. Wenn sie deren Sicherheitsinteressen mitvertreten will, muß sie sich im Kern verändern. Alternative Sicherheitsregime sind notwendig, die die NATO ‚alter Art' Schritt für Schritt ersetzen. Darüberhinaus muß die militärische Sicherheit durch die Organisation sozialer und ökonomischer Sicherheit ergänzt und abgelöst werden. Krisenprävention durch wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit muß an die Stelle des Managements der bereits ausgebrochenen Krise treten. Ziel ist es, die Region Europa weitgehend zu demilitarisieren und dabei auch die Region Sowjetunion einzubeziehen.

Die Geschichte hat der Sowjetunion und ‚uns' eine zweite Chance gegeben. Das ist ein seltener Glücksfall. ‚Wir' sollten sie nicht so verspielen wie die erste, die in den Krisenjahren 1989 und 1990 scheiterte — nicht zuletzt an der Unwissenheit und der Phantasielosigkeit westlicher Regierungen. ■

Henning Schröder ist wissenschaftlicher Referent am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOST) in Köln.



Lange Zeit hat der Westen die Bedeutung Boris Jelzins unterschätzt, man sah in ihm nur den Populisten und Demagogen und richtete ansonsten den politischen Blick auf Gorbatschow. Alain Touraine und Jean-Claude Guillibaud kritisieren — freilich aus unterschiedlicher Sicht — das „schiefe" Jelzin-Bild des Westens. Für Touraine ist Boris Jelzin der Protagonist für ein gewisses Wiederaufleben der sozialen und politischen Bewegungen, ein mutiger Akteur des Sozialen, mit dem sich für ihn die Hoffnung auf die Rückkehr des Primats der Politik verbindet. Guillebaud kritisiert, daß jetzt schon vom Ausland her „schwere Verdachtsschatten" auf das auferstandene Rußland und auf Jelzin selbst fallen. „Die geringste patriotische Anspielung, der noch so leise geräusperte Verdacht gegenüber dem Konsumkapitalismus, und schon sieht man den schweren russischen Geist aus der Wodkaflasche losgelassen", schreibt Guillebaud. Die westliche Angst, daß der Kreis um Jelzin und mit ihm das russische Volk ins Nationalistische abdriftet, hält Guillebaud dagegen für ziemlich unbegründet.



ALAIN TOURAINE

Eine Lektion für Europa

Zunächst ist den Fachjournalisten Tribut zu zollen, die mit bewunderswertem Scharfsinn sofort die Schwäche des Putsches in der SU aufgedeckt und sein Scheitern vorausgesagt haben. Aber berechtigen diese — zum Glück — reellen Schwächen dazu, in dem Putsch nur einen alles in allem untergeordneten Zwischenfall, einen von vornherein zum Scheitern verurteilten Versuch, eine Nostalgie der guten alten Breschnewschen Zeit zu sehen? Zwei wichtige Gründe sprechen gegen eine solche Sicht. Erstens zählen die Putschisten eher zum engeren Mitarbeiterkreis Gorbatschows denn zu der bereits in Vergessenheit geratenen alten Garde; zweitens ist die Unentschlossenheit der Putschisten ihnen nur deshalb zum Verhängnis geworden, weil sich gegen sie ein in Jelzin verkörperter politischer Wille gestemmt hat.

Man sage da nicht, die Geschichte habe ein unzeitgemäßes Projekt von vornherein zum Scheitern verurteilt. Zu viele Beispiele liefert uns die jüngere Geschichte für sich einstweilen behauptende Versuche, eine wirtschaftliche Liberalisierung mit einer autoritären Politik durchzusetzen. Die sowjetischen Führer mögen bei ihrem Putsch an Deng Xiaoping gedacht haben, der vor und nach den Demonstrationen auf dem Platz des Himmlischen Friedens die chinesische Wirtschaft liberal umgestaltet hat, aber die Fortsetzung dieses Weges mit politischer Repression zu erzwingen vorgezogen hat; oder auch an Pinochet, der es nicht auf die Wiederherstellung der Macht der chilenischen Oligarchie abgesehen hatte, sondern auf die Modernisierung der Wirtschaft nach ultraliberalem Rezept unter dem politischen Schild von Repression und Diktatur.

Allgemeiner und grundsätzlicher gefaßt: Die Umwandlung der Gesellschaft nach wirtschaftsliberalem Rezept, im Vertrauen auf den Markt, erzeugt starke soziale Spannungen, die in der modernen europäischen Geschichte so alt sind wie diese selbst und die heute in den wirtschaftlich schwächeren Ländern sozial derart explosiv zu werden drohen, daß sie das autoritaristische Eingreifen des Staates auf den Plan rufen. In dem Maße, wie die sowjetische Gesellschaft eher in das Chaos zu versinken als sich politisch zu mobilisieren schien, konnte diese zugleich wirtschaftlich liberale und politisch autoritäre Lösung zumal den KGB-Führern zusagen. Wenn der Putsch gescheitert ist, so deshalb, weil nicht nur Knappheit und Chaos das Volk demoralisierten, sondern weil das Volk ein demokratisches Bewußtsein erlangt hat, das im entschlossenen Auftreten Boris Jelzins, der immer den Primat der Politik über die Ökonomie betont hat, einen schillernden Ausdruck gefunden hat.

Dem vom großen ultraliberalen Traum besessenen Westen war Jelzin nicht genehm; ihm kam Gorbatschow soviel vertrauenswürdiger vor, der sich immer mehr auf die Vorstellung einer Umgestaltung der Gesellschaft über die sozialen Akteure hinweg zubewegte, einer Umgestaltung, die vor allem aus dem Zustrom von Auslandskapital Auftrieb erhalten sollte, was sich so viel geselliger dem Zeitgeist in den westlichen Ländern andiente, deren unbeschränktem Vertrauen in das freie Spiel der Marktkräfte und dem wachsenden Mißtrauen gegenüber den sozialen Bewegungen oder politischen Projekten, die, in Frankreich zum Beispiel, nur die letzten Zeugen eines nimmer wiederkehrenden Gestern schienen.

Immerhin: In das Gedächtnis der fromm an die schier göttlichen Tugenden des freien Martkes und der ihn lenkenden Unsichtbaren Hand Glaubenden müßte nach diesem Putsch in der UdSSR der Primat der Politik zurückgekehrt sein; dem Westen sollte er Anlaß sein, die Politik gegenüber dem Osten, aber auch die Politik innerhalb der eigenen Grenzen zu überdenken. Es ist noch nicht lange her, daß die liberale „New York Times" sich über die Analysen eines Mister Z (hinter dem sich der in Berkeley lehrende, ausgezeichnete Sowjetologe Malia verbarg) empörte, weil er auf die Gefahr einer abfaulenden Gesellschaft hinwies und zur Unterstützung Boris Jelzins aufrief. Heute wissen wir, daß Mister Z absolut richtig liegt. Der Putsch hat gezeigt, daß das russische Volk mit seinem Willen und seinem Mut, für die Demokratie zu kämpfen, den Ansichten der

westlichen Führer über seine Zukunft voraus war. Es bleibt zu hoffen, daß das russische Beispiel ein Zeichen für die Polen, die Tschechen und auch die Ungarn gesetzt habe, die sich nach Art der lateinamerikanischen Diktaturen auf einen ultraliberalen Weg begeben haben, der zu einer gefährlichen politischen und sozialen Demobilisierung und zu mexikanischer Abhängigkeit von der dominierenden Volkswirtschaft führt.

Nicht das langsame Einsickern der Marktwirtschaft hat die von der kommunistischen Diktatur aufgezwungene Ordnung stetig ausgehöhlt, sondern der politische Mut Jelzins und der zehntausend Moskauer hat der politischen Zwangsverwaltung der wirtschaftlichen Liberalisierung Einhalt geboten. Hiermit soll keineswegs die Ursächlichkeit der dem Putsch innewohnenden Schwächen heruntergespielt werden; zweifelsohne haben die Putschisten den Zerfall des alten Staatsapparats, auf den sie sich stützen wollten unterschätzt. Zu Recht ist gesagt worden, daß dieser Putsch das Zeichen für das Ende des Kommunismus ist.

Das Ende des Hyperliberalismus

Kann jedoch nicht weniger zu Recht gesagt werden, daß er auch das Zeichen des Endes der hyperliberalistischen Periode ist? Und zwar deshalb, weil neben dem ,,Showmaster'' der rationellen Managementmethoden der politische Wille, die Begeisterung und der Mut der sozialen Bewegungen als Protagonist die Bühne der Geschichte betreten hat. In Ostdeutschland sind die kollektiven Willensregungen in der totalen Eingliederung des Landes in die westdeutsche Wirtschaft untergegangen. Die mächtige soziale, demokratische und nationale Bewegung Solidarnosc ist unter der Wucht einer ebenso wagemutigen wie erbarmungslosen Wirtschaftsreform zerbröckelt. In der CSFR ersetzt Vaclav Klaus' Realismus Vaclav Havels Idealismus.

Kann die Tatsache, daß der Name Jelzin nunmehr heller glänzt als der Name Gorbatschow nicht eine Umkehr dieser Lage und ein gewisses Wiederaufleben der sozialen und politische Projekte bewirken, zunächst in Ungarn vielleicht, aber auch in Rumänien und den anderen postkommunistischen Gesellschaften. Und schließlich wäre noch zu hoffen, daß die Lektion aus Moskau auch in einem von dem Zerfall seiner politischen Projekte gelähmten Westeuropa gehört würde, das derzeit versucht ist, in dem großartigen Projekt der Schaffung einer politischen Europäischen Gemeinschaft nur mehr die Bildung einer weiten Freihandelslandschaft zu erblicken. ■

(aus: Le Monde, 27. August 1991, Übersetzung: Bob Detobel)

JEAN-CLAUDE GUILLEBAUD

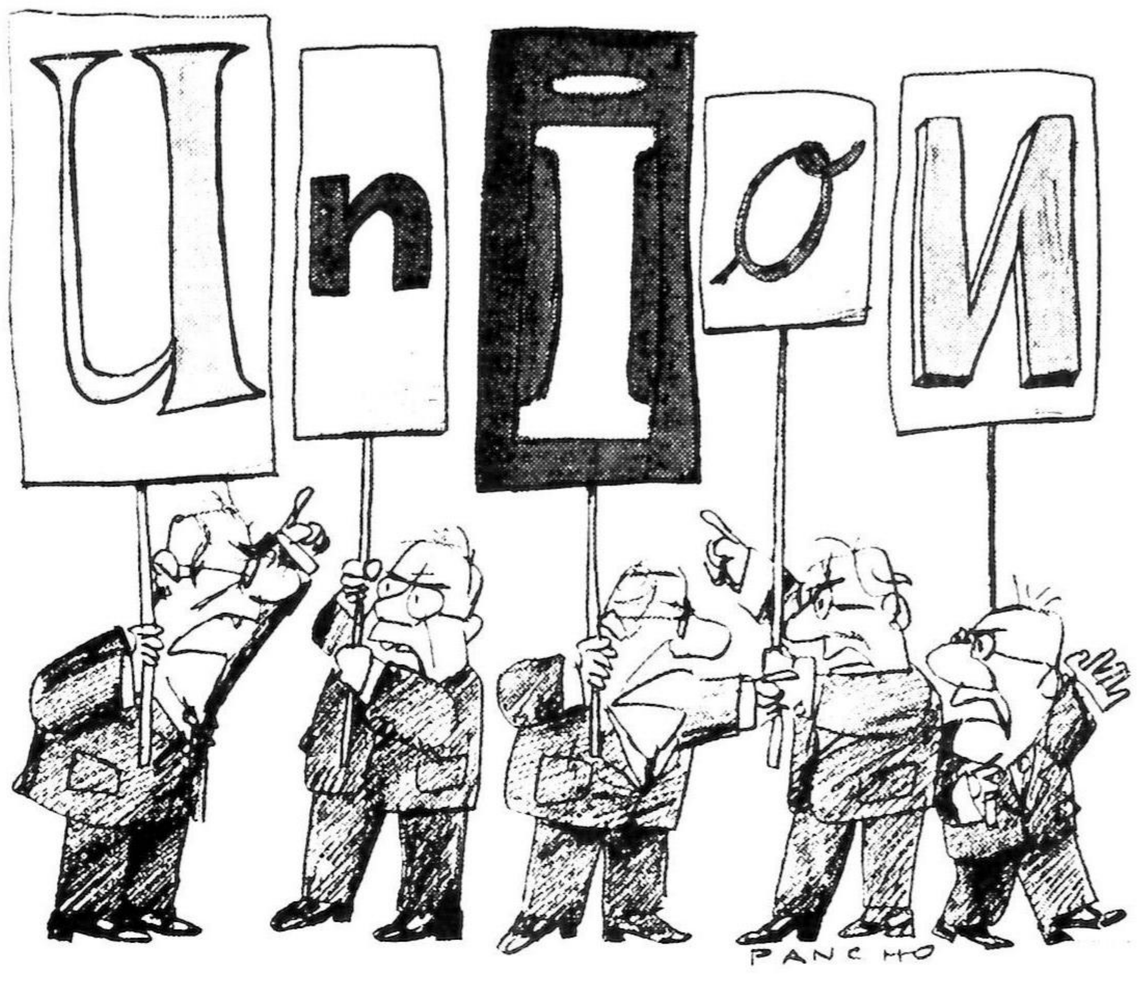
Die Dämonen sind müde

Oder die ewige Wiederkehr der ,,Russischen Frage''

Seht! Sie ist wieder da, die ewige russische Frage, auferstanden aus Ruinen des Kommunismus, dröhnend aus der gefährlichen Brandung der inneren Entkolonialisierung. Die Wiedergeburt Rußlands, als deren Herold sich Boris Nikolajewitsch emporgeschwungen hat, geht bald als Angstspuk, bald als Hoffnungsflamme um in Europa. Rückkehr zur Demokratie, ja aber... könnten aus dem Schoß des Mütterchen Rußland nicht auch jene Fragen wieder hervorkriechen, die man einst ,,verdammte Fragen'' nannte, Fragen, die sich schnell wie bare Münze von Hand zu Hand reichen lassen: Ist dieses Rußland, von dem der Pole Josef Pilsudski sagte, es sei ,,ein asiatisches Monstrum unter einer europäischen Lackschicht'', aufgrund seiner tausendjährigen Geschichte zur Despotie prädestiniert? Oder kann es nach der Erfahrung dieser siebzigjährigen ,,Pädagogie der Leiden'' zu einem Typus westlicher Demokratie finden, die nach so vielen Fehlschlägen Rußland endlich den festen Ankerplatz in Europa sichert?

Eine slawophile Strömung hat dieses Ansinnen, wie man weiß, gleich glatt verworfen. Die neue russische Rechte, seit fast zwanzig Jahren als Untergrundbewegung präsent, Gelegenheitsverbündeter der konservativen Kommunisten (zuletzt beim Putsch), knüpft, das Heilige Rußland gegen Krämerdemokratie, westlichen Materialismus und ,,okzidentale Pornographie'' beschwörend, nahtlos an den alten chauvinistischen — und antisemitischen — Diskurs an. Man kennt ihre wichtigsten Barden, ihre Zeitungen und den Kern ihrer Vulgata.

Schriftsteller wie Wassilij Bjelow, Astawiew, Wladimir Kuznetsow, Alexander Prokanow, Bondarjew, Triapkin, Valentin Rasputin, um nur die bekanntesten zu nennen, sind Vertreter dieser Gruppe, die sich nur in Nuancen voneinander unterscheiden. Die zahlreichen nationalistischen und konservativen Gruppen, die bereits im Dezember 1989 eine gemeinsame Plattform verabschiedeten, bilden einen slawophilen Urnebel, dessen reale Einwirkung auf das politische Klima schwer abzuschätzen ist. Der modernisierende Ableger dieser Strömung ist die Liberale Demokratische Partei des Wladimir Jininowski (8 % der Stimmen bei der letzten Wahl), während die Pamjat-Bewegung (,,Gedächtnisbewegung'') gewissermaßen den radikalen schwadronierenden Flügel bildet. Allemal finden sich im heutigen erniedrigten Rußland fertige Strukturen, ein Potential simpler Gedanken, ein Stausee an Leidenschaften und Bitterkeit, die der erste beste Demagoge leicht wird ausbeuten können, wenn die Zeiten und ,,der Markt'' schrecklich zu walten beginnen. Schwer vorstellbar, daß all diese Gruppen im frisch emanzipierten Rußland, das mindestens genauso wie die Peripherie von der Suche nach einer neuen nationalen Identität geschüttelt wird, nicht gediehen. Alles scheint im Gegenteil darauf hinzudeuten, daß, wie in Osteuropa, der neue politische Schwerpunkt sich nach rechts verschieben wird. Der Zusammenbruch des Kommunismus erzeugt logischerweise einen Luftzug, der dem, was wir Linke nennen, schlecht bekommt. Fragt sich nur, welche Rechte das Feld behaupten wird: die monarchistische, die christdemokratische, panslawistische?



Jetzt schon fallen vom Ausland her schwere Verdachtschatten auf das auferstandene Rußland und auf Boris Jelzin selbst. Die geringste patriotische Anspielung, der noch so leise geräusperte Vorbehalt gegenüber dem Konsumkapitalismus, und schon sieht man den schweren russischen Geist aus der Wodkaflasche losgelassen. Selbst in der Umgebung des russischen Präsidenten späht man jetzt schon nach dem unheimlichen Großrussen, wird reflexartig das stets zu gewärtigende ,,populistische Abdriften" an die Wand gemalt, wenn man nicht gar die Exstasen der Pamjat, deren Militanten gelegentlich schwarzbehemdet in der Moskauer Altstadt paradieren, überbeleuchtet.

Ohne leugnen zu wollen, daß von dieser Seite eine Gefahr ausgehen könnte, sind auch jene Moskauer Intellektuellen, die man am wenigsten derartiger chauvinistischer Neigungen verdächtigen kann, über diese westlichen Beargwöhnungen verstimmt, denen ihrer Ansicht nach manchmal ein kräftiger Schuß Russophobie beigemengt ist. Sie erscheinen ihnen reichlich vereinfachend. Aber die Geschichte doch... In Wirklichkeit haben die Russen in den seltenen Fällen ihrer Geschichte, wo es ihnen vergönnt war, sich frei zu entscheiden, dem Chauvinismus von rechts nie ihre Stimme gegeben. Der Kreis um Boris Jelzin besteht mehrheitlich aus westlich denkenden, für den Archaismus des chauvinistischen Diskurses wenig anfälligen Intellektuellen.

Und schließlich, so das in Moskau gern vorgebrachte Gegenargument, soll man die pathetische Wiederbegegnung mit dem russischen Gedächtnis und der russischen Kultur, die Wiederbelebung der siechenden Russischen Idee, die Wiederaneignung des russischen ,,Erbes" durch die Intellektuellen, die Flut an Neuauflagen der Schriftsteller, Gelehrten, Historiker, Philosophen vor der Oktoberrevolution (von Nikolai Berdjajew bis Wladimir Solowjow, von Worobjow bis Wassilij Kljutschweskij) die Rükkehr zu einer genuin russischen Spiritualität nicht mit Chauvinismus verwechseln. Es sei denn, den Russen soll verwehrt bleiben, wozu die Indianer Amerikas, die Letten oder die Ureinwohner Australiens angespornt werden.

In Rußland wird heute eine gigantische intellektuelle Arbeit geleistet, diesseits des Minirakelspiels und jenseits einfacher Erklärungen. Diese Arbeit ist nicht nur legitim, sie ist unentbehrlich. Es gilt Nation und Nationalismus, kulturellen Patriotismus und dumpfen Chauvinismus zu unterscheiden.

Im übrigen kann man das slawophile Erbe nicht auf sein im Westen kolportiertes Zerrbild verkürzen. Es birgt auch Wiederbelebenswertes, orthodoxe Spiritualität, Großmut und Mitleidensbereitschaft, die man nicht ohne weiteres kampflos in den importierten Küchen von McDonald's oder Frau Thatcher verbraten sehen möchte.

Gewiß, Rußland droht die Rückkehr der alten Dämonen. Frankreich etwa nicht? ■

Übersetzung: Bob Detobel, aus: Nouvel Observateur, 29.8. - 4.9.1991

Gegen die Dämonisierung der Nationalismen / Gespräch mit Victor Zaslavsky

Der mißlungene Putsch hat die Konservativen neutralisiert, aber er hat auch das innere Machtssystem von Gorbatschow erschüttert. Kam das Ende der KPdSU für Sie unerwartet?

Zaslavsky: *In diesen epochalen Tagen wird nicht einer einzelnen Partei der Prozeß gemacht. Es ist eine Revolution gegen das* Einparteiensystem. *Es ist klar, daß in der Generalabrechnung mit dem System die KPdSU nicht überleben kann. Das bedeutet jedoch nicht, daß für reformerische Kommunisten in einem neuen System kein Platz mehr ist. Es reicht hier nur an den gegenwärtigen russischen Vizepräsidenten und engen Mitarbeiter von Jelzin, General Ruzkoj, zu erinnern. Er ist ein bekannter Reformkommunist. Das wahre Ziel der Menschen war und ist, die* Staatspartei *abzuschaffen.*

Und wie steht es mit dem Nationalismus?

Zaslavky: *Die UdSSR ist ein Babel an Völkern, die eine verschiedene politische Kultur haben, eine verschiedene Arbeitsethik und vor allem auch verschiedene Mentalitäten. Die Differenzen sind wirklich nicht zu unterschätzen. In der Vergangenheit hat es nur ein starker und repressiver Zentralstaat vermocht, diesen multinationalen Komplex zusammenzuhalten. Daß aus dem Zusammenbruch dieses Staates sofort eine wirkliche Demokratie und ein marktwirtschaftliches System entstehen wird, ist sehr unwahrscheinlich. Gorbatschow verfolgte zwei Ziele, die in einem radikalen Widerspruch zueinander stehen. Man kann nicht gleichzeitig für die Aufrechterhaltung der territorialen Integrität der UdSSR und für die Einführung der Marktwirtschaft kämpfen. Diese starken Differenzen der Weltanschauungen und der Arbeitsgewohnheiten werden eine reibungslose Durchsetzung des kapitalistischen Systems sehr erschweren.*

In diesen Tagen blickt alle Welt nach Moskau, Leningrad und das Baltikum. Was aber geschieht im Rest des Imperiums?

Zaslavsky: *In der Provinz blühen wie immer die Nationalismen. Aber es handelt sich dabei nicht nur um jene archaischen Formen des Denkens und der Politik, wie sie in den Medien oft verzerrt dargestellt werden. Es sind vielmehr autochtone Tendenzen, die den Nationalismus mit einer Öffnung zum Westen und einer Auflösung des Imperiums zu verbinden suchen. Dieser Prozeß entwickelt sich mit einer rasenden Geschwindigkeit. Die Versuche Europas, im Namen der Modernität die gemeinsamen Strukturen der UdSSR aufrechtzuerhalten, waren immer zum Scheitern verurteilt. Es ist einfach absurd, den Nationalismus als ein Residuum einer dunklen und weit zurückliegenden Vergangenheit global zu dämonisieren. Sicherlich existiert in der UdSSR auch eine ethnische Mobilisierung traditioneller Art mit Kämpfen zwischen Clans und Stämmen. Aber dies ist nur eine Seite des Phänomens Nationalismus. Nehmen wir zum Beispiel die baltischen Länder, Georgien oder Rußland. Die Völker wollen dort die Unabhängigkeit mit einem ganz präzisen Ziel: möglichst schnell in die Europäische Gemeinschaft und den Weltmarkt eintreten. In dieser Optik sind Nationalismus und Marktökonomie zwei Seiten der Medaille Unabhängigkeit.*

Welche politische Rolle können in Rußland die liberaldemokratischen Gruppen um Schewardnadse und Jakovlev spielen? Werden sie in der Zeit nach Gorbatschow nur das kritische Gewissen des Landes sein?

Zaslavsky: *In diesen Tagen der Revolution haben sie eine sehr wichtige Rolle gespielt und wahrscheinlich werden sie auch bald Regierungsverantwortung übernehmen. In ihrer Bewegung könnten sich viele ehrenvolle Mitglieder der aufgelösten KPdSU sammeln. Die stärkste Position aber wird auf jeden Fall Jelzin einnehmen.*

In Italien vertreten gegenwärtig viele Intellektuelle die Meinung, es lasse sich nicht mehr miteinander vereinbaren, links und gleichzeitig Kommunist zu sein. Was würden Sie dazu sagen?

Zaslavsky: *Auf der Tagesordnung der Sowjetunion steht heute die Selbstauflösung des multinationalen Systems. Dann kann man auch über politische Optionen sprechen. Ich denke, daß die Zukunft dem sozialdemokratischen Projekt gehört. Es hat als einziges die Kraft, auch im 21. Jahrhundert lebensfähig zu sein.*

MARIO AJELLO

(aus der L'Unita, 26. August 1991; übersetzt von Carl-Wilhelm Macke)

Bis 1975 war Victor Zaslavsky Soziologe an der Universität in Leningrad. Heute lebt er in Kanada und lehrt an der St. John's University of Newfoundland (s.a. links, Nr. 10/1990).

Nationalismus

In einer Zeit, in der sich die Fragen des Nationalen und der nationalen Identität auf den unterschiedlichsten Ebenen stellen, erscheint es mir wichtig, auf ein Buch hinzuweisen, das diese Diskussionen durch unkonventionelle Ideen auf eine neue Basis stellen und beleben könnte: „Le Nationalisme contre les Nations" („Der Nationalismus gegen die Nationen") von Henri Lefebvre, dem kürzlich verstorbenen Altmeister der marxistischen Querdenker in Frankreich. Dieses Buch, dessen Erstauflage 1937 im Verlag der französischen KP erschienen war, wurde 1988 von Méridiens Klincksieck in der Reihe „Analyse Institutionnelle" mit einem Vorwort von Michel Trebitsch und einem Nachwort von Henri Lefebvre neu aufgelegt.

Angesichts der gesellschaftlichen Doppelbewegung — der wachsenden sozialen Homogenisierung und Mondialisierung auf der einen Seite, der immer stärker werdenden Tendenz zu Fragmentierung, Partikularisierung und Nationalismus andererseits — ist dieses Buch von aufregender Aktualität. Insbesondere durch die Debatten zur deutschen Vereinigung und zu den sozialen Bewegungen in Osteuropa stellt sich die Frage nach einem linken Diskurs zur nationalen Identität. Henri Lefebvre liefert hierzu wertvolle, erfrischende Ansätze jenseits der ausgetretenen Wege linken Denkens, da er Tabus, die sich dieses Denken gibt, verletzt und somit seine zu engen Grenzen überschreiten hilft.

„Le Nationalisme contre les Nations" schreibt sich — wie jedes literarische oder wissenschaftliche Werk — in einen historischen und gesellschaftspolitischen Kontext ein. Für Henri Lefebvre ist dies die Volksfrontregierung in Frankreich, der Stalinismus in der UdSSR, Guernica und der spanische Bürgerkrieg, Hitler und der sich etablierende Nazismus in Deutschland.

„Le Nationalisme contre les Nations" gliedert sich in fünf Abschnitte, in denen sich deutlich zwei Teile unterscheiden lassen: In den ersten drei Kapiteln mit den Überschriften „Psychosoziologie des Nationalgefühls" , „Auf der Suche nach einer Definition" und „Die Fakten" unternimmt Lefebvre den Versuch einer an Marx orientierten, dialektischen Analyse des Phänomens des „Nationalen". Der zweite Teil, die beiden letzten Kapitel mit den Überschriften „Die faschistische Scheinlösung" und (vor allem) „Die marxistische Lösung", folgen eher den politischen Imperativen der Entstehungszeit des Buches.

Lefebvre verfolgt das Ziel, eine an Marx orientierte Theorie des Nationalen zu entwerfen. Angesichts der Politik der deutschen KP, die Lefebvre aus eigener Anschauung kennt und die er für den Sieg des Nazismus in Deutschland mitverantwortlich macht, sieht er die Lösung nicht in einem abstrakten, absoluten Internationalismus, der von oben herab die Verbrüderung der Völker dekretiert. Das Nationale stellt für Lefebvre kein Ziel oder keinen Wert an sich dar, es ist jedoch etwas Gegebenes, bildet einen Rahmen für die politische Aktion. Für den Marxismus kann Internationalismus erst durch die Erfüllung und damit Aufhebung des Nationalen entstehen, nicht durch seine Verteufelung.

Lefebvre kritisiert in diesem Kontext explizit linke Intellektuelle in Deutschland wie Tucholsky. Im Gegensatz zu deren abstraktem Rigorismus sagt er — und dies erscheint mir als außergewöhnlich im Kontext von Stalinismus und autoritärer Parteiherrschaft: ,,Aber das ‚absoluteste' und ‚unveränderlichste' der Prinzipien des Marxismus besagt, daß die Realität Leben und Entwicklung ist''. Für ihn muß sich das marxistische Denken „vor Absolutheiten in acht nehmen".

Hierin unterscheidet sich marxistisches Denken vom nationalistischen oder faschistischen Diskurs über die Nation, der diese als absolute Gegebenheit, als Ziel und Zweck an sich definiert. Lefebvre formuliert demgegenüber, daß linke Politik sich auf der nationalen Gemeinschaft begründen muß, um diese gegen den Nationalismus zu mobilisieren. Nur dadurch kann die Nation — im dialektischen Sinne — aufgehoben werden. Real ist in seinen Augen dieser Prozeß schon 1937 angelegt gewesen. So schreibt er:

,,Die Nation ist heute ökonomisch überholt, denn es ist ein Weltmarkt entstanden und jede Nation ist nur ein Fragment einer weiteren Ökonomie, von der sie sich nicht loslösen kann. Sie ist auch politisch überholt. Die Politik ist Weltpolitik.''

Hier zeigt sich Henri Lefebvre schon in seinem Frühwerk als (Vor-) Denker einer Theorie der Mondialität — und vor allem als ein Verteidiger des Subjekts, das es in der politischen Theorie des Marxismus zu rehabilitieren gilt.

GERALD PREIN

Rezension der Neuauflage von Henri Lefebvre:
,,Le nationalisme contre les nations.''
Paris, Méridiens Klincksieck, collection ,,Analyse Institutionnelle'', 1988, 195 Seiten, 120 FF (ca. DM 36,—)

Deutschland, Deutschland ...

Wer jetzt immer noch nicht begriffen hat, daß die Entscheidung Berlin oder Bonn egal ist (abgesehen von dem „schönen Geld"), daß aber die Begründung für Berlin (und auch — Glotz sei's geklagt — der Blüm/ Matthäus-Maier / Adam-Schwaetzer' sche Tenor für Bonn) Ängste um eine „entstaatlichte Zivilität" und „postmaterialistische Wertorientierung" weckt, dem empfehle ich als Augenöffner die Lektüre von Brigitte Seebacher-Brandt: „Die Linke und die Einheit" (Corso bei Siedler, Berlin 1991, 85 S., DM 20,—). Bei diesem überteuerten Buch handelt es sich um die Neuauflage von FAZ-Beiträgen, mit denen Frau Seebacher-Brandt „die Linke" und „die Sozialdemokratie" zur Ordnung ruft. Sie kritisiert, daß „zu einer Sache der Statistik" hat werden können, „was eine Sache des Herzens gewesen war" (S. 25). „Träume und Triebe" (S. 35) begreift die SPD — vor allem unter dem Eindruck des „68er Mythos" — nicht (mehr), deshalb war (und ist) sie „für die Kämpfe dieser Welt und deren Widersprüche nicht gestärkt" (S. 31). Die Linke, das weiß die Autorin genau, hat eine Neigung, „lehrbuchmäßig zu trennen, was im Leben zusammengeht" (S. 34 f.) Die Linke macht also immer alles falsch und verdirbt damit sogar die Sozialdemokratie, bei der wenigstens zeitweise „das nationale Bewußtsein der Nachkriegs-SPD und die Westwendung der Godesberger Partei eine glückliche Verbindung" eingehen (S. 46). Gleichzeitig erfährt man durch dieses Buch aber auch, was partout unvereinbar ist: Zivilgesellschaft und Nationalstaat (S. 73 f.). Da trifft es sich gut, daß 1989/90 eine Generation — nämlich die 68er — abgewählt wird (S. 59 ff.). Diese 68er und ihre „Antieinheitsstimmung" haben die SPD unterwandert und wuchsen (vermutlich mittels der Staatsknete) „in beispiellosen Wohlstand hinein" (S. 67). Damit aber verlieren sie (Carl Schmitt sei's geklagt) den Blick für die Ausnahme; sie hängen am „Wohlleben" und sind deshalb auf geschichtlichen Wandel nicht vorbereitet: „Zur Schau getragene Lust am guten Leben geht fast immer einher mit Selbstzufriedenheit, bisweilen auch Selbstsucht. Das Herz wird träge und die Solidarität als Last empfunden. So gingen die intellektuell erfaßte Zweistaatlichkeit und das emotional erfahrene Wohlleben eine unselige Verbindung ein." (S. 67) Ja, das Sein bestimmt das Bewußtsein!

Während sich also die nur-noch-politisch-denkende Linke um Zivilgesellschaft und Zivilität streitet, schreitet die Geschichte aus Sicht Frau Seebacher-Brandts über diese

Fortsetzung auf S. 38

WIDERSPRUCH
Beiträge zur sozialistischen Politik
21

Neuer Rassismus

Europa, Nationalstaat, Klassenrassismus; 'Ausländerin' und Geteilter Feminismus; Islam und Machismo; Jüdischer Antisemitismus? Ethnische Toleranz; Multikulturalismus und Antirassismus; Kulturrevolution von rechts? Neonazis und Bürgerblock; Armut und Fremdenhass; Antirassismus-Gesetze

E. Balibar, W. Elfferding, A. Kalpaka, S. Boos, B. Rothschild, J. Müller, H. Siegfried, H.U. Jost, J. Frischknecht, U. Mäder, B. Koprio, B. Leuthardt

Diskussion

Golfkrieg und Krise der neokolonialen Weltordnung: G. Hischier
Was heisst Zivilgesellschaft? H. Kleger
Zivilgesellschaft und Nation: G. Fülberth
Gramsci und die Religion: J. Rehmann

Rezensionen / Zeitschriftenschau

11. Jg./Heft 21 – Juni 1991 Fr. 15.–

208 Seiten, Fr. 15.–
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, 8026 Zürich

LUDI LODOVICO

Das Ende des Leninismus

Mit dem Zusammenbruch der KPdSU werden nicht nur die Lenindenkmäler und -bilder allerortens von ihren Podesten, Säulen und Wänden geholt, sondern ist auch eine politische und theoretische Revision des Politikers und Denkers Vladimir Illitsch Lenin überfällig. Diese notwendige Aufarbeitung linker Politikgeschichte und die daraus folgenden Konsequenzen wird in der noch verbliebenen Linken zu unterschiedlichen Gewichtungen, Einschätzungen und Folgerungen führen. Ludi Lodovicos und Micha Brumliks Beiträge stellen wir hier als zwei unterschiedliche Verarbeitungen von „Lenins Ende" zur Debatte.

Bei der faktischen Parteigründung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" 1903 in Brüssel (der Gründungsversuch von 1898 in Minsk endete für die meisten Teilnehmer in zaristischen Gefängnissen) waren 51 „Delegierte" anwesend. 14 Jahre später gelang derselben Partei ein Coup, der sich in kurzer Zeit über einen Bürgerkrieg zur Revolution auswuchs. Unbestrittenes Vorbild der russischen Parteigründer war die deutsche Sozialdemokratie — und zwar die Theoriefraktion Kautskys (den Lenin bis 1914 für den größten Marxisten nach Marx hielt), weniger die Praktikerfraktion um den politisch beschlagenen Bebel. Wie Lenin und seine Leute aus dem kleinen Häufchen Intellektueller in wenigen Jahren eine immer minoritäre, aber dennoch schlagkräftige Organisation machten, erstaunt bis heute. Die kritischeren Zeitgenossen hat seine unerbittliche Methode — bei allem Respekt vor ihren Erfolgen — von Anfang auch erschreckt: Rosa Luxemburg warnte 1903 vor dem „Nachtwächtergeist", der hinter Lenins Konzepten von „Organisation", „Führung" und „demokratischem Zentralismus" hervorschaue und den demokratisch-emanzipatorischen Zielen der Arbeiterbewegung direkt ins Gesicht schlage.

Über aller Bewunderung für dessen organisatorische Effizienz sollte man nicht vergessen, daß Lenin politisch und theoretisch nur wörtlich nahm, was sein Lehrmeister Kautsky seit den 90er Jahren in akribischer Kleinarbeit aus den Schriften von Marx und Engels herausdestilliert hatte: eine handliche Fassung der Kritik der politischen Ökonomie, eine entwicklungsgläubige Geschichtsphilosophie, ein fortschrittsfrommes historisches Bewußtsein für das Proletariat, einen pflegeleichten Weltanschauungsmarxismus für fast alle Wechsellagen des wirtschaflichen und politischen Lebens im wilhelminischen Kaiserreich. Einen Vergleich mit der zeitgenössischen Universitätsdenkerei oder gar mit dem wilhelminischen Weltanschauungs-Sumpf braucht Kautsky jedenfalls nicht zu scheuen — trotz aller Einwände, die man gegen seine Theorien vorbringen kann und muß. Wenn man Kautskys lebenslangen Feldzug zur Reinhaltung dieser Theoriestücke vor „revisionistischen" Aufweichungen genau betrachtet, so erkennt man darin geradezu die Vorlagen für Lenins Pamphlete gegen alle Ab- und Aufweichungen in Theoriefragen: 500 Seiten benötigte dieser allein gegen „den Machismus" bzw. den „Empiriokritizismus" der Philosophen Ernst Mach und Richard Avenarius, von denen Lenins Mitstreiter um die beiden Intellektuellen Bogdanow und Lunatscharski („verbotenerweise") fasziniert waren. Es ging, gelinde gesagt, um ziemlich abgehobene Doktorfragen der Erkenntnistheorie. Aber auch hier pochte Lenin eisern auf „Diziplin" und „Einheit" und verlängerte die theoretische Abweichung präventiv zur konterrevolutionären Attacke und zum politischen Verrat. Der Passepartout für solche Unternehmen sieht schon seit längerer Zeit gleich aus: „Man kann aus dieser aus einem Guß geformten Philosophie des Marxismus nicht eine einzige grundlegende These, nicht einen einzigen wesentlichen Teil wegnehmen, ohne sich von der objektiven Wahrheit zu entfernen, ohne der bürgerlich-reaktionären Lüge in die Fänge zu geraten". Das schrieb Lenin 1909; es könnte genauso bei Kautsky stehen, für den auch jede theoretische Nuance den Geruch der Konterrevolution verbreitete. Gnadenlos zerrte Lenin in jenem Buch gesellschaftstheoretische und philosophische Probleme auf das Niveau politischer Fraktionskämpfe herunter, in denen sich abstruse Zurechnungen, vermutete Verwandtschaften und durchsichtige Unterstellungen zu rein politischen Zwecken notorisch nicht mehr unterscheiden lassen von theoretisch und/oder politisch relevanten Differenzen in der Sache. Mit Kautsky (und verstärkt mit Lenin) erlangte theologisch-zänkische Fadenzählerei Theoriewürde und Theorieform in der europäischen Arbeiterbewegung.

In einem Punkt freilich stellte Lenin Kautsky auf die Füße. Dieser vertrat zwar einen rigiden Organisationspatriotismus, vor dem die heutige „Beschlußlagen-Mentalität" vieler Gewerkschafter vollkommen verblaßt. Aber Kautsky verteidigte mit der Partei vor allem deren theoretisch-ideologische Reinheit und vertrat insofern nur das „Offizösentum der Theorie", versah Parteibeschlüsse allenfalls mit einem „rechtfertigenden Beruhigungsschleim" (Rosa Luxemburg). Mit Fragen der Parteiorganisation, der politischen und praktischen Parteiarbeit dagegen mochte sich Kautsky nicht herumschlagen, obwohl er nicht müde wurde, die Bedeutung der Einheit der Partei und der Reinheit ihrer Lehre zu beschwören.

An diesem wunden Punkt des kautskyanischen Sozialdemokratismus radikalisierte Lenin die Lehren seines Meisters — mit restlos fürchterlichen Folgen für die sozialistische Arbeiterbewegung auf der ganzen Welt.

Bereits 1914 und endgültig 1918 ging die SPD-Konzeption der Vermittlung von Tagespolitik, parlamentarischer Opposition und der sozialistischen Perspektive einer demokratisch legitimierten Revolution — mit der Arbeiterklasse als deren Hauptsubjekt — zu Bruch. Das „revolutionäre Subjekt" im sozialdemokratischen Verstande reduzierte sich im Ernstfall eben doch nur auf einen Parteivorstand, der einer politisch entwöhnten Masse von Arbeitern und anderen Anhängern die Beschlußlage mitteilte. Indem die mustergültige Organisationsmaschine SPD das Leben der Parteimitglieder von der Wiege bis zur Bahre durchwirkte, entpolitisierte sie diese ganz nebenbei und halbwegs ungewollt. Lenin zog daraus politische Konsequenzen und revidierte die sozialdemokratische Politikvorstellung gründlich. Er ersetzte demokratische Legitimationsparadigmata durch die rundum schillernde Figur der Avantgardepartei von Berufsrevolutionären. Die Kosten berufsrevolutionär verordneter Praxis wurden laufend bzw. zum voraus geschichtsphilosophisch verrechnet mit dem „Endziel": die jeweils lebende Generation von Proletariern sollte für eine angeblich bessere Zukunft der kommenden Generation ungefragt zahlen — bis zum Erreichen des „Endziels". Wenig hat sich auf die Arbeiterbewegung katastrophaler ausgewirkt als die theoretische Sorglosigkeit und geschichtsphilosophische Vertrauensseligkeit bei der Instrumentalisierung von Hegels abgründiger „List der Vernunft". Lenin u.a. beanspruchten sie umstandslos für ihre Konzepte, den Weg zu beschreiben, auf dem sich der Sozialismus verwirklichen sollte: „Nicht die allgemeine Idee ist es, welche sich in Gegensatz und Kampf, welche sich in Gefahr begibt; sie hält sich unangegriffen und unbeschädigt im Hintergrund und schickt das Besondere der Leidenschaft in den Kampf, sich abzureiben; ... die Individuen werden aufgeopfert und preisgegeben. Die Idee bezahlt den Tribut des Daseins und der Vergänglichkeit nicht aus sich, sondern durch die Leidenschaften der Individuen" (Hegel 1830/31). Ersetzt man 'Idee' durch 'Sozialismus' und betrachtet man dessen diesseitige Agenturen — Partei, ZK, Staat, Terror und Disziplin —, so hat man das ganze Elend des leninistischen Politikverständnisses schon beisammen.

Der Erste Weltkrieg, die Politik der westeuropäischen Sozialdemokraten von 1914-17 und der Kriegsausgang schoben die mit Abstand schwächste Arbeiterpartei in eine völlig unerwartete Zwangslage: entgegen allen theoretischen Konzepten und Voraussagen ergab sich für den zahlenmäßig schwachen, aber willensstarken Haufen russischer Emigranten, der sich russische sozialdemokratische Arbeiterpartei nannte, zuerst die äußerst riskante Chance des revolutionären Umsturzes — in einem ökonomisch und politisch rückständigen Land. „Es ist eine Revolution, die in der Realisierung ihres emanzipativen Gehalts gänzlich auf den internationalen Internationalismus angewiesen ist, die sich aber nach dem Ausbleiben einer Kettenreaktion von revolutionären Umwälzungen als isoliertes historisches Faktum zu retten sucht, indem sie in einer nationalen oder gar nationalistischen Wendung auf den ‚Sozialismus in einem Lande' reduziert wird" (Oskar Negt 1969). Der politische Imperativ der „verfrühten" Revolution im „falschen" Land lautete: Produktion, Produktion und nochmals Produktion. Lenin selbst brachte diese Zwangslage mit seiner Reduktionsformel, wonach Sozialismus „Sowjetmacht plus Elektrifizierung" meine, auf den Begriff. Politisch ist die Schrumpfformel die Todesanzeige für Befreiung, Demokratie und Sozialismus.

Nie mehr schwach und unentschlossen

Aus dem elenden Versagen der II. Internationale bereits vor dem und erst recht beim Kriegsausbruch 1914 zog Lenin 1917 die Konsequenz, sich nie mehr schwach oder unentschlossen zu verhalten. Lieber öffnete er dem revolutionären Voluntarismus und der dezisionistischen Metaphysik Tür und Tor. Mit Hilfe des deutschen Generalstabs, der die Anreise aus Zürich ermöglichte, und einem kleinen Aufsatz über die „Kunst des Aufstandes" wurden politische Erwartungen und politische Realitäten notdürftig und ziemlich bizarr verknüpft. Ob die Bedingungen für den Umsturz gegeben waren, unterlag mithin halb der Fremdbestimmung interessierter Dritter und halb aktionsgieriger Willkür. Obwohl zum Tatort vom erklärten Gegner aus durchsichtigen Motiven hingeschickt, hielt Lenin apodiktisch fest: „so ist die Weigerung, den Aufstand als eine Kunst zu betrachten, Verrat am Marxismus und Verrat an der Revolution". Und solche Rhetorik war nur der Anfang. Von nun an ersetzten agitatorische Beschwörungsrituale und putschistische Verschwörungsformeln die rationale Analyse: „Nein, jetzt daran zweifeln, daß die Mehrheit des Volkes den Bolschewiki folgt und folgen wird, heißt schmälich schwanken und in der Praxis alle Prinzipien des proletarischen Revolutionismus über Bord werfen, sich vom Bolschewismus gänzlich lossagen" (17. Okt. 1917). Das hört sich gerade so an, wie wenn Kohl oder Nobody die Wahlberechtigten vor der Wahl beschwörte, ihn zu wählen, andernfalls werde er zurücktreten. Derlei hinzuschreiben, erlaubte sich derselbe Autor, der wenige Monate zuvor noch beteuert hatte, „nie werden Millionen von Menschen auf die Ratschläge von Parteien hören, wenn diese Ratschläge nicht mit dem zusammenfallen, was die Erfahrungen ihres eigenen Lebens sie lehren" (Mai 1917).

Parteiarbeit unter dem Diktat unbedingter organisatorischer Disziplin war für Lenin das wichtigste Instrument zur Wahrung politisch-ideologischer bzw. theoretischer Einheit. Lange bevor das einmalige Organisations-Gesamtkunstwerk der deutschen Sozialdemokratie, das vielen Zeitgenossen wie eine fein ziselierte Kathedrale erschien, am 4.8.1914 wie ein Kartenhaus zusammenbrach angesichts der nationalistischen und imperialistischen Herausforderung, erkannte Lenin die Bedeutung von Organisationsarbeit, Organisationsdisziplin, Organisationseinheit. Mit „seiner" kleinen Partei schuf er, um im Bild zu bleiben, keine elegante Kathedrale, sondern eine plumpe, aber solide Festung mit dicken Mauern und engen Schießscharten. Im Prinzip hat dieser Festungsbau, in den sich zuerst die russische Sozialdemokratie unter dem Kommando Lenins, danach der Parteikommunismus von Stalin bis Tschernenko eingeschlossen haben, allen Anstürmen von außen, aber auch den Renovationsvorhaben von innen getrotzt. Erst die Reformen Gorbatschows veränderten die Festungsanlage und mit ihr die Mentalität vieler dort tätiger Kommunisten. Die Pointe der Geschichte vom Festungsumbau unter den Chiffren von „Glasnost" und „Perestroika" besteht darin, daß der putschistische Versuch, der diese bescheidene Renovation rückgängig machen sollte, entscheidend zum wahrscheinlich endgültigen Untergang des Parteikommunismus bzw. Leninismus beitrug. Mit dem Putsch ist der Leninismus an sein lange verdientes historisches Ende gelangt (was nicht heißt, daß es seine letzte Schlacht gewesen sein muß).

Nach dem Zerfall des Leninismus

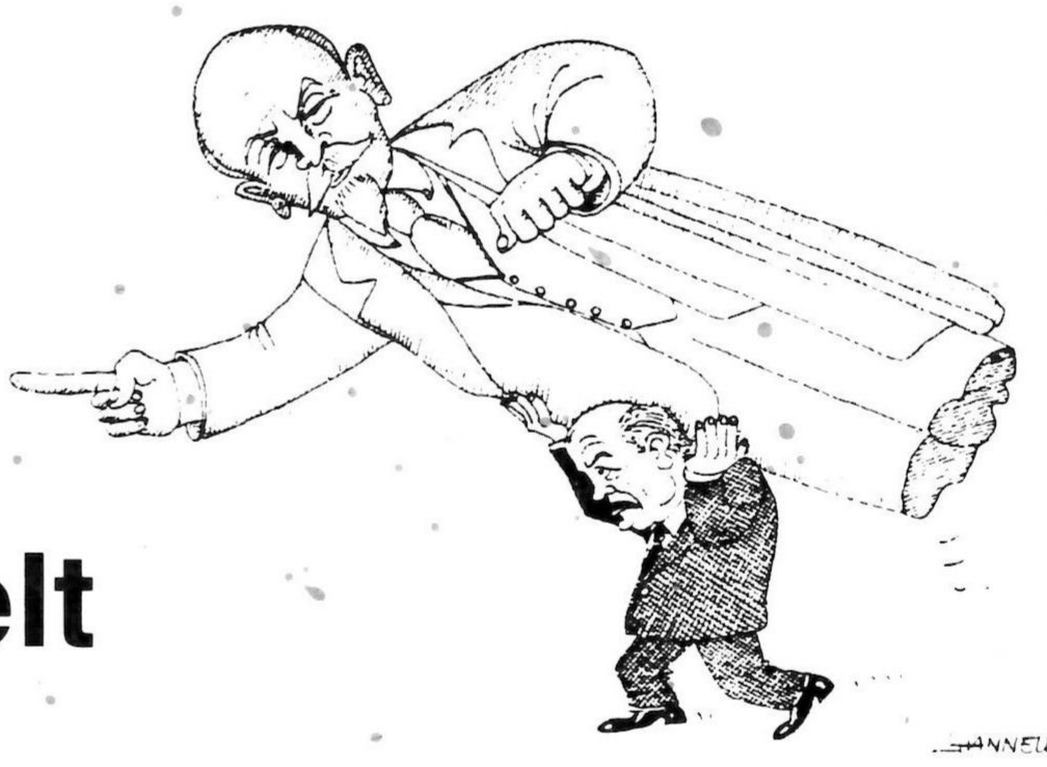
Nach dem Scheitern der sozialdemokratischen Politik und der dazu gehörenden Theorie 1914/18 und dem seit 1922 schleichenden, seit 1930 sich beschleunigenden und jetzt vielleicht endgültigen Zerfall des Leninismus sind beide Hauptparadigmen der sozialistischen Arbeiterbewegung verschlissen. Ohne trittbrettfahrerische Betriebsamkeit, billige Anpassungs- und Verabschiedungsrituale, dafür mit stoischer Ruhe und analytischer Gelassenheit angesichts der Niederlagen und Katastrophen kann und muß jetzt neu nachgedacht werden.

Der Leninismus, zu dem Stalin 1924 Teile von Lenins Schriften kompilierte, ist — was das Verständnis von „Partei", „Strategie", „Taktik", „Disziplin" und „Demokratie" betrifft — keine lächerliche oder bösartige Karikatur (wie die hausbackene Versimpelung von Lenins Thesen über „Imperialismus", „nationale Frage", „Bauernfrage" oder „Methode"), sondern eine authentische Zusammenfassung des Originals. Mit den Worten Stalins, denen Lenin nicht widersprechen könnte: In der „Vereinigung des russischen revolutionären Schwungs mit der amerikanischen Sachlichkeit liegt das Wesen des Leninismus in der Partei- und

Staatsarbeit". Nicht einmal die Floskel von der „Partei- und Staatsarbeit" kann man als stalinistische Fälschung abtun. Lenins eigene Ausführungen dazu sind außerordentlich widersprüchlich. Zwar schrieb er 1917 mit „Staat und Revolution" einen Traktat in der Tradition der Marxschen Schriften zur Pariser Kommune, dessen Ziel es war, die historische Beschränktheit von neuzeitlichen Staaten oder die moderne Aufspaltung der Subjekte in Bourgeois und Citoyens darzutun und auf „die durch und durch ausdehnungsfähige politische Form" der „Selbstregierung der Produzenten" (Marx 1870/71) hinzuweisen; aber realgeschichtlich und praktisch arbeitete Lenin mehr daran, die eben entstandenen Räte staatlich einzukesseln, Gewerkschaften und sozialrevolutionäre Bewegungen polizeilich zu unterdrücken, ordinäre Parteiinteressen zu Staatsinteressen zu erklären, „die" Partei als „das" Proletariat zu kaschieren, kurzum: die Parteidiktatur über die Bevölkerung (einschließlich des Proletariats) zu installieren.

Lenin versicherte glaubhaft, nur vorübergehend sollte mit staatlichem Terror die eben errungene, aber von außen und innen gefährdete Macht gesichert werden. Ohne Verrenkungen rechtfertigte er temporären Terror als staatliches Aushilfsmittel: „Das Gericht soll den Terror nicht beseitigen — das zu versprechen wäre Selbstbetrug oder Betrug —, sondern ihn prinzipiell, klar, ohne Falsch und ohne Schminke begründen und gesetzlich verankern" (17.5.1922). Im Gegensatz dazu bediente sich Stalin, der den Terror als dauerhafte Herrschaftspraxis der verstaatlichen Monopolpartei einführte, verharmlosender Ausdrücke („revolutionäre Gesetzlichkeit") und scheinlogischer Konstrukte, die freilich ihre unerhörte Affinität zur Gewalt auf den ersten Blick verraten: „Was heißt, die Kulakenwirtschaft nicht stören? Das heißt, dem Kulaken Handlungsfreiheit geben. Was aber heißt, ihm Handlungsfreiheit geben? Das heißt, ihm die Macht zu geben" (1928).

Leninikonen und Lenindenkmäler sollen getrost auf den Müllhaufen; Wladimir Iljitsch Uljanow, gen. Lenin (22.4.1870-21.1.1922), Sohn eines Volksschulinspektors, Sozialdemokrat, Sozialist, Marxist und Kommunist, in dessen letzter öffentlicher Äußerung steht: „mit dem Staatsapparat steht es bei uns derart traurig, um nicht zu sagen abscheulich, daß wir uns zunächst gründlich überlegen müssen, wie wir seine Mängel bekämpfen sollen... Wir müssen uns, koste es, was es wolle, zur Erneuerung unseres Staatsapparates die Aufgabe stellen: erstens zu lernen, zweitens zu lernen und drittens zu lernen und dann zu kontrollieren, ob die Wissenschaft bei uns nicht toter Buchstabe oder modische Phrase geblieben ist (und das kommt bei uns ... besonders häufig vor) ... Siebenmal abmessen, einmal abschneiden" (2.3.1923) — dieser Lenin und mit ihm die rund neunzigjährige Theorie und Praxis des Leninismus gehören in historischen Museen und Archiven aufgearbeitet und ausgestellt, in Geschichtsbüchern dargestellt und ins historisch-politische Bewußtsein gerückt. Wohin sonst, solange gilt, daß man ebenso kennen muß, was man vermeiden, wie was man verändern will? Das gilt freilich nicht nur für Lenin und den Leninismus, die in einem ganz präzisen Sinn auch Produkte der nationalistischen und kapitalistischen Barbarei von 1914-18 sind. Wer wollte übersehen, daß wir vielleicht am Beginn einer Epoche stehen, in der alles, was dieses Jahrhundert an nationalistischen, rassistischen, kapitalistischen, religiösen, „sozialistischen", „kommunistischen" und imperialistischen Exzessen hervorgebracht hat, nochmals von vorne beginnen kann?■



MICHA BRUMLIK

In den Trümmern der eigenen Welt

I. Aus dem Tagebuch der Nadeschda Krupskaja: „Nach der Wahl Tschernows begann die Debatte. (...) Wladimir Iljitsch nahm nicht das Wort. Er saß auf den Stufen der Tribüne, lächelte spöttisch. Scherzte, machte sich Notizen, fühlte sich in dieser Versammlung irgendwie überflüssig". In der Nacht vom 5. auf den 6. Januar 1918 wurde die frei gewählte konstituierende Versammlung Rußlands von den Bolschewiki auseinandergejagt. Der Marinekommandant Schlesnow machte es um 4.40 Uhr in der Frühe, nachdem die Mehrheit der Versammlung sich weigerte den Bolschewiki besondere Vollmachten einzuräumen, kurz, schmerzlos und sozial: „Die Wache ist müde, geht nach Hause!"

Das in einem Putsch geborene Regiment der Bolschewiki ging in einem mißglückten Putsch unter, es endete — nach der präzisen Prognose von Reagans Verteidigungsminister Caspar Weinberger — nicht mit einem Knall, sondern mit einem Winseln.

Bald wird Lenins Leichnahm in der ehemals nach ihm benannten Stadt, die heute wieder St. Petersburg heißt, nach seinem eigenen Willen im Kreise seiner Familie beigesetzt. Lenin ist als Theoretiker der Revolution nun so überflüssig geworden, wie sich der Parlamentarier von 1918 wähnte.

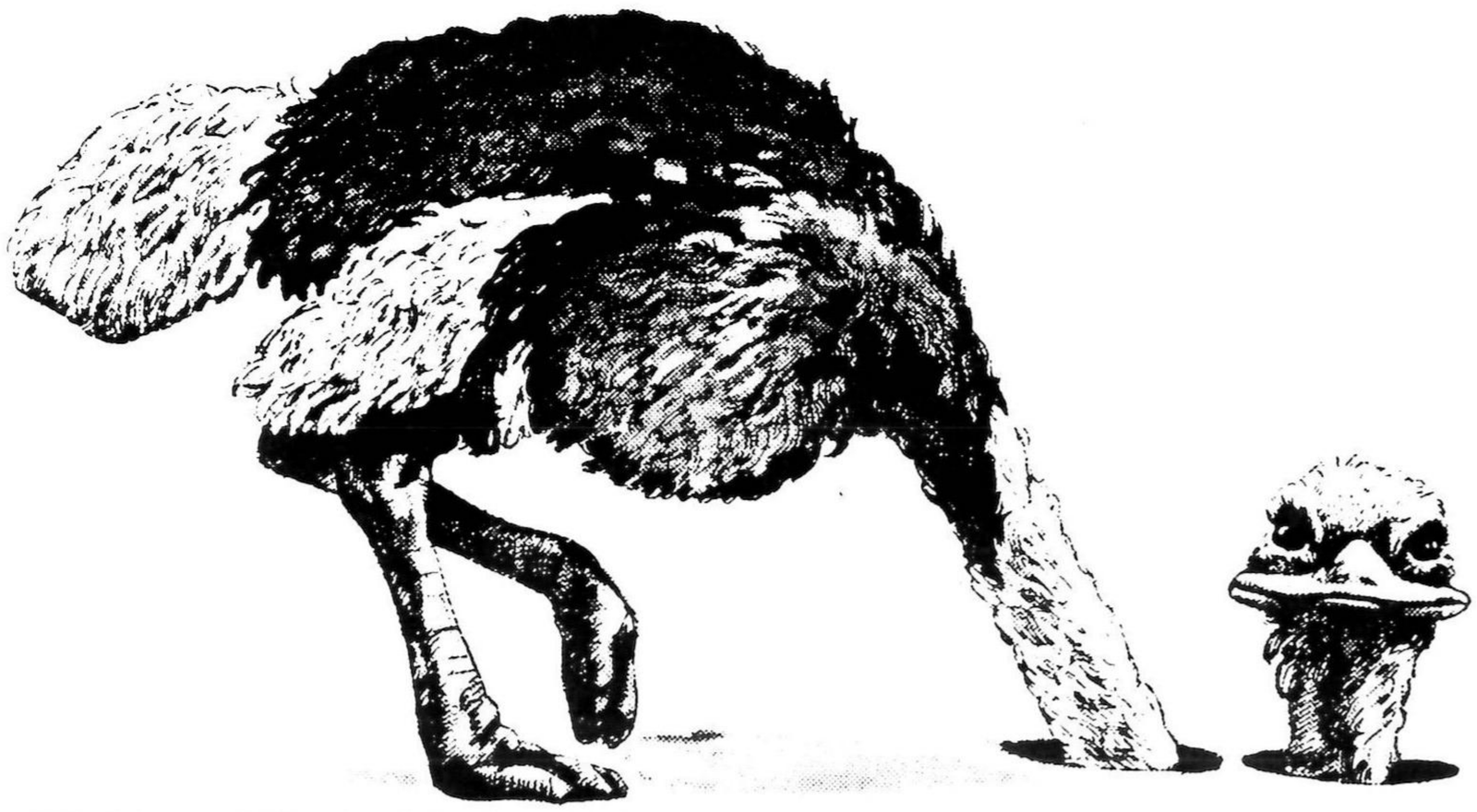
II. Der Komponist Richard Wagner, dessen Antikapitalismus sich vom Antikapitalismus seines Zeitgenossen Karl Marx nicht zuletzt durch die Abwesenheit jeder Dialektik und mangelnder Anerkennung der Leistungen bürgerlicher Gesellschaft unterschied, hatte gleichwohl ein präzises Gespür für die Choreographie von Untergängen.

„Wo gegen mich selber ich sehnend mich wandte, aus Ohnmacht — Schmerzen schäumend ich aufschoss, wütender Sehnsucht sengender Wunsch den schrecklichen Willen mir schuf, in den Trümmern der eigenen Welt meine ewige Trauer zu enden..."

Mit diesen Worten verabschiedet Wotan in der „Walküre" seine Lieblingstochter Brünnhilde, die der von ihm gesetzten Ordnung zuwiderzuhandeln wagte.

Die Russen wollten in ihrer Mehrheit die Diktatur der Bolschewiki, die doch mehr war als das Angebot von Brot und Frieden, nicht. Darin waren sich zaristische Reaktionäre, bürgerliche Demokraten und verschiedene Gruppen der Sozialrevolutionäre einig. Im Augenblick der Bedrohung wandte sich dann der Selbstbehauptungswille der Bolschewiki wider ihre humanitären Ziele und sah sich auch ein Lenin, der nach Gorkis Aussage lieber Kinderköpfe gestreichelt hätte, unter anderem gezwungen, die von ihm abgelehnte Todesstrafe wieder zu befürworten.

Am 5. September 1918 verfügte der Rat der Volkskommissare: „Es ist notwendig, die Sowjetmacht gegen Klassenfeinde zu schützen mittels Isolierung in Konzentrationslagern. (...) Zu erschießen sind alle Personen, die etwas mit weißgardistischen Organisationen, Verschwörungen und Rebellionen gemein haben." Lenin stand schon damals, im Herbst 1918, in den „Trümmern der eigenen Welt", getrieben von dem schrecklichen Willen, Friede, Brot, Gerechtigkeit und Elektrizität in Rußland



auch dann durchzusetzen, wenn sich die Mehrheit der Russen seinem Weg zu diesem Ziel, nämlich der Diktatur verweigern würde... Das erste, vom Rat der Volkskommissare erlassene Gesetz, schränkte bereits die Pressefreiheit ein.

Weil diese die bürgerrechts- und menschenrechtswidrige Praxis tatsächlich von den Bolschewiki geübt wurde und nicht weil Antikommunisten, Faschisten und tutti quanti sich dies ausgedacht haben, irrte die Neue Linke, als sie den Irrweg des Sowjetkommunismus entweder auf Stalin beschränkte oder doch als legitime Reaktion auf kapitalistische Machenschaften verklärte. Die Neue Linke irrte, weil sie sich von sozialdemokratischem Reformismus ebenso weit entfernt sah wie von diktatorischem Kriegskommunismus, weil sie meinte, jenseits von Bernstein und Lenin bei Marx Halt finden zu können und dabei denn doch immer Lenin mitverteidigte.

Wer von Lenin schweigen will, soll von Stalin nicht sprechen — so lautete Solschenizyns Parole, die in Deutschland nicht gehört werden konnte, weil in Deutschland der Antikommunismus reaktionär an den Nationalsozialismus und sein gespenstisches Fortleben im Wirtschaftswunderland gebunden war.

Ob die Linke und ihre Reste heute in den Trümmern ihrer eigenen Welt auf immer stehen bleiben oder noch einmal aus ihnen herausfinden, hängt von der redlichen Beantwortung einer anderen Frage ab: Muß, wer von Marx nicht sprechen will, von Lenin schweigen? Oder genauer: Ist Karl Marx am Debakel der sich auf ihn berufenden Bolschewiki ebenso unschuldig wie — ohne jeden Zweifel — Jesus an den Scheiterhaufen der spanischen Inquisition?

Diese Frage ist Ende der siebziger Jahre — als sich das Ende des Marxismus in Frankreich abzuzeichnen begann — von damals sogenannten ,,Neuen Philosophen" — negativ beantwortet worden: Für sie — insbesondere für einen ehemaligen militanten Maoisten wie André Glucksmann — war zweifelsohne klar, daß sich im Denken von Karl Marx der totalitäre Anspruch der idealistischen Meisterdenker von Fichte über Hegel ungebrochen fortgesetzt hatte. Glucksmanns Essay selbst war zu grob und zu ungenau, um eine ernsthafte Herausforderung für Linke zu bilden, die in Marx eher den Bezugspunkt einer hochdifferenzierten Dialektik der verwalteten Welt, also eher den Gewährsmann Adornos und Marcuses sahen, als den Vorläufer eines Breschnews und Honeckers. Und wiederum galt: die unrühmliche Tradition des deutschen Antikommunismus hielt die Linke davon ab, auch nur zu prüfen, was an Glucksmanns Holzhammerschlägen eventuell richtig motiviert war. Inzwischen jedoch — après la lettre — ist diese Revision unaufschiebbar geworden, wenn anders die Linke sich nicht sprachlos von ihrem bedeutendsten theoretischen Gewährsmann wie von einem ungeliebten Verwandten klammheimlich verabschieden will.

III. Diese anfällige Revision hat sich im Bereich politischer Projekte dem politischen Denker Marx zuzuwenden und sich nicht — wie bisher — auf Debatten über das Verhältnis von Früh- und Spätwerk, von Humanismus und strukturell-ökonomischer Betrachtensweise, dem Verhältnis von Logischem und Historischem zu verausgaben. Wenig Sinn hat es auch, Marx seine zeitbedingten Stellungnahmen, seine frühen Ideen über den Einsatz von Arbeitsarmeen und ähnliches mehr vorzuhalten. Zu fragen ist schlicht und einfach nach dem Ort des Politischen im Werk von Karl Marx. Diese Frage wird als erste Antwort ergeben, daß der politisch-ökonomisch gebildete Zeitgenosse Marx als Journalist ein glänzender Vertreter politischer Soziologie war — nach wie vor stellt der ,,Achtzehnte Brumaire" einen Glücksfall soziologischer Machtanalyse dar. Als zweite Antwort wird sich jedoch ergeben, daß Karl Marx jedes Gespür für die Bedeutung und die Probleme von Herrschaftsinstitutionen aufgrund seines radikalen Humanismus, der alles Bestehende glaubte umwerfen zu müssen, fehlte. Das wirklich Skandalöse an Marxens Schrift zur Judenfrage ist keineswegs deren Antisemitismus, der seinerzeit unter radikalen Gesellschaftskritikern aller Art gleichsam zum unkritischen Hintergrundswissen gehörte, sondern seine zu scharfe und deswegen ihr Ziel verfehlende Kritik der Bürger- und Menschenrechte. Gerade weil Marx — präzise wie vor ihm nur Hegel — den Atomismus und Individualismus der bürgerlichen Rechte erkannte, im Unterschied zu Hegel freilich glaubte, sie nicht einbinden zu können, sondern überwinden zu müssen, konnte er sich eine Theorie der Politik ersparen.

André Glucksmann irrte: Es war nicht das Vorherrschen eines meisterdenkerlichen Diskurses, der Marxens Theorie dem Mißbrauch anheimfallen ließ, sondern ein allerdings in der Struktur seiner Theorie beruhendes Defizit. Der radikal herrschafts- und ideologiekritische Gestus in Marx ganzem Werk ließ eine Theorie politischer Institutionen, die immer und notwendig Herrschaft bedeuten und sie in gewissem Ausmaß auch legitimieren, nicht zu. Dieses Defizit ermöglichte es dann Revolutionären in ganz unterschiedlichen sozialen Lagern, Macht ohne jede politische Legitimation mißbräuchlich auszuüben.

Derlei Vorwürfe scheinen haltlos und ungerecht — wußten es denn Zeitgenossen von Marx am Ende besser?

Die Antwort kann nur lauten: ja!

Marxens Schrift zur Judenfrage, die den Kern seiner *politischen* (nicht soziologischen oder ökonomischen) Einsichten enthält, erschien im Jahre 1843. Acht Jahre zuvor war Alexis de Tocquevilles Meisterwerk ,,Über die Demokratie in Amerika" in seinem ersten Teil erschienen, ein Werk, das — von einer neugierigen und resignierten Grundhaltung getrieben — das Entstehen der modernen Massendemokratie präzise, im Hinblick auf den Klassencharakter dieser Herrschaftsformen illusionslos, aber doch von einem beinahe naiven individuellen Freiheitswillen getrieben, analysierte. Dort heißt es: ,,Die Demokratie belehren, wenn möglich ihre Bewegungen ordnen, nach und nach ihre Unerfahrenheit durch praktisches Wissen, die blinden Regungen durch die Kenntnis ihrer wahren Vorteile ersetzen; ihre Regierungsweise den Umständen der Zeit und des Ortes anpassen; sie je nach Verhältnissen und Menschen ändern: das ist die erste Pflicht, die heute den Lenkern der Gesellschaft auferlegt ist. Eine völlig neue Welt bedarf einer neuen politischen Wissenschaft. Aber daran denken wir nicht; von einem rasch fließenden Strome dahingetrieben, bleibt unser Blick hartnäckig an ein *paar Trümmerresten* haften, die man am Ufer noch sieht, während die Strömung uns mitreißt und uns rücklings zu den Abgründen trägt."

Wagner, Marx und Tocqueville — ihrer aller Bewußtsein davon, daß etwas zu Ende geht und die Nachfolgenden einer neuen Welt gegenüberstehen, derweil eine alte in Trümmer fällt, war in den dreißiger, vierziger und fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts bis aufs äußerste geschärft. Der Irrtum, es handele sich dabei um die bürgerliche, und nicht um die vergangene Welt, in der Befreiung noch legitim als Erlösung gedacht werden konnte, gerann im vorbürgerlichen Rußland zur Herrschaft *sans phrase*. In den Trümmern dieser Welt sollte eine politisch gewordene, nachsozialistische Linke endlich ihre ewige Trauer beenden. ■

Micha Brumlik ist Hochschullehrer für Pädagogik an der Universität Heidelberg.

RÜDIGER DANNEMANN

Georg Lukács' Kritik der gesellschaftlichen Vernunft

Thesen zur Renaissance eines aufgeklärten Marxismus

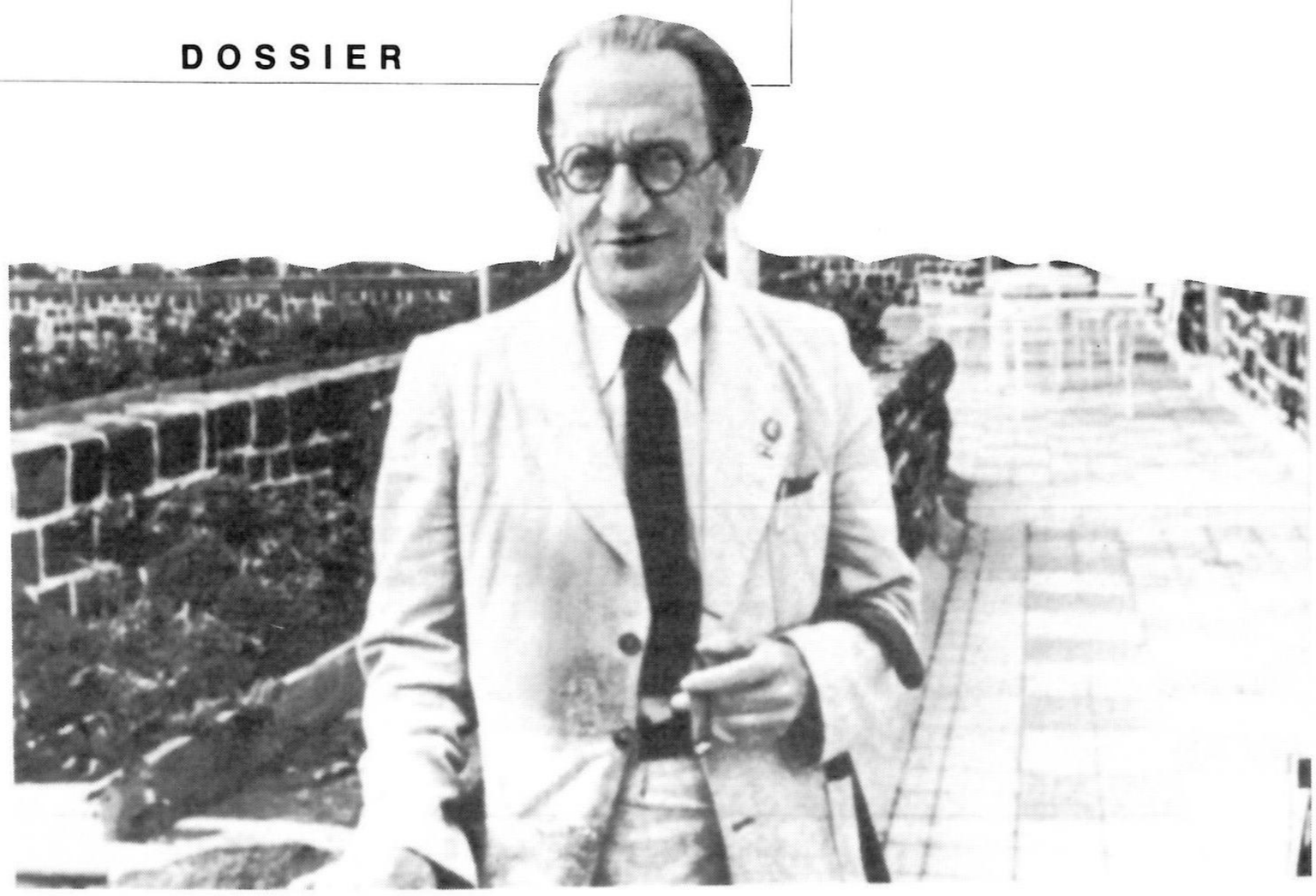
Zum 20. Mal jährt sich der Todestag Georg Lukács, des bedeutendsten Philosophen, den die marxistische Tradition im 20. Jahrhundert hervorgebracht hat. Blättert man noch einmal in den respektvollen zeitgenössischen Würdigungen, so spürt man sehr massiv den Wandel des Zeitgeistes. Was tun mit Lukács? Was kann man mit seinem riesigen Oeuvre anfangen vor dem Hintergrund einer intellektuellen Kultur, die definitiv den Tod der Marxschen Schule der Philosophie in einem „Nachruf auf den Marxismus-Leninismus" fixiert? Es wäre töricht zu leugnen, daß für viele eine Faszination von der Vorstellung ausgeht, die Pfade der überkommenen radikalen Philosphie zu verlassen und sich dem freien Spiel vagabundierenden Philosophierens zu überlassen.

Nun kennen wir ziemlich genau die Frivolität solcher Totsagungen. Ich möchte gar nicht an G.W.F. Hegel erinnern. Eduard Bernsteins folgenreicher Versuch, Marx als Philosophen, Wissenschaftler und politischen Theoretiker zu versargen, liegt knapp 100 Jahre zurück. Sein Nekrolog wurde äußerst populär, stand insofern den kontemporären Attacken in nichts zurück und führte paradoxerweise zu einigen produktiven Resultaten. Die Auseinandersetzung mit Bernstein — geführt von Rosa Luxemburg bis Georg Lukács — förderte die Fähigkeit des Marxismus, Bornierungen und Fehlentwicklungen der sogenannten Orthodoxie wahrnehmbar zu machen. Wie wir wissen, entstand in diesem Kontext (und unter dem Eindruck des Ersten Weltkrieges und seiner sozialen Verwerfungen) eine hochentwickelte Kultur der Methodenreflexion, eine Renaissance dialektischen Denkens. Damit verband sich eng die Entdeckung der Relevanz des später sogenannten subjektiven Faktors in sozialen Entwicklungsschüben, es kam zu subtilen Theorien der gesellschaftlichen Bewußtseinsformen und Ideologien, zur Aufeinanderbeziehung von Psychoanalyse und materialistischer Gesellschaftstheorie. Im Werk Korschs, Lukács', Antonio Gramscis, manchmal auch bei den Autoren der Frankfurter Schule, konstituierte sich mit der Philosophie der Praxis die entfaltetste Sozialphilosophie der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, eine Avantgarde, aus der sich entscheidende Intuitionen gegenwärtigen radikalen Philosophierens herleiten.

Natürlich kann niemand schlicht die Wiedergeburt der Praxisphilosophie der zwanziger Jahre postulieren. Die Philosophie der Praxis war der anspruchsvolle Versuch, eine revolutionäre Situation theoretisch zu bewältigen. Heute befinden wir uns eher in einer paradoxen Situation: entscheidende Momente der Marxschen Sozialphilosophie und kritischen Ökonomie sind keineswegs falsifiziert (dies gilt für Basisintuitionen der Entfremdungstheorie wie für wesentliche Theoreme der Kritik der politischen Ökonomie), gleichwohl finden wir uns wieder in der Phase einer außergewöhnlichen Stabilität, ja expansiven Virilität der „sozialen Marktwirtschaft". Bemühungen einer Reformulierung der marxistischen Theorie komplizieren sich, weil das Scheitern der realen Sozialismen sozialer Utopien nachhaltig jegliche Attraktivität raubt und das Problemfeld der ökologischen Krise im Marxismus erst zur Geltung gebracht werden muß.

Die Mutlosigkeit, die angesichts solcher Schwierigkeiten unausweichlich sich zur Apathie auszuwachsen scheint, wird minde-

Lukács im Jahre 1911, als er zwei Menschen verlor, die ihm wirklich nahestanden: Irma Seidler und Leo Popper, in: Georg Lukács, Sein Leben in Bildern, Selbstzeugnissen und Dokumenten, Metzler, Stuttgart 1981.



Lukács in: Metzler, Stuttgart 1981

stens teilweise aufgefangen, wenn wir uns klar machen, daß es bis zum heutigen Tage auch nicht ansatzweise eine Alternative zur Tradition des Marxismus gibt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß im Ernst in französischen oder angloamerikanischen Traditionszusammenhängen oder bei den Nouvelles Philosophes (die ja eigentlich nicht gerade das Adjektiv verdienen, das sie sich zugelegt haben) Lösungen für die großen sozialen Fragen des 21. Jahrhundert gesucht werden. Weder für das Imperialismusproblem (und dessen neuester Gestalt: das Problem der Migration) noch für das ökologische Problemfeld sind theoretische Lösungen entwickelt worden, die die Mühe überflüssig machen, auf die Marxsche Tradition zu rekurrieren.

Wie wenig die Praxisphilosophie in ihrer klassischen Gestalt zu konservieren ist, hat Georg Lukács selbst sehr genau erkannt. Er hat in seinen späten Schriften (und nur um diese soll es in den folgenden Zeilen gehen) eine Renaissance des Marxismus grundzulegen versucht, nicht ohne dessen Zentralkategorien zu reformulieren. Auch wer (wie Habermas und andere) den letzten philosophischen Entwürfen Lukács' reserviert gegenübersteht, wird dessen Ansatz zustimmen: eine Wiedergeburt des Marxismus als der Philosophie der Gegenwartsgesellschaft ist ohne Revision der kategorialen Basis nicht möglich.

Der wichtigste und umstrittendste Vorschlag des späten Lukács besteht darin, den Marxismus als Ontologie zu verstehen. Lukács bleibt — so meine These — auch in und mit der ,,Ontologie des gesellschaftlichen Seins" Philosoph der Praxis, aber er wählt als Horizont der mannigfachen zeitgenössischen Praxisfelder die gattungsgeschichtliche Perspektive. Der ,,moderne" Mensch versteht sich besser, ja eigentlich allererst, wenn er die Spuren seiner Konstituierung verfolgt. Und diese Fährtensuche führt zum Paradigma der Arbeit. Die ,,Ontologie" verfischt eindrucksvoll die Hypothese, die Arbeit sei die realste Existenzweise des gesellschaftlichen Seins. Wer die divergierenden Reproduktionssysteme der Gesellschaft ,,materialistisch" begreifen will, muß den Rekurs auf die Entstehungsbedingungen in der Arbeit suchen.

Die Wahl dieses Rekonstruktionsverfahrens schließt vulgärmaterialistische Auslegungen ideologischer Phänomene von vornherein aus. Im Arbeitsprozeß sind Bewußtsein, Subjektivität und Materielles, Objektives vernetzt, sie bilden nach Lukács einen Komplex. Durch die und in der Arbeit besitzt das Bewußtsein von vornherein nicht nur den Status eines Epiphänomens, die teleologischen Setzungen (so nennt Lukács nicht ohne Rekurs auf Aristoteles die subjektiven Voraussetzungen des Arbeitsprozesses) beanspruchen für die Prozesse der Objektivierung durchaus konstitutive Funktionen.

Daß Lukács den Menschen nicht vorrangig als homo ludens begreift, sondern als homo faber (besser: als homo agens oder laborans) ist eine aussichtsreiche und keineswegs triviale grundbegriffliche Entscheidung. Der arbeitende Mensch ist — wie die detaillierte Strukturanalyse der Praxis-Urform zeigt — auf natürliche Gegebenheiten angewiesen, die eigene Kausalitätsformen (Strukturen) aufweisen. Auch die höchstentwickelte Gesellschaft kann sich diesem Bann nicht vollständig entziehen, die soziale Welt ersetzt nie vollständig die Welten der ersten Natur. Für die Erinnerung daran sorgt nicht zuletzt die biologische Verfaßtheit des Menschen und deren expressivstes Symptom: der Tod.

Die ontologische Perspektive produziert — wie hier angedeutet — einige für eine Praxisphilosophie keineswegs unerhebliche Erkenntniseffekte. Sie zeigt:

- Praxis ist stets an Bedingungen gebunden;
- diese gewinnen immer mehr den Charakter sozialer Normen, Konventionen, Situationen, bleiben aber — in keineswegs fixen Formen — an nicht aufhebbare Voraussetzungen gebunden;
- zur Geltung gebracht und eventuell kontrolliert werden können die divergierenden Konditionen des handelnden Menschen nur im Rahmen eines ontologisch- und gattungsgeschichtlich-reflexiven Handelns.

Die gattungsgeschichtliche Reflexion erweist sich so als das Medium eine neuen Vernunftskritik, die ich als materialistische Kritik der gesellschaftlichen Vernunft bezeichnen möchte. In ihr beugen sich die heute handelnden Menschen zurück auf ihre Vorgeschichte, sind dabei keineswegs deren servile Agenten, aber auch nicht Manipulatoren im Geflecht verdinglichtem (und sei's auch digitalem) Scheins. Von den möglichen Folgen einer ontologischen Wendung des Marxismus möchte ich abschließend nur einen Aspekt ansprechen: den der Revision des Entfremdungs-Topos, also eines entscheidenden Leitmotivs der Marxschen Philosophie.

Dem Ontologen Lukács ist die für den frühen Marx und den ,,jungen" Lukács von ,,Geschichts- und Klassenbewußtsein" charakteristische Idee einer vollständigen Eliminierung von Entfremdung und Verdinglichung suspekt geworden. Wie in seinem großen frühen Wurf zur Sozialphilosophie findet der sensible Phänomenologe neuzeitlicher Lebensformen die praktisch allgegenwärtigen Gestalten von Entfremdung und Verdinglichung zumal an Orten ihrer prätendierten Abwesenheit, in der Kunst und in der Wissenschaft. Der Aufweis eventuell vorstellbarer Aufhebung kapitalistischer Formen von Reifikation ist für Lukács aber nicht mehr identisch mit ihrer Negation schlechthin. Entfremdung und Verdinglichung sind in ontologischer Perspektive Mittel der Herrschaftssicherung, Herrschaft (bzw. Macht) ist aber keineswegs ein Unikum des sozialen Systems ,,Kapitalismus". Reifikationseffekte sind zwar (wie Herrschaft/Macht) reduzierbar, aber nicht zu eliminieren. Es gibt zudem eine gleichsam unversiegbare Quelle von Entfremdungsphänomenen: die Dialektik von Teleologie und Kausalität. Wie das Arbeitsparadigma bereits erweist, ist der Sachverhalt irreversibel, daß die Folgen einer teleologischen Setzung niemals vollständig antizipierbar sind. Die Systemlogik überbietet immer die der sie ontologisch konstitutierenden Subjekte. Dies gilt natürlich auch für sozialistische Gesellschaften. Es ist nur folgerichtig, wenn die ,,Ontologie" es ablehnt, von Entfremdung/Verdinglichung im Singular zu berichten. Wird der Hydra der Entfremdung ein Haupt abgeschlagen, so wachsen neue nach. Die ontologisch-genetische Rekonstruktion von Entfremdung kann nur plausibel machen, es könne weniger herrschaftsintensive Gesellschaften geben, in denen Entfremdungsformen eine eher marginale Bedeutung beanspruchen.

Georg Lohmann resümiert neuerdings in seiner bedeutenden kritischen Auseinandersetzung mit Marx, er befürchte, bei diesem sei nur noch wenig zu holen. Marx habe mit einer objektivistischen Geschichtsphilosophie die Gegenwart geopfert, sein latenter Ökonomismus habe die Kultur geopfert, sein Produktivismus die Moral. Ob diese Vorwürfe für Marx zutreffen, sei hier dahingestellt; auf jeden Fall treffen sie für eine ontologisch reflektierte Praxisphilospophie keineswegs zu. Die Revolution erweist sich in der ontologischen Perspektive als Kulminationspunkt, aber eben doch nur als ein Moment der Gattungsproblematik. ■

Bausteine einer noch ungeschriebenen Biographie

AGNES HELLER

Der Schulgründer

Wir saßen um den großen Eßtisch. Das erste Mal an seinem Geburtstag, später immer häufiger auch zwischen Geburtstagen. Zum Gespräch. Wir waren die ,,Richtung''.

Die ,,Tetschenije'' — so nannte er das auf russisch — war unser Eponym: eine kleine, um die Literaturnij Kritik gescharte Gruppe. Die ,,Tetschenije'' war sich in jeder theoretischen Prämisse einig. Wir vertreten, so sagte und glaubte es Lukács, den wahren Marxismus im Gegensatz zu aller Fälschung und Verirrung. So sagten und glaubten es auch wir. Diese Richtung müsse sich verbreiten, das Antlitz von Ideologie und Kultur bestimmen, dann würde sich alles zum Besseren wenden. So waren wir alle Kämpfer einer gemeinsamen Sache, alles, was wir machten, erschien ihm wichtig und bedeutsam, denn es vertrat die ,,gerechte Sache''.

Erst viel später, als aus der ,,Richtung'' die — wie er sie nannte — ,,Budapester Schule'' wurde, als wir alle (ihn ausgenommen) der Auffassung waren, ,,die Wahrheit'' habe keinen ausschließlichen Hüter und Inbegriff, erst dann wurde uns klar, wie sehr die Gründung einer ,,Richtung'' oder eine ,,Schule'' zu seinem Wesen, zu seiner Persönlichkeit gehörte. So bedeutend und anerkannt er auch sei, nie wird ein einsamer Denker oder Künstler die ganze Kultur tiefgreifend und nachhaltig beeinflussen können. Zur Persönlichkeit, zur philosophischen Attitüde von Lukács gehörte aber die Abänderung der ganzen Kultur — mehr noch: des Lebens, der Welt — untrennbar dazu. Deshalb gründete er, seitdem er zur Feder gegriffen hatte, immer wieder Richtungen und Schulen; war eine zusammengebrochen, so fing er wieder von neuem an. Schon am Anfang des Jahrhunderts berichtete Béla Balázs von Lukács-Schülern, schon damals hat es solche gegeben. Der Gründer unserer Richtung und Schule schrieb — ebenfalls am Anfang des Jahrhunderts! — an Paul Ernst: ,,Ich habe, seit wir uns trafen, oft an unsere letzten Gespräche über Verlag, Zeitschrift, Theater etc. nachgedacht, und immer stärker wird meine Überzeugung, daß der Sieg der Richtung, der guten Sache also nur bei starker Vereinigung möglich ist... Ich weiß als Autor kann man schon allein durchdringen ... doch daß die Sache als Sache durchdringe — das ist eine ganz andere Frage, wie ein isolierter Sieg oder Anerkanntwerden eines isolierten Menschen.'' — Die ,,Sache'' mochte sich ändern, die Attitüde blieb.

Für Lukács waren Werk und Sache untrennbar. Und da wir seine Sache vertraten, gehörten wie zu seinem Werk. Auch Sokrates, Platon und Aristoteles waren Schulgründer.

Kaum wurde je ein Meister so häufig und von so vielen verleugnet, wie oft und von wie vielen er verleugnet wurde. Und verraten:

Trotz der Arbeiten von Istvan Hermann, Feher, Heller, Kammler, Meszaros, Konradi u.a. fehlt bis zum heutigen Tage eine umfassende Lukács-Biographie. So bleibt vieles in seinem Leben eine terra incognita, die Platz für Spekulationen läßt. Das ist erstaunlich, denkt man daran, daß Lukács' Stationen eines gelebten Denkens genug Material für einige dramatische (u.d.h. theoretisch und praktisch dramatische) biographische Rekonstruktionen liefert. Davon vermitteln die Textauszüge von Agnes Heller und Leo Koffler einen Eindruck.

Unter seinen Aposteln gab es stets mehr als einen Judas. Es kümmerte ihn nicht besonders, vielleicht sogar zu wenig. Überraschend radikal konnte er Menschen ,,abschreiben''. Und wen er abgeschrieben hatte, den vergaß er auch. Den Haß kannte er nicht, bloß die Verachtung. Und dies war nicht eine psychische Abwehrreaktion, sondern die natürliche Erscheinung seines Hochmuts. Wurde er verraten, nun, umso schlechter für den Verräter, nicht aber für ihn. Manchmal ging auch ein wenig Mitleid mit der Verachtung einher. Manchmal kreidete er es den Zeiten an, in denen zur bloßen Anständigkeit Heldenmut notwendig ist.

Nicht nur die Verräter schrieb er ab, sondern auch die, die ihm Schaffen versagten. In solchen Fällen war das Mitleid stärker, aber das Vergessen kam ebenso prompt. Für das Talent, das sich nicht bewähren konnte, interessierte er sich nicht lange.

Daß seine Mühe, seine Arbeit um das Aufziehen von Schulen, sein mannigfacher Beistand wenig Früchte zeitigte, fand er selbstverständlich. ,,Das ist auch in der Natur so: Tausend Samen muß der Wind verstreuen, damit einige Wurzeln schlagen'', pflegte er zu sagen. Und er war stolz, wenn einige von tausend tatsächlich einen Keim aufwiesen ■

Es handelt sich um einen Auszug aus Agnes Hellers Essay ,,Der Schulgründer'', der demnächst in dem von Werner Jung und mir herausgegebenen Materialienband zur Ontologie vollständig veröffentlicht wird.

LEO KOFFLER

Bekenntnis zur individuellen Freiheit

Ich kenne Lukács von der Schweiz her. Nach einem von ihm gehaltenen Vortrag saßen wir mit ihm in einem Café zusammen. Er sah abgespannt aus und antwortete nur widerwillig auf die Fragen der Umsitzenden.

Der Kalender zeigte den Monat Mai des Jahres 1946. Die Schweiz, die am Krieg nicht teilgenommen hatte, war über Nacht zur Schmiede der zerstörten Welt geworden und schwamm in einer überhitzten Konjunktur. Die, die auf der Flucht vor Hitler zumeist illegal den schweizerischen Boden betreten hatten, warteten auf eine Möglichkeit zur Ausreise. Inzwischen betätigten sie sich von neuen Hoffnungen erfüllt, mit einer etwas krisenhaften Leidenschaft ,,wissenschaftlich und kulturell''.

Es bedeutete daher für uns, wie übrigens für die gesamte geistig interessierte Öffentlichkeit der Schweiz, ein zutiefst erregendes Ereignis, als uns über die Presse die Nachricht erreichte, daß sich anläßlich eines Kongresses in Genf zwei so völlig entgegengesetzte Geister wie Jaspers und Lukács zur Durchführung einer Disputation begegnen würden. Während der Auseinandersetzung dieser beiden Exponenten verschiedener geistiger und politischer Welten hingen Zehntausende am Radio und verfolgten das Gespräch mit höchster Spannung. Lukaćs trat selbstbewußt auf. Er ahnte damals noch nicht den komplizierten und widerspruchsvollen Weg, den die östliche Welt gehen werde und er ahnte nichts von der bedeutenden Rolle, die er selbst in den kommenden Ereignissen spielen sollte. Die politische Bewegung, der er seit fast drei Jahrzehnten angehörte, hatte soeben in der Gestalt des russischen Riesenreiches einen großen Sieg über die faschistischen Armeen errungen. Er kritisierte mit Schärfe das Fallenlassen der großen humanistischen Ideale der bürgerlichen Aufstiegszeit. Seine Ansichten begründete er mit einem gewaltigen Rüstzeug an historischem und philosophischem Wissen. Vor allem beeindruckte sein Bekenntnis zur individuellen Freiheit, die er allerdings als nur in einem reifen sozialistischen Stadium verwirklichbar zu deklarieren versuchte. Immerhin schien sich die an den Sieg der Roten Armee fast allgemein geknüpfte Hoffnung zu erfüllen, daß nunmehr ein düsterer Abschnitt in der nachrevolutionären Entwicklung Rußlands seinen Abschluß gefunden habe.

Kurz darauf kam Lukács nach der Grenzstadt Basel, wo viele der Emigranten gleichsam mit dem Rucksack auf dem Rücken zum Abmarsch in ihre deutsche und österreichische Heimat bereit standen. Er wollte über die bei-

den Themen ,,Hegels Phänomenologie des Geistes in Beziehung zu Goethes Faust" und ,,Der Realismus Gorkis" sprechen. Es wird mir unvergeßlich bleiben, wie wir in Bernouillianum saßen und auf den Beginn warteten, als plötzlich ein winziges, zum Erstaunen schmalbrüstiges und durch zahllose Runzeln im geistvollen Gesicht den Beschauer merkwürdig berührendes Männlein eintrat und als der Erwartete vorgestellt wurde.

Während seines Vortrages sah Lukács kaum mit dem Kopfe über das Rednerpult hervor, was zunächst bewirkte, daß das Publikum sich eines Schmunzelns nicht erwehren konnte. Sobald aber die ersten Akkorde der wuchtigen und doch fein nuancierten Sprache auf die Zuschauer niederprasselten, hörten alle wie gebannt zu. Der starke Eindruck, den Lukács hinterließ, bestätigte sich durch einen mir erst später bekannt gewordenen Ausspruch von Thomas Mann, in dem Lukács folgendes Lob gespendet wird: In Lukács erkenne ich ,,einen Mann, dessen intellektuelle Natur, Weltanschauung und soziales Bekenntnis keineswegs die meinen sind, in dem ich aber einen strengen, reinen und stolzen Geist ehre und sittlich bewundere, und dessen kritischen Werke ‚Die Seel und die Form', ‚Theorie des Romans' usw. unzweifelhaft zum Bedeutendsten gehören, was auf diesem Gebiete während der letzten Jahrzehnte in deutscher Sprache angeboten worden ist." ■

GEORG LUKÁCS

Die soziale Verantwortung des Philosophen

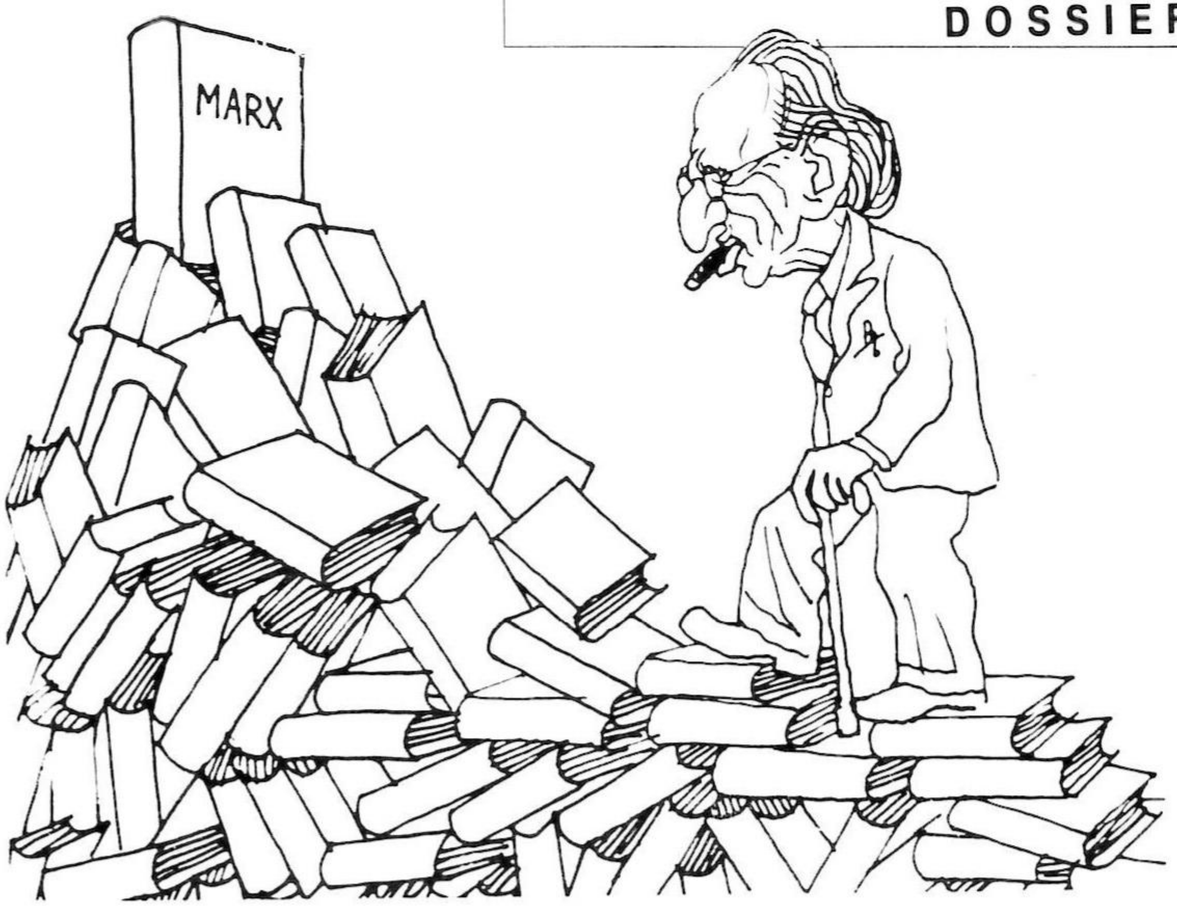
Nicht erst der späte Lukács verfolgte den Plan, eine (nunmehr: materialistische) Ethik zu schreiben. Bereits in den Jahren des Ersten Weltkrieges arbeitete er im Rahmen seines Dostojewskij-Projekts an der Überwindung der kantianischen Pflichtethik durch eine Ethik der ,,Güte". Aufmerksame Beobachter seiner Hinwendung zum Marxismus konstatierten übereinstimmend deren ethische Motive. Im Nachlaß fanden sich die Ethik-Konspekte der letzten Lebensjahre, aber auch der aus den 50er Jahren stammende Vortrag ,,Die soziale Verantwortung des Philosophen", der in dem erwähnten Materialienband zur ,,Ontologie" publiziert wird. Im folgenden veröffentlichen wir daraus vorab einen Auszug, in dem Grundzüge einer marxistischen Verantwortungsethik angedeutet werden.

Wir glauben: mit dem Auftreten des Marxismus rücken alle hier behandelten Fragen der Verantwortung in ein neues Licht. Es scheint also angebracht, wenigstens die allerallgemeinsten Prinzipien der neuen Betrachtungsweise kurz zu erörtern. Beginnen wir mit einer negativen Abgrenzung: die bisher behandelte, notwendig gewordene (Auflösung der beiden einseitigen Polarisationen der Ethnik) ist keine unterscheidende Eigentümlichkeit des Marxismus. Man findet sie — freilich inhaltlich wie methodologisch jeweils verschiedensweise — bei Aristoteles, in der Scholastik, bei Hegel; der Marxismus gibt bloß dieser Tendenz einen neuen Akzent. Wir haben in unseren bisherigen Ausführungen dargelegt, daß wo immer die Ethik ihren methodologischen und weltanschaulichen Ausgangspunkt nimmt, ihre Synthesen in der gesellschaftlich-geschichtlichen Entwicklung der Menschlichkeit münden müssen. (Zwischen ethischem Akt, ethischer Gesinnung und Verantwortlichkeit und zwischen sozialem Schicksal besteht also ein, wen auch noch so komplizierter und vermittelter, aber doch ein unzerreißbarer Zusammenhang.) Das Gemeinsame in jeder vormarxistischen Ethnik ist aber, daß bei dieser Wechselwirkung die im Individuum zur Geltung gelangenden ethischen Tendenzen einen Primat vor den gesellschaftlichen besitzen. Mögen die einzelnen Systeme in jeder anderen Hinsicht einander noch so schroff entgegengesetzt sein — wir berufen uns hier bloß auf Platon und Epikur — in dieser einen Frage besteht doch eine Übereinstimmung. Und selbst so gewaltige Ereignisse, wie die große Französische Revolution, vermochten diese Überzeugung nicht völlig zu erschüttern. Höchstens daß in pessimistischen Darlegungen, wie etwa in den Aesthetischen Briefen Schillers, ein leise angedeuteter Rückzug bemerkbar wird. (Herrschend bleibt aber die Ethik des Individuums — freilich in mehr oder weniger ausgebauten Wechselwirkung mit seinem sozialen Geschick.)

Darin drückt sich ein großer Gedanke aus: der Mensch als verantwortlicher Schöpfer seines eigenen Schicksals, das Schicksal der Menschheit als dadurch bestimmt, welcher Menschentypus in ihr zum herrschenden wird. Viele bedeutende Richtungen der Ethik konzentrieren deshalb wesentliche Kräfte darauf, die Grundzüge jener Typen herauszuarbeiten, die geeignet sind, die Menschheit auf den richtigen Weg zu führen. Es genügt wohl, wenn wir hier den antiken Weisen, seine variierte Wiederkehr im Zuge der Aufklärung, die Lehre von der Nachfolge Christi bloß erwähnen. (Vorwegnehmend sei gesagt, hier taucht bereits zumindest eine Seite unseres spezifischen Problems auf. Denn es ist keine Frage, daß der Philosoph in solchen Fällen für die soziale Bewährung des von ihm als vorbildlich aufgezeigten Typus eine besondere Verantwortung auf sich nimmt. Nur um die Umrisse des hier auftauchenden Problemreichtums anzudeuten, sei hier auf Tolstois-Drama ,,Und das Licht leuchtet in der Finsternis" hingewiesen.)

Kehren wir zum eigentlichen Thema zurück: gerade in der Frage des Primats besitzt der Marxismus eine radikal neue Position:

Lukács mit seiner Frau nach dem Erscheinen des Buches ,,Die Besonderheit..." aus: Metzler, Stuttgart 1991.



es ist, kurz gefaßt, die gesellschaftliche Entwicklung, präziser: die Entfaltung der Produktivkräfte, die die für diese notwendigen Menschen schafft. Da seit der Entstehung des Marxismus immer wieder der Vorwurf gegen ihn laut wurde, er habe überhaupt keine Ethik und ersetze diese durch Ökonomie oder Soziologie, seien hier einige erklärende Bemerkungen eingeschaltet. Vor allem: man darf das gesellschaftliche Prinzip des Marxismus mit keiner Theorie des sozialen Milieus etc. verwechseln. Diese widerspiegeln die Verdinglichung der menschlichen Beziehungen im Kapitalismus und lassen diese gedanklich weit über das Modell hinaus erstarren; konstrastieren daher das Individuum (den Menschen) mit einer sachlichen Umgebung, die eigenen, menschenfremden, ja unmenschlichen Gesetzmäßigkeiten unterworfen ist. Die Gesetze der Ökonomie und daraus die der Gesellschaft sind freilich auch für den Marxismus objektive Gesetze, d.h. solche, die unabhängig vom erkennenden Bewußtsein funktionieren. Jedoch Gegenstand und Subjekt der Ökonomie ist nichts menschenfremd Sachliches, sondern einzig und allein das System (und die Wandlung) der Beziehungen zwischen den Menschen, deren Gesetze sie zwar — individuell betrachtet — nicht geschaffen haben, die aber ausschließlich durch ihre Handlungen, durch ihre Wechselwirkungen aufeinander, durch ihr gemeinsames und individuelles Einwirken auf die Natur in Bewegung gesetzt werden können. Im Marxismus erscheint also zum ersten Male konsequent durchgeführt der Gedanke, daß Ökonomie, Gesellschaft, Geschichte nichts anderes sind, als die Entwicklung von Systemen menschlicher Beziehungen, daß die in diesen entstehenden eigenartigen objektiven Gesetze — alledings kompliziert und weit vermittelt — Synthesen menschlischer Handlungen sind. Was bei Hegel noch in mythologischen Formen erscheint, erhält hier eine wissenschaftliche Objektivität.

Dieses höchst einseitige kursorische Resumé soll nur dazu dienen, um einen Ausblick auf die Probleme der Ethik, vorallem natürlich auf die der Verantwortung zu geben. Wenn wir vorhin die Betrachtung, daß der Mensch der Schaffer seines eigenen Schicksals sei, einen großen Gedanken genannt haben, so ist in dieser Hinsicht der Marxismus die Konkretisierung und Krönung des bisherigen Werdegangs der Ethik. Denn die These, daß der Mensch sich selbst schafft, wird durch den dialektischen Materialismus weit über die idealistischen Ahnungen Hegels hinausgeführt: die Arbeit in der der Mensch zum Menschen wird, sich selbst zum Menschen macht, kann nur da dann eine universelle Bedeutung erlangen, wenn sie wörtlich als physische Arbeit (die zugleich eine geistige, ja der Demiurg der Geistigkeit ist) genommen wird, wenn damit aus der Ontologie des Menschen jede menschenjenseitige Transzendenz verschwindet.

Die weltanschauliche Vollendung einer solchen Diesseitigkeit bildet hier nicht den Gegenstand unserer Untersuchung. Nur die eine Bemerkung sei gestattet, daß damit auch aus dem ethischen Begriff der Verantwortung jeder Hinweis auf jenseitige Bezüge — gleichviel ob sie den Charakter eines transzendenten Seins haben, wie in vielen Religionen oder das eines seinsjenseitigen Postulats wie bei Kant — ebenfalls radikal eliminiert wird. Dieser Verneinung schlägt aber hier in einer konkrete Bejahung um: das Ablehnen eines jeden Jenseits wirft weder Erkenntnis noch Gewissen auf eine isolierte Individualität zurück, wie im alten Materialismus, sondern statuiert im Gegenteil eine innige, freilich widerspruchsvolle, vielfach vermittelte Verbundenheit zwischen den Menschen als Persönlichkeit und als Gattungswesen; wozu zu bemerken ist, daß die Gattung für den Marxismus nicht bloß ein biologisch-anthropologischer Begriff ist, sondern darüber hinaus ein gesellschaftlich-geschichtlicher. Es muß also nicht — wie in jeder idealistischen Ethik — eine komplizierte Brücke über einen selbstgeschaffenen Dualismus geschlagen werden, die dialektische Einheit der Spannungen ist vielmehr eine naturmäßig-gesellschaftlich gegebene. „Das Individuum ist" — sagt Marx — „das gesellschaftliche Wesen ... Das individuelle und das Gattungsleben des Menschen sind nicht verschieden". Nur ihre jeweilige Verwirklichungsform, die Dialektik der Einheit der Widersprüche wandelt sich ständig im Laufe der gesellschaftlich-geschichtlichen Entwicklung. Das Fundament dieser in der steten Wandlung sich erhaltenden, reproduzierenden Einheit ist die Arbeit. Marx sagt: „Der Gegenstand der Arbeit ist (...) die Vergegenständlichung des Gattungslebens des Menschen". ■

Transit

EUROPÄISCHE REVUE

Eine neue Halbjahreszeitschrift für west-östliche Debatte.

Transit wird herausgegeben am **Institut für die Wissenschaften vom Menschen**, Wien, und erscheint im **Verlag Neue Kritik**, Frankfurt. Jedes Heft hat ein Schwerpunktthema, ca. 200 Seiten mit Abbildungen und kostet DM 20.00. Im Abonnement DM 18,00 portofrei.

Herausgeber: Krzysztof Michalski.

Redaktionskomitee: Klaus Nellen (Wien, verantwortlich), Jan Blonski (Krakau), Timothy Garton Ash (Oxford), János M. Kovács (Budapest-Wien), Susanna Roth (Wien), Jacques Rupnik (Paris).

Transit 1 Übergänge zur Demokratie?

Timothy Garton Ash Après le déluge, nous **Ralf Dahrendorf** Politik, Wirtschaft und Freiheit **François Furet** 1789-1917. Rückfahrkarte **Aleksander Smolar** Durch die Wüste. Die Dilemmas des Übergangs **János M. Kovács** Das große Experiment **Andrew Arato** Revolution, Civil Society und Demokratie **Jacques Rupnik** Wiedererwachen der Nationalismen **Zoran Djindic** Jugoslawien: Nationalitäteneintopf, scharf gewürzt **Elemér Hankiss** Zwischen zwei Welten. Wertewandel in Ungarn **Adam Michnik** Zwei Gesichter Polens **Adam Przeworski** Demokratisierung in Lateinamerika, Osteuropa und anderswo. Lyrik und Prosa von **György Dalos**, **Bohumil Hrabal** und **Michael Wüstefeld**.

Transit 2 Rückkehr der Geschichte

Jacques Rupnik und Dominique Moïsi 1989 in historischer Perspektive **Jerzy Jedlicki** Die unerträgliche Last der Geschichte **Marcin Król** Revolution, Restauration, Amnesie **Jan Blonski** Der antisemitische Retter. Warschau 1942 **Timothy Garton Ash** Solidarnosc - eine Sache der Vergangenheit **Miklós Szabó** Ungarn: Restauration oder Aufarbeitung? **Jan Patocka** Was sind die Tschechen? **Petr Pithart** Der Philosoph als Ketzer **Juri Afanassjew** Das beschädigte Gedächtnis **Waldemar Weber** Schuld und Sühne **Tomas Venclova** Litauen: Das Erbe des Gediminas **Peter Demetz** Öffentliche und kapillare Geschichte **Helmut Dubiel** Deutsche Vergangenheiten **Stefan Wolle** Das Stasi-Akten-Syndrom **Henri Rousso** »Säuberungen« gestern und heute **Steven Beller** Wessen Geschichte eigentlich? Lyrik und Prosa **von Joseph Brodsky, Mihály Kornis, Wislawa Szymborska und Tomas Venclova**. Photographien von **Wanda Gawronska, Barbara Klemm, Chris Niedenthal** u.a.

Transit 3 Die Mühen der Ebene (12/91)

verlag neue kritik

Kettenhofweg 53, D-6000 Frankfurt/Main

Fortsetzung von S. 28

Nachhutgefechte schon hinweg. Vieles wird zwar „niemals zu klären sein", aber „in den wahrhaft nationalen Fragen sind die politischen Kräfte aufeinander bezogen" (S. 81) — was 1914 schon Wilhelm II. und die SPD wußten —, weshalb wir Deutschen uns nicht „kleiner und ärmer" machen sollten (als wir sind). Macht wirkt „auch zum Guten", dies muß die Linke nach 1990 akzeptieren. Selbst wenn sie sich darüber „nachhaltig" spalten sollte, bringt dieses Bekenntnis zum „Gewicht des eigenen Landes" "der deutschen Politik Gewinn" (S. 79, 81). Was wollen wir mehr?

Solcherart über den Geist von Berlin aufgeklärt, trauert die Zwischengeneration der 68er dem Schicksal „ihres" Demokratisierungsprojektes „von ziviler Gesellschaft" (Th. Schmid) nach. Ihre Werthaltung ohne expressive Orientierungsmodi (wie den Nationalstolz), ihr Ziel einer (zugegeben gegenüber der Festung (West)Europa und den Flüchtlingswanderungen der Welt blauäugigen) Multikultur und universellen Entnationalisierung, ihre Wertorientierung am Postmaterialismus (auf hohem materiellen Niveau) sind ab 1990 nicht mehr „die" Zielwerte weder der alten noch einer neuen Moderne. Im Wahlkampf 1990 können die West-Grünen solchen Positionen noch nicht einmal mehr den Einzug in den Bundestag gewährleisten.

Die Berlin-Debatte des Bundestages und Brigitte Seebacher-Brandts Einheitsbuch verweisen auf diesen Wandel der politischen Kultur und reiben hämisch Salz in diese Wunde. Im Sinn der Projekte z.B. des Mittelmaßes unterhalb der weltpolitischen Vereinnahmung allen Eigensinns, der sozialen Ökologie ohne Krauses Beschleunigungsgesetz, des Mutes zur Überschreitung selbstverschuldeter Unmündigkeit und eines Ausgleichs zwischen allgemeinuniversalistischen Rechtstiteln und den besonderen Ansprüchen einzelner Gruppen, Geschlechter, Regionen etc. muß gegen die nationale Begründungsgemeinschaft (egal ob für Berlin oder Bonn) mobilisiert werden. Sonst wird im größeren Deutschland tatsächlich alles anders, ohne den Erfordernissen einer positiven Aufhebung der bis 1989 erreichten (vorher aber schon gefährdeten) Halbheiten und Ansätze gerecht zu werden. Es wäre fatal, wenn die entsprechenden Generationen tatsächlich abgewählt worden wären oder der demokratischen Frage zugunsten der nationalen Einheit abgeschworen hätten.

EIKE HENNIG

Brigitte Seebacher-Brandt
„Die Linke und die Einheit"
Corso bei Siedler, Berlin 1991, 85 S., DM 20,—

Hans Mayer über die DDR

Als gäbe es nicht schon genügend Literatur über die nunmehr historische DDR. Erinnerungen, Analysen, Polemiken, geschrieben in Zorn oder in Trauer. Die ersten Bücher *nach der Wende* werden bereits in den Antiquariaten gesichtet. Viel Ramsch ist dabei, nach Perlen muß man lange suchen. Zu hoffen ist, daß eine dieser „Perlen", die Erinnerungen Hans Mayers, von vielen gelesen werden, ehe sie in die verstaubten Regale alter Buchläden verschwinden. Er, der heute über achtzigjährige ehemalige Professor für Germanistik an der Leipziger Karl-Marx-Universität, hat uns Jüngeren nämlich noch etwas mitzuteilen, heute, nicht morgen. Zeitzeugen wie ihn gibt es nur noch wenige in der von der antifaschistischen Kultur des Exils geprägten Generation von Publizisten und Wissenschaftlern. Dieser Generation entstammen auch viele aus der alten Nomenklatura der ehemaligen DDR — aber wie unterschiedlich sind doch die Wege etwa eines Erich Mielke und eines Hans Mayer. Der eine wurde zum Täter, der andere zu dessen Opfer.

Reicht der Blick auf den Namen des Mannes aus, dem Hans Mayer sein Buch gewidmet hat, um die Schublade „Rechtfertigungsliteratur" zu öffnen? Stephan Hermlin ist keine Glanzfigur vierzigjähriger „DDR-Literatur", sondern einer ihrer widersprüchlichsten, ebenso fragwürdigen wie auch achtenswerten Repräsentanten. Und genau dieser Widersprüchlichkeit, dieser Zerrissenheit zwischen hohen Idealen und oft miesem Verhalten im Alltag der großspurig „sozialistisch" genannten Verhältnisse gilt der räsonierenden Rückblick Mayers auf *eine* Deutsche Demokratische Republik.

Zusammen mit Ernst Bloch, Robert Havemann, Rudolf Herrnstadt, Peter Huchel und vielen anderen gehört ja auch der heute in Tübingen lebende Mayer zu den Portalfiguren einer *deutschen, demokratischen Republik*, die sich — wie irrtümlich auch immer als Antwort auf den nationalsozialistischen Unrechtsstaat verstand. Daß diese Antwort, dieser Traum der aus Exil und Lager heimkehrenden Antifaschisten schließlich gescheitert ist, kann Mayer und seinen Gesinnungsfreunden zuletzt angelastet werden. Da muß man an andere denken, an Walter Ulbricht zum Beispiel, dem Mayer in seiner Erinnerung die bittersten Vorwürfe macht. „Er war ein sehr nachdenklicher Verbrecher, der wahrscheinlich gewußt hat, was er tat und wie er log." Erich Mielke wurde bereits genannt. In der wahrlich nicht kleinen Reihe aufgestiegener Despoten unter hochdekorierten „Antifaschisten" war er einer der miesesten Figuren. Kurt „Tapeten"-Hager darf nicht vergessen werden, dieser „ideologische Besserwisser" (Mayer), die personifizierte Lüge, der sich in den letzten Tagen der sklerosen SED noch schnell als „Reformer" aus seiner Verantwortung stehlen wollte. Hilde Benjamin, die gnadenlose Justizministerin aus Ulbrichts Zeiten könnte noch genannt werden und Hermann Kant, dem „Liebling der obersten Abteilung" (Mayer). Alle aber, die Rang und Namen hatten in der ehemaligen DDR, darauf weist Hans Mayer immer wieder hin, kann man nicht über einen Kamm scheren. Johannes R. Becher ist dafür so ein Beispiel.

Neben den widersprüchlichen Figuren der Politik und des kulturellen lebens in der alten DDR, sind aber auch Namen festzuhalten, die ein anderes Bild der DDR repräsentieren. Uwe Johnson sei erwähnt, für den die Trommel zu rühren, Mayer nicht müde wird. Das längste Kapitel in dem Buch ist ihm gewidmet. Von den Jüngeren schätzt der alte Germanist aus Tübingen besonders Christoph Hein, dessen „Ritter der Tafelrunde" er ausführlich im Schlußkapitel als eine gelungene Metapher auf den Untergang des Politbüros würdigt.

Hans Mayer liebt es von sich zu reden — warum auch nicht. Aber ist der Eindruck falsch, daß er auch vieles verschweigt? So sehr von Hans Mayer zu lernen ist, es bleiben doch Fragen. Selbstkritik ist keine Stärke von Mayer, Bescheidenheit erst recht nicht. Immer finden wir ihn auf der „richtigen Seite", keine Minute schien er Sympathie für Stalin und seine Nachfolger zu haben. Er würdigt die widersprüchlichen, zweifelnden Sozialisten, spottet über die Apparatschiks und dummen Mitläufer. über sich aber spricht er nur, wenn er sich „gut in Szene setzen kann": ich und Thomas Mann, ich und die Opposition gegen Stalin... Steht er damit aber nicht selber in einer Tradition linker Unfehlbarkeit, die er an anderen so scharf kritisiert?

CARL WILHELM MACKE

Hans Mayer
Der Turm von Babel
Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1991, 272 S.

Die Axt an der Wurzel

Redaktionsräume der „Graswurzelrevolution" in Hamburg, sowie die Privatwohnung eines Redaktionsmitarbeiters waren Ziele eines „Staatsschützer"-Einsatzes am 17. Juli diesen Jahres.

MitarbeiterInnen der „Graswurzelrevolution" wurde mitgeteilt, die Durchsuchung stehe in Zusammenhang mit der Publikation der Flugschrift „Die Waffen nieder", einem Flugblatt zu Aktionen gegen die Bundeswehr, als weiterführende Aktionsperspektive für libertäre und antimilitaristische Gruppen (GWR 134/März 1991). Darin schien vor allem der Beitrag „Blockiert die Rekrutenzüge!" die Staatsanwaltschaft zu beunruhigen.

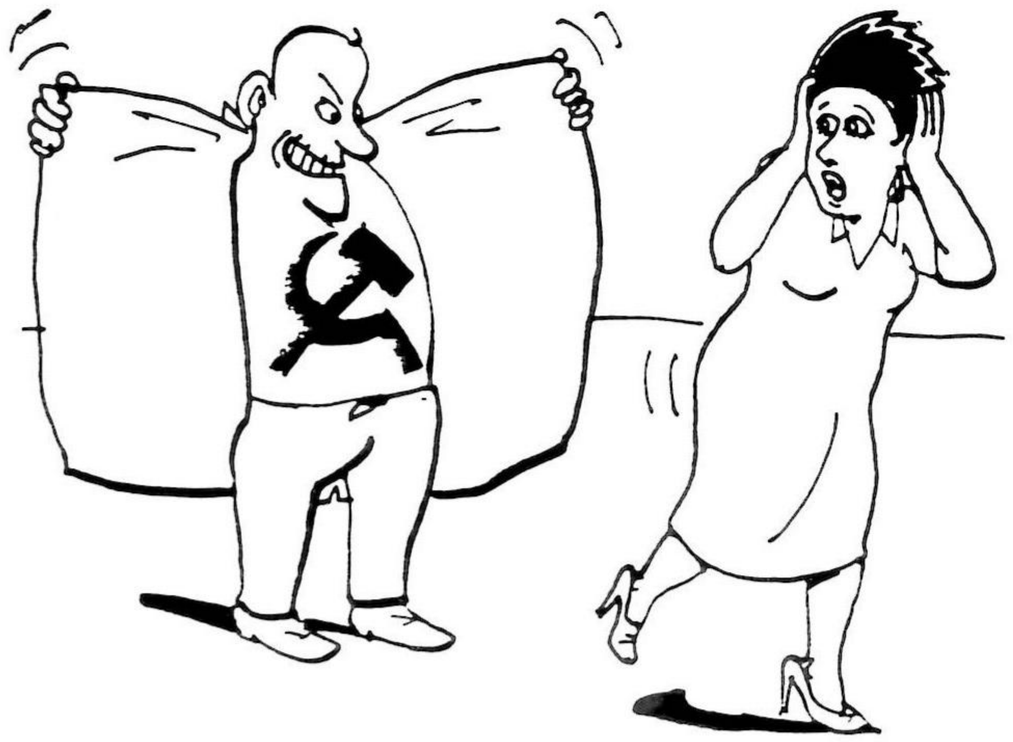
Die Vorladung des Staatsanwaltes wegen „öffentlichen Aufrufes zu einer Straftat", datiert vom 30.4. (zurückgehend auf o.g. Beitrag), kann nach Angaben der Graswurzelredaktion deshalb nicht in Zusammenhang mit den Schnüffeleien gebracht werden und ist somit nur als Vorwand zu werten; ein plausibler Einwand, sind doch die „Jungs" vom Staatsschutz sonst auch nicht so flügellahm.

Egal ob oder zu welcher Interpretation man gelangt, eins zeigen diese Maßnahmen ganz deutlich: Die staatlichen Einschüchterungen gegen radikal-antimilitaristische Aktionsgruppen gehen weiter.

In einer BRDDR die sich anschickt, auch militärisch wieder mehr mitreden zu wollen in der Welt, gelingt eine gezielte „Entpazifizierung von Staats wegen" vor allem indem das politische Spektrum, das eben dies kritisiert, permanent kriminalisiert wird.

Prozeßspenden-Kto: 26657-207
BLZ: 200 100 20 Postgiro
Hamburg, Stichwort: Repression

THOMAS KUNZ



DETLEV CLAUSSEN

Abschied vom SB

Abschiede gehören zum Leben, auch zum Alltag von Zeitungsredaktionen. Im Fall des Redaktionsaustritts von Detlev Claussen liegt die Sache etwas anders. Im SB und in der links-Redaktion hat es immer politisch disparate Positionen gegeben, die allerdings innerhalb eines gemeinsamen politischen Kontextes miteinander noch diskutabel waren: heterogene politische Meinungen, die sich deswegen akzeptieren konnten, weil sie sich durch undogmatische linke Politik verbunden fühlten. Diese Gemeinsamkeit, ist aus Gründen, die noch nicht restlos geklärt worden sind, in der Golfkriegsdebatte verloren gegangen. Plötzlich funktionierte diese Rahmenbedingung linker Politik nicht mehr: politische Fronten wurden aufgerissen, die nicht mehr zusammenzubringen waren. Wir publizieren den ,,Abschiedsbrief" von Detlev Claussen gerade deshalb, weil hinter seinem Austritt und dem anderer eine politische Diskussion steht, die für das Überleben der Zeitschrift von Bedeutung ist, und der wir deshalb auch nicht ausweichen wollen. An dieser Diskussion möchten wir unsere Leser und Leserinnen beteiligen.

Liebe Genossinen und Genossen,

Ein Jahr nach der ‚Invasion des Irak in den Kuwait, das die Orientierung ohne das alte politische Fadenkreuz des Ost-West-Konfliktes verlangte, möchte ich aus dem Sozialistischen Büro austreten und bitte Euch, mich aus dem Impressum der *links* als ,,ständiger Mitarbeiter" zu streichen.

Denkt nicht, daß meine ,,Ausbürgerung" aus der Redaktion für mich der Anlaß gewesen ist, obwohl ich das etwas ruppig fand. Fünfzehn Jahre, seit der ausgehenden Nelkenrevolution in Portugal bis zum Golfkrieg, von 1976 bis 1991, habe ich in der Redaktion gearbeitet, so weit es meine private Ökonomie zuließ. Neben dem vielen Ärger, der mit jeder politischen Arbeit verknüpft ist, hat es mir auch Spaß gemacht und durch *links* habe ich eine Menge Leute kennengelernt, mit denen mich Freundschaft, Respekt und gegenseitige Anerkennung verbindet.

Für einen Blick zurück im Zorn besteht kein Anlaß. Schon vor dem Golfkrieg hatte ich das Gefühl, das ich einigen Redaktionsmitgliedern mitgeteilt habe,— eines Endes. Der Fall der Mauer, den 9. November 1989, halte ich nicht für das entscheidene Ereignis, sondern nur für ein spektakuläres Epiphänomen der wesentlichen politischen Veränderung: das Ende des Ost-West-Konfliktes. Die traditionelle wie die Neue Linke haben dieses Ende verschlafen. Die Gewalt, mit der alten Positionen gegen die Wahrnehmung von Realität im Golfkrieg behauptet wurden, erklärt sich aus der Angst vor dem Neuen. Diese Angst ist populär und nicht unbegründet; aber als dominantes Gefühl, das die politische Wahrnehmung bestimmt, ist es selbst neu in der schon hundertfünfzigjährigen Geschichte der europäischen Linken. Auch das ist nur ein Symptom für einen großen geschichtlichen Bruch — ein weltgeschichtliches Erdbeben, das unter unseren Füßen vor sich geht. Was mich bei vielen alt- und neu-linken Freunden stört, ist der Hang zum status quo, der als Lehre aus der Geschichte legitimiert wird.

In den letzten Jahren macht sich in der Linken, der alten wie der neuen, eine quasi ontologische Kapitalismuskritik breit, vor der jede Realitätsveränderung akzidentell erscheint. Ein Radikalismus, der sich mit der Wirklichkeit nicht mehr berührt, fällt in Gesinnung, eine verhärtete Form des Meinens, zurück. Auch subjektiv nivelliert sich die Differenz zwischen alter und neuer Linker zu einer einheitlichen sozialistischen Weltanschauung, die an Traditionalismus dem der II. Internationale nicht nachsteht. Allerdings organisierten die traditionellen sozialistischen Arbeiterparteien Massen, die der Wunsch nach einem besseren Leben zur politischen Aktivität trieb. Die linke Gesinnung heute unterwirft die Wirklichkeit einer moralisierenden Kritik, die a priori der Linken selbst eine moralische Überlegenheit über den Rest der Welt attestiert. Dabei wird ,,die" Linke selbst immer fiktiver und eine Zeitung, die zur Selbstmystifikation der Linken beiträgt, möchte ich nicht unterstützen.

Seit dem Deutschen Herbst 1978 habe ich mehrfach in der *links* den Selbstzerstörungsprozeß der Linken analysiert — eine Diagnose, die von der Mehrheit der jetzigen Redaktion nicht geteilt wird. Während des Golfkrieges wurde Kritik an linken Gewißheiten als eine Verrat gebrandmarkt, eine Politik der ,,Leserbriefe" verfolgt, in denen Kritiker der Anti-Golfkriegsbewegung als ,,Linke" — in Anführungsstrichen — denunziert wurden. Das erinnert zu sehr an die scheußliche Zeit der K-Gruppen und ich habe keine Lust, zehn Jahre zu warten, bis dann reumütige Salti mortali zu beobachten sind, die vom alten linken Konformismus durch einen neuen gesamtgesellschaftlichen führen.

Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus scheint als letzter linker Gemeinplatz der Imperialismus übrig zu bleiben. Warum nicht spätestens das Auseinanderfallen der Sowjetunion zu einem Wunsch nach Aufarbeitung linker Vergangenheit führt, bleibt ein Rätsel. Der selbstvergnügte Hinweis, man habe mit alledem nichts zu tun, demonstriert eine Ignoranz, die jede Kritik an der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands, der internationalen Kollaboration und der Mitschuld von Bürgertum und Proletariat desavouiert. Man hat den Eindruck, die Beschäftigung mit der Vergangenheit bei vielen Linken besitzt einen reziproken Funktionalismus wie bei den meisten Rechten. Nur wenn der aktuelle politische Gegner delegitimiert werden kann, interessiert die Geschichte. Die Unvergleichbarkeit der nationalsozialistischen Verbrechen wird nicht deswegen festgestellt, weil es so ist, sondern weil es nützt. Die Abwehr des Anspruchs, sich mit der eigenen

Tradition zu beschäftigen, scheint ein deutliches Symptom. Was es bedeutet, ein Nachgeborener der entscheidenden zivilisatorischen Katastrophe des 20. Jahrhunderts zu sein, interessiert kaum einen mehr. Ohne ein Bewußtsein von Nachgeborenenschuld kommt man in verdammte Nähe zu den Gnadenkindern mit später Geburt.

Was mich stört, ist die linksalternative Gewißheit, zum besseren Teil der Menschheit zu gehören. Nachträglich möchte ich zur Antigolfkriegsbewegung bemerken, daß ich sie mißverständlicherweise ,,Friedensbewegung" genannt habe. Sie war weder einheitlich noch pazifistisch. Den spontanen Protest der Schulkinder kann ich als Ausdruck von Ängsten akzeptieren, aber die Ideologisierung der Friedensdemos als Anfang einer ,,sozialrevolutionären Bewegung" oder ihrer Inhalte als Wünsche nach der ,,Abschaffung der Herrschaft von Menschen über Menschen" — da kann man doch nur mit den Achseln zucken. Wenn man Leuten vorwirft, daß sie ,,die" Friedensbewegung in toto kritisieren, dann sollte man es besser unterlassen, sie vice versa zu idealisieren.

Alte Genossinnen und Genossen haben sich angedient, als Interpretatoren ,,der" Friedensbewegung — auch in der *links* — aufzutreten. Als verbindlicher linker Traditionszusammenhang wurde der Pazifismus dargestellt. Das ist nicht nur falsch, sondern auch ein Stück Verlogenheit. Der Kampf gegen den Nationalsozialismus und die Befreiung von Kolonialismus sind gewaltsame Prozesse gewesen, in denen Gewalt von Linken nicht nur legitimiert, sondern angewandt wurde. Aus diesem Grund bin ich zur Linken gekommen und trotz vieler Enttäuschungen bleibe ich von der Legitimität von Gewalt unter genau bestimmten Umständen überzeugt. Damit sind wir wieder beim Golfkrieg. Von August 1990 (s. taz 20.8. 1990) habe ich die amerikanische Diplomatie und die Politik des Präsidenten Bush kritisiert, aber ebenso notwendig schien mir der Hinweis auf das Verhalten der postkolonialen Führungseliten (s. diskus Feb. 1991: ,,Mißglückte Befreiung"). Die Interpretation als ,,Krieg zweier Kulturen", die nicht nur von Massarat und Nirumand gepflegt wurde, scheint mir die allerletzte postkolonialistische Attitüde, die allein das Verhalten westlicher Regierungen ernst nimmt und das Hazardspiel von ,,Schmalspur-Faschisten" (F. Fanon) aus der Dritten Welt paternalistisch zum Dummen-Jungen-Streich verklärt. Ärgerlich wirkt der allgemein verbreitete Mißbrauch des Solidaritätsbegriffs, der nach Horkheimer von ,,gemeinsamer Erkenntnis" nicht zu trennen sei. Mit Saddam Hussein und auch Yassi Arafat verbinden mich keine gemeinsamen Einsichten. Inzwischen halte ich nicht nur das irakische, sondern auch das palästinensische Volk für ein Opfer ihrer politischen Führer.

Bleibt das Befremdendste: der Antiamerikanismus der Protestideologen. In der Tat scheint Antiamerikanismus bei den Kids wenig verbreitet, während er von den linken Interpretatoren seit langer Zeit geradezu gepflegt wird. Ohne Anführung plädierte die PROKLA in einem Editorial für einen ,,linken Antiamerikanismus", meine Kritik druckte die *links* postwendend im Juli 1989: ,,Der Dilettantismus des Unmöglichen — Linker Antiamerikanismus" unwidersprochen, während eineinhalb Jahre später ,,linker Antiamerikanismus" geradezu zu einer logischen Unmöglichkeit erklärt wurde. Elmar Altvater z.B. hat die Einstellung aus diesem Editorial während des Golfkrieges öffentlich zelebriert. Aber die Apologeten des Protests tun so, als ob es linken Antiamerikanismus nicht geben könnte, weil er in ihren Augen berechtigt ist. Auf die US-Regierung reagiert die deutsche Linke, oder was davon noch übrig ist, wie ein Pawlowscher Hund. Die Härte und Offenheit der öffentlichen Auseinandersetzung vor dem Golfkrieg in den USA geht gar nicht mehr in viele linke Köpfe in Deutschland. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes sind die USA die letzte Weltmacht und ihre Öffentlichkeit — eine mit allen Mängeln behaftete demokratische — wird ein zentrales politisches Schlachtfeld sein. Was durchgesetzt werden soll, muß auch dort durchgesetzt werden. Es genügt nicht, aus welchem Dünkel auch immer, Amerika abzulehnen. Kein verantwortlicher palästinensischer Politiker — wie man aus privaten Gesprächen weiß — kann sich eine Nahost-Lösung ohne die USA vorstellen. Aber kaum ein Linker in Deutschland will das wissen. Freiwillige Blindheit?

Wie kann man nur die Propagandaformel von der ,,Neuen Weltordnung" à la lettre nehmen? Die USA sind eine absteigende Weltmacht. Das verspricht nicht mehr Sicherheit als das Ende des Ost-West-Konfliktes. Aber warum gehen deutsche Linke verachtungsvoller mit internationalen Institutionen, dem Völkerrecht, der UNO etc. als Ronald Reagan and Co.? Zur Lösung der meisten politischen Konflikte auf der Welt scheint eher ein eiskalter politischer Realismus hilfreich, der analytisch etwas von den jeweiligen Verhältnissen versteht, als das moralingepushte Überfliegertum, das nicht einmal die Diversifizierung politischer Entscheidungen während des Golfkrieges zur Kenntnis nehmen wollte. Weil die *links* in letzter Zeit weniger in der Verbreitung gesellschaftskritischer Analysen als in der Bestätigung linker Gesinnung ihre Aufgabe sah, fühle ich meine Arbeitskraft in diesem Projekt vergeudet. Die *links* war seit 1976 ein politischer Kompromiß zwischen alter, pazifistischer und neuer, an unterschiedlichen Befreiungstheorien orientierter Linker. Niemand hat einfach bloß ,,recht gehabt", doch der Mangel, über die veränderte Lage nachzudenken, treibt mich zu anderen Publikationsmöglichkeiten.

Good bye, Euer
Detlev Claussen

Stellungnahme der Redaktion

Lieber Detlev,
ohne Deine Arbeit wäre die *links* fünfzehn Jahre lang eine andere Zeitschrift gewesen. Du hattest nicht nur, wie andere auch, Deine Spezialgebiete. Deine Fähigkeit, in weltweiten und historischen Zusammenhängen zu denken und Querverbindungen herzustellen, war für unsere Zeitschrift wesentlich. Durch Dich wurde in der Redaktionsarbeit die Tradition der Kritischen Theorie lebendig, ihren emphatischen Begriff von Kritik hast Du als Maßstab immer wieder in die Arbeit an der Zeitung eingebracht. Wenn Du in Redaktionssitzungen das Wort ergriffst, pflegte ein frischer Wind durch die Diskussionen zu wehen, die Debatten wurden schärfer. Viele haben von Dir gelernt, manche haben Dich bewundert, einige sich über Dich geärgert, gleichgültig hast Du niemanden gelassen. Dafür möchten Dir die Redakteurinnen und Redakteure auch im Namen der LeserInnen Dank sagen.

Und Du warst ein treuer Mitstreiter. Noch vor zwei Jahren wußtest Du triftig darzustellen, warum es richtig und notwendig sei, in der *links* zu publizieren ohne Honorar und trotz der relativ geringen Abozahlen. Dies hat sich nun geändert, sehr schnell, wie wir finden. Natürlich: die historischen Ereignisse. Die Epoche der Oktoberrevolution und des Ost-West-Konfliktes ist zu Ende. Aber wieviel Anfang und wieviel Kontinuität stecken in diesem Ende? Auch diese Fragen werden wir ohne Dich beantworten müssen, wenn wir denn überhaupt zusammenbleiben können. Denn an die Seite der Gewalt, mit der alte Positionen behauptet werden, tritt die Gewalt, mit der bestehende Zusammenhänge zerstört werden.

Du hast Recht, wir sollten die kleineren Blessuren, ohne die Trennungen nicht abgehen, nur am Rande erwähnen. Für die schlimme ,,Ausbürgerung" möchten wir uns nochmals entschuldigen, obwohl die Redaktion nicht viel für sie konnte. Deine Be-

hauptung, wir betrieben eine ,,Politik der Leserbriefe", nehmen wir als Retourkutsche in Kauf, im Vertrauen darauf, daß wir so gut wie Du wissen, daß es eine derartige Politik nicht gibt. Das Wesentliche liegt woanders.

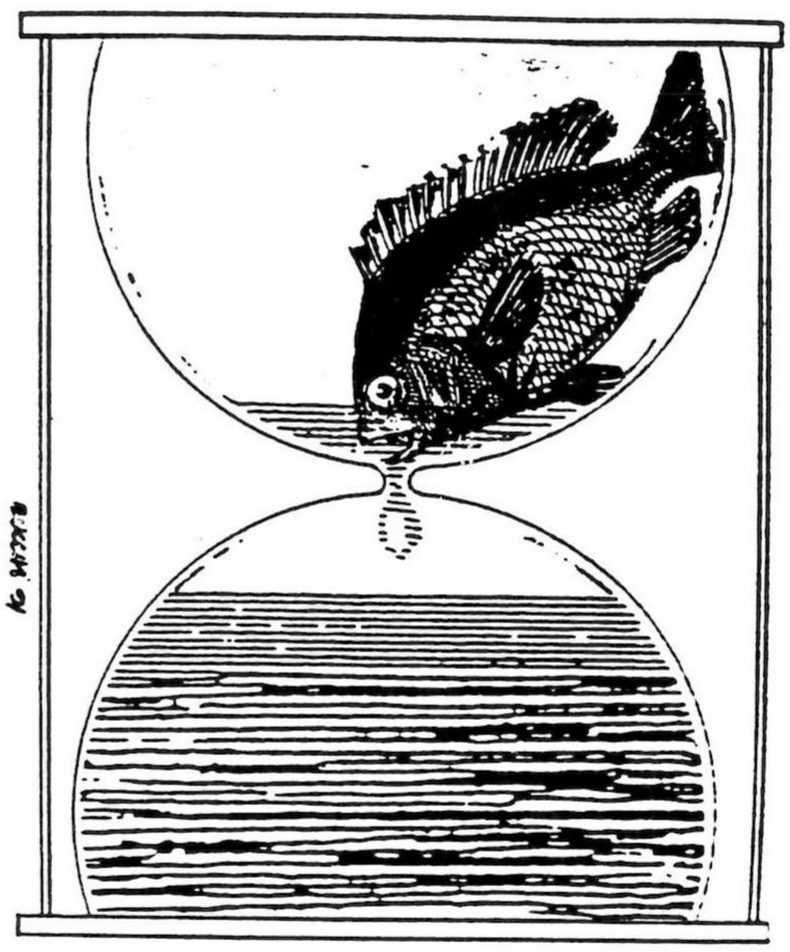
Als wir Deinen Abschiedsbrief gelesen hatten, fragten wir uns zuerst, ob Du im Ernst unsere Zeitschrift meinst. Daß Du die *links* als Gralshüterin linker Selbstgewißheiten präsentierst, entlockte einigen von uns sogar ein Lachen, hatten sie dieses Blatt doch eher als eine mahnende Stimme erlebt, die immer neben den Akteuren und Bewegungen herlief, die nachdenkliche Mahnung raunend, alles sei doch viel komplizierter und unsicherer. Jedenfalls hat in diesem Hort des linken Traditionalismus Detlev Claussen dreizehn Jahre lang mehrfach den Selbstzerstörungsprozeß der Linken analysiert.

Glaubst Du im Ernst, wir hätten den Untergang der Sowjetunion verschlafen? Dank der Mitarbeit unseres exzellenten Sowjetunionkenners sind wir wohl weit und breit das einzige Blatt, das so lange frühzeitig und kontinuierlich diesen Zerfalls- und Zerstörungsprozeß informierend und kommentierend verfolgt hat.

Oder die ,,ontologische Kapitalismuskritik" — nicht doch. Zur Historisierung unseres Verständnis von Kapitalismus hat wohl kaum einer mehr beigetragen als unser Redaktionsmitglied Joachim Hirsch. Und auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion will uns Imperialismus nicht nur als ,,linker Gemeinplatz" erscheinen, sondern als etwas ganz anderes, sehr viel komplizierteres: zum einen als soziale Realität, zu deren angemessener Beschreibung uns derzeit — und hier liegt ein kaum erkennbares Stück Wahrheit in Deiner Kritik (doch bist Du selbst davon nicht auch betroffen?) — die existierenden (,,linken") Theorien defizitär erscheinen; zum anderen als ideologisch gewordenes Schlagwort selbsternannter ,,Anti-Impi"-Kreise, mit denen wir politisch nichts gemein haben. Schon gar nicht deren Antiamerikanismus. Für Editorials der PROKLA sind wir nicht verantwortlich, weigern uns allerdings auch, deswegen Elmar Altvater bei uns nicht mehr schreiben zu lassen.

Wir teilten von Anfang an Deine Erkenntnis, daß man ,,die Friedensbewegung" nicht ,,in toto kritisieren" sollte, können aber wie Du ,,nur mit den Achseln zucken", wenn man sie als ,,Anfang einer sozialrevolutionären Bewegung idealisiert" und suchen vergeblich nach derartigen absurden Interpretationen in der *links*. Auch alte Genossinnen und Genossen, denen wir weiterhin die *links* als Diskussionsform anbieten werden, begründen ihr heutiges Engagement in ,,der Friedensbewegung" ernstzunehmender, ohne deshalb die Redaktionsmeinung zu repräsentieren. Letztere geht viel eher von dem selbstkritischen Eingeständnis aus, daß wir für derartige Protestbewegungen als Dialogpartner und kritische Reflexionsinstanz immer bedeutungsloser werden (geht Dir das anders?). Etwas ähnliches ist uns ja mit der Kritik an der Sowjetunion passiert, die nicht falsch aber politisch zu schwach und bedeutungslos war. Gegen diese Gefahr, in einer linksintellektuellen ,,Oberlehrer-Attitüde" (J. Hirsch in *links* 251) zu verharren, anzugehen, ohne Abstriche an unserer Kritik zu machen, ist zugegebener Maßen nicht einfach aber in jeder Hinsicht notwendig. In diesem Zusammenhang wollen wir solche Bewegungen nicht nur, aber auch als Lern- und Erfahrungsprozeß der daran Beteiligten ernstnehmen und unsere eigene Wahrnehmung dabei überprüfen. Dies entspricht wohl kaum einer ,,linksalternativen Gewißheit, zum besseren Teil der Menschheit zu gehören", denn eine solche Gewißheit führt viel eher zu einer ,,Politik der Abschiedsbriefe".

Bleibt der ernstzunehmende Hauptvorwurf der ,,Selbstmystifikation der Linken" infolge mangelnden Realitätsbezugs. Auf welche Realität bezieht sich die Diagnose dreizehnjähriger Selbstzerstörung der Linken? Von welchem Ausgangspunkt wird ihr



permanenter Niedergang gemessen? Wohl von 1968. Ist diese Diagnose aber nicht resistent gegen Entwicklungen, die ganz andere Praxisformen und vielfältig neue Inhalte sozialen Protests hervorgebracht haben? Ist sie nicht immun gegen die in diesen neuen Zusammenhängen geübte Kritik an der alten neuen Linken? Könnte es sein, daß die Beschwörung eines Zusammenhangs der neuen Linken, auch negativ und in polemischer Absicht, nichts mehr hergibt, selbst noch Mystifikation ist?

Eine kritische Betrachtung der Realität geht bekanntlich nicht von einem unveränderten Sein aus, sondern betrachtet Gesellschaft unter der Perspektive ihrer unterdrückten Möglichkeiten. Diese unterdrückten Gehalte entdeckt sie nur in der schonungslosen Durchdringung der verhärteten Zustände, nicht als Realpolitik. Es geht darum, die Realität nicht bloß nach ihren realen Machtverhältnissen zu beurteilen, sondern sie nach Maßgabe ihrer Veränderungsmöglichkeiten zu beurteilen und dem ihr innewohnenden Leid zu betrachten. Wem das zu ,,moralingepusht" ist — bitteschön! Er sollte aber zur Kenntnis nehmen, daß linke Kritik gerade nach Adorno nicht auf die stärkeren Bataillone hoffen, sondern deren Marsch als ,,Treten auf der Stelle" kritisieren sollte. Er sollte dann nicht den Niedergang der Linken unterstellen, sondern zugeben, daß ihm die Maßstäbe linker Kritik fragwürdig geworden oder abhanden gekommen sind und darüber nachdenken, wie denn kritische Politik heute begründet sein könnte. ,,Eiskalter Realismus" ist dabei notwendig, aber nicht hinreichend. Der vielbeschworene Niedergang der Linken spielt sich genau in diesem Verlust eines Maßstabs ab, in der Frage nach den Veränderungsmöglichkeiten einer Gesellschaft, die im Ernst dem Anspruch gerecht werden könnten, Neues zu entwickeln. Die Diagnose des Niedergangs reproduziert gerade den ,,Hang zum Status quo", nur daß er ihn als Lehre aus der Geschichte, als Lehre aus dem Ende des kalten Krieges, mystifiziert.

Als Beispiel: Es ist nun wirklich — entgegen Deiner Einschätzung — eine Binsenweisheit, daß gerade nach dem Golfkrieg jede Nahostlösung nur noch mit den USA möglich ist. Daß dies ,,kaum ein Linker" wissen will, stimmt nicht. Die Frage ist allerdings: Was ist eine ,,Lösung"? Auch wer die Rolle der USA anerkennt, muß nach ihren Interessen fragen, nach den Reaktionen der betroffenen Bevölkerungen in Israel, in den besetzten Gebieten, in den arabischen Ländern. Denn nur dann, wenn diese wenigstens in ihrer Mehrheit einer Lösung auch zuzustimmen bereit sind, kann das Wort ,,Lösung" sinnvollerweise gebraucht werden. So gesehen, ist die Situation ernster. Der Einfluß, den die USA dort errungen hat, beruht in so starkem Maße auf ihrer unmittelbaren Macht, daß sie Gegenreaktion direkt provoziert — für die ja schon wieder fleißig aufgerüstet wird. Und ob für die Palästinenser dabei etwas herausspringt, scheint fraglich, woran übrigens nicht nur ihre Führer schuld sind.

Dringlich bleibt die Aufarbeitung linker Vergangenheit, um im scharfen Licht der Aktualität die Genese der unheilvollen Entwicklungen und die Verstrickung der eigenen Tradition in sie zu erkennen. Als Praktiker dürfen wir vielleicht anfügen, daß die Umsetzung dieses Postulats in Zeitungsarbeit gar nicht so einfach ist. Auf Deine Mitarbeit, lieber Detlev, die wir gerade dabei so dringend benötigten, müssen wir verzichten. Falls Du allerdings unter den anderen Publikationsmöglichkeiten, die Du zum Schluß Deines Schreibens erwähnst, eine Zeitung findest, die linke Selbstreflexion, gesellschaftskritische Analysen und eiskalten Realismus so miteinander verbinden, daß auch Deine Ansprüche befriedigt sind, laß es uns wissen: Wir würden uns sofort um Mitarbeit bemühen.

Alles Gute und, vielleicht, auf Wiedersehen!

Die *links*-Redaktion

„Gewalt im Alltag und in der Weltpolitik“

Ende November finden an der Universität des Saarlandes friedenswissenschaftliche Vorträge und Veranstaltungen statt. Zum Thema „Gewalt im Alltag und in der Weltpolitik“ werden u.a. Karlheinz Koppe (Friedensforschung Bonn), der Sozialwissenschaftler Johann Galtung und der Baseler Philosoph Hans Saner Beiträge einbringen.
Termin: 26. - 31. Oktober '91
Information bei: Dieter Kinkelbur/ Martin Nieder, Universität des Saarlandes, Fachrichtung 5.1., Im Stadtwald, 6600 Saarbrücken, Tel.: 0681/30 22 397

Rüstungskonversion

„Von der Blockkonfrontation zur Rüstungskonversion?“ lautet der Titel einer Konferenz, die die Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung im November in Bremen durchfürt. Zu Fragen der Friedenssicherung und Abrüstung sprechen auf dem Kongreß u.a. Gert Krell (HSKF), Alfred Gettmann (HSKF), Reinhard Kuhlmann (Vorstand der IG Metall) u. Jörg Huffschmid (Arbeiterkammer Bremen). Themen sind u.a.: „Konsequenzen der deutschen Einheit für die europäische Friedensordnung“, „Abrüstung in Europa — Aufrüstung in der Dritten Welt?“, „Unternehmenspolitik, Diversifikation und Rüstungskonversion“.
Termin: 9. Nov. '91, 10-18 Uhr
Ort: Gewerkschaftshaus, Bahnhofsplatz 22, 2800 Bremen

Seminar rund um den § 218

Im Oktober findet in der Habsburger Fabrik in Freiburg ein Seminar für Frauen und Männer statt, bei dem folgende Themen behandelt werden: Mythos Embryo: rechtliche Neuregelungsvorschläge des § 218: Kinder um jeden Preis: Erfahrungsaustausch zu Abbrüchen.
Termin: 12. Oktober '91
Anmeldung: Fabrik für Kultur und ökologisches Handwerk e.V., Habsburger Str. 9, 7800 Freiburg, Tel.: 0761/55 14 99
Übernachtungsmöglichkeit und Kinderbetreuung bei rechtzeitiger Anmeldung möglich.

Demokratie und Menschenrechte in der Türkei

Zu diesem Thema veranstaltet das Gustav-Stresemann-Institut (GSI) in Zusammenarbeit mit dem Demokratischen Türkei-Forum e.V. Anfang November eine Tagung in Bonn. Folgende Themen sind geplant: Wie gestaltet sich z.Zt. in der Türkei das Verhältnis Bürger-Staat im politischen Alltag? Wie steht es mit der Liberalisierung des öffentlichen Lebens? Gibt es neue Lösungen zur kurdischen Frage? Hat sich die Position der EG und der NATO gegenüber der Türkei verändert?
Termin: 1. - 3. November '91
Ort: GSI Bonn
Anmeldung: Gustav-Stresemann-Institut, z.Hd. von Michaela Mertins, Langer Grabenweg 68, 5300 Bonn 2

Eingeborene Chiles im Befreiungsprozeß Lateinamerikas

Ende Oktober findet im Münster im Rahmen der 500 Jahre Conquista-Kampagne ein Seminar zum Thema „Die Rolle der Eingeborenen-Völker Chiles im Befreiungsprozeß-Lateinamerikas“ statt. Am Beispiel der Mapuche- und Pehuenche-IndianerInnen Chiles wird der Völkermord der Europäer an der Bevölkerung des amerikanischen Kontinents und deren Widerstand thematisiert.
Termin: 25. - 27. Oktober '91
Ort: Münster
Anmeldung: Chile-Informationsbüro e.V., Frauenstr. 3-7, 4400 Münster

Therapie- und Politik-Tagung

Anfang November findet im Kassel an der Gesamthochschule die „Therapie und Politik-Tagung“ statt. U.a. sind hier folgende Vorträge geplant: „Rollenidentität als Faktor der politischen Supervision“ (Reinald Weiß), „Fremdenfurcht und Asylgesetz“ (Herbert Stubenrauch), „Fremdenhaß“ (Konstanze Seeger-Müller), „Politische Supervision“ (Ulf Weißenfels), „Was ist linke Identität?“ (Bernhard Achternberg), „Politik und Individuum-Therapie als Widerstand des Einzelnen gegen Vermassung“ (Evelyn Holloway), „Die psychische Repräsentation der Ex-DDR in uns“ (Herbert Stubenrauch).
Termin: 1. - 3. November '91
Ort: GHK Kassel, Holländischer Platz
Anmeldung: Rolf Schwendter, FB Sozialwesen, GHK, Arnold-Bode-Str. 10, 3500 Kassel

Aus der Rolle fallen — Die Zukunft von Mann und Frau

Zu diesem Thema veranstalten im Dezember der DGB, Landesbezirk Bayern, die bayrische Volkshochschule und die LAG für politische Bildung „Arbeit und Leben“ in Bayern einen Kongreß. Seitens der Frauenbewegung aber auch seitens der hauptsächlich in den USA bestehenden Männerbewegung wird zunehmend deutlich gemacht, welche negativen Folgen sich aus den Rollenzwängen von Mann und Frau für die Gesellschaft ergeben. Es wird danach gefragt, ob im Abbau der überkommenen Geschlechterrollen auch ein Schlüssel für einen Abbau von Herrschaft, Gewalt und Destruktion liegen könnte. Die amerikanische Psychotherapeutin Jessica Benjamin und David Gilmore („Mythos Mann“) haben aus unterschiedlichen Blickwinkeln diese Fragen besonders deutlich gestellt. Auf dem DGB-Kongreß werden sie ihre Ergebnisse vorstellen. Ihre Positionen werden von Ute Gerhart (Lehrstuhl für Frauenforschung Frankfurt) und Lothar Boehnisch (Professor für Pädagogik in Tübingen) kommentiert.
Termin: 7. und 8. Dezember '91
Information u. Anmeldung: DGB Bildungswerk München, Schwanthalerstr. 64, 8000 München 2

DEMOKRATIE & SOZIALISMUS

IV. Tübinger Ernst-Bloch-Tage vom 8. — 10. November 1991

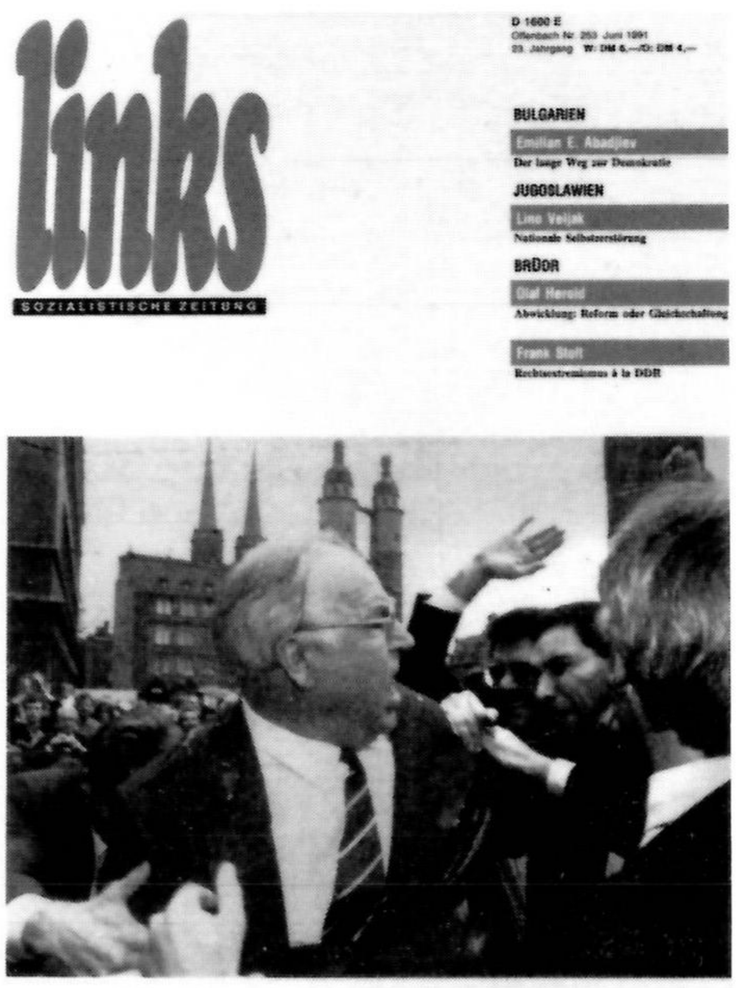
Die politischen Umbruche in den ehemals 'realsozialistischen' Staaten und das endgültige Scheitern zentralstaatlicher Planungswirtschaft weisen von neuem auf die Notwendigkeit hin, die theoretischen Grundlagen einer radikaldemokratischen linken Politik zu diskutieren. Dabei wird die Frage nach dem Verhaltnis von Demokratie und Sozialismus im Zentrum stehen. Wie sind die Prinzipien und Errungenschaften 'burgerlich-formaler Demokratie' zu bewerten? Welche Rolle und Funktion kann dem Markt in einer 'befreiten Gesellschaft' zukommen?
Gleichzeitig mit der Implosion der 'realsozialistischen' Burokratien befinden sich auch die kapitalistischen burgerlichen Gesellschaften in einer Umbruchsphase, die es zu analysieren gilt. Was sind die Konsequenzen dieser Transformation fur eine sogenannte 'Neue Weltordnung'?
Diese Fragen betreffen die Rahmenbedingungen fur eine am Ideal menschlicher Emanzipation festhaltende Politik und die Praxis der Neuen Sozialen Bewegungen.
In Fortfuhrung der Tradition fruherer Bloch-Tage wird auch die diesjährige Veranstaltung zum Thema *Demokratie & Sozialismus* ein offenes Diskussionsforum der undogmatischen Linken und kritischen Offentlichkeit sein.

Mit: Cornelius Castoriadis, Elmar Altvater, Bob Jessop u.a.

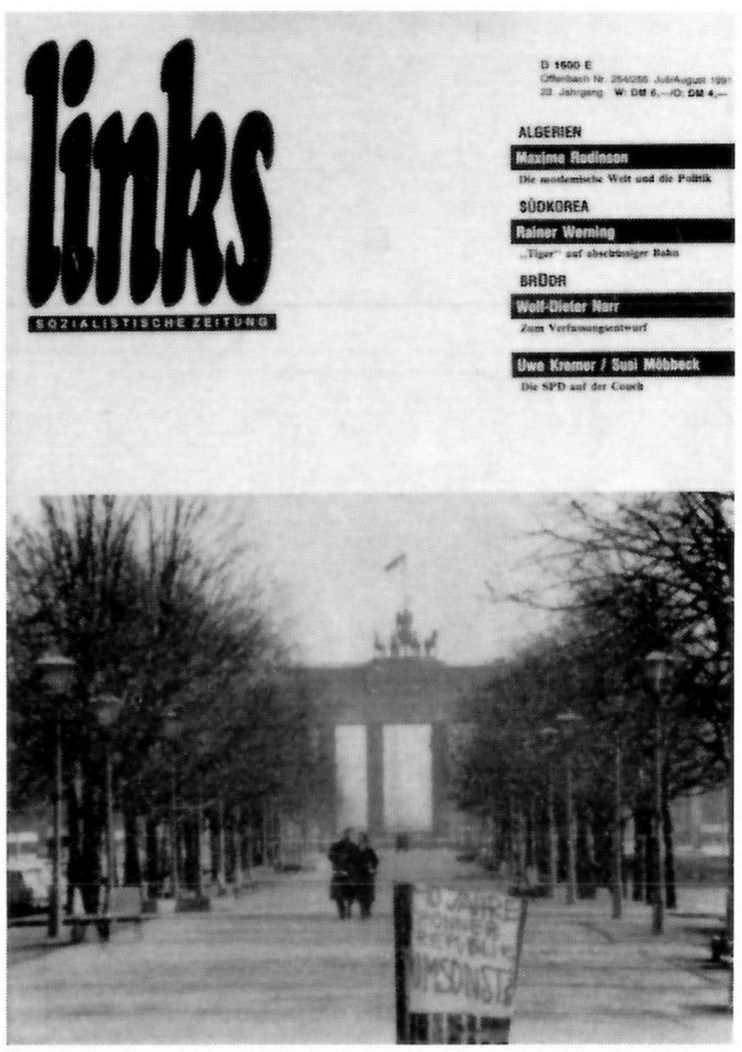
Freitag, 8. November:	Eroffnungsveranstaltung mit Vorträgen und Diskussion
Samstag, 9. November:	Tagung der verschiedenen Arbeitsgruppen:
AG I:	Utopie, Demokratie, Sozialismus
AG II:	Entmannlichung der Utopie *(Vorbereitung: Unabhängiger Frauenverband)*
AG III:	Zur Logik demokratischer Institutionen
AG IV:	Sozialismus & Markt
AG V:	Innere Veranderungen des Kapitalismus — Postfordismus oder Ende der Arbeitsgesellschaft?
AG VI:	Selbstbestimmung und Menschenrechte im Mittleren Osten
Sonntag, 10. November:	Abschlußpodium

UNTERSTUTZER/INNEN: Sozialistisches Büro Offenbach, LINKS-Redaktion, Unabhangiger Frauenverband Berlin, Redaktion TUTE — Tübinger Termine, Fachschaftsrate-Vollversammlung der Ernst-Bloch-Universitat Tubingen, GRUNE/AL Tübingen. In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Politische Ökologie. ANMELDUNG: Vorbereitungsgruppe Tubingen / Mathias Richter, Sigwartstr. 11, 7400 Tübingen, Tel.: 07071/27321. Teilnahmegebühr inclusive Materialien 25.- DM / 15.- DM ermaßigt.

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch



Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!



Die letzten drei *links*-Ausgaben mit Beiträgen zum Golfkrieg und den Folgen, über das Flüchtlingselend der Kurden und die Problematik „Migration als Menschenrecht".
Kostenlose Probeexemplare senden wir auf Anforderung InteressentInnen gerne zu.

Jede/r, die/der jetzt eine/n AbonnentIn wirbt, erhält von der Redaktion das Buch

Befreiung denken — Ein politischer Imperativ.
Ein Materialienband zu Herbert Marcuse, 2. erweiterte Auflage 1990

als Dankeschön.

Abo-Bestellschein

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

Bitte senden Sie die links ab der nächst erreichbaren Ausgabe an

Name _____ Vorname _____

Straße, Hausnummer _____ PLZ u. Wohnort _____

Das links-Jahresabonnement kostet W: DM 64,—/O: DM 40,—
incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl _____ Konto-Nr. _____

Name der Bank _____ Datum _____

Das Abo erhält:

Name _____ Vorname _____

Straße, Hausnummer _____ PLZ u. Wohnort _____

Datum und Unterschrift (Bestellunterschrift)

Datum und Unterschrift (Bestätigungsunterschrift)

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1991) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

1

Poppinga, Onno

Hochzeitstr. 5
D 3524 Immenhausen 01

WO DIE LINKS ZU HABEN IST:

BUCHLÄDEN

Stand: Oktober '90

Bamberg
Collibri-Buchhandlung
Austr. 14
Berlin
Buchhandl. in Schöneberg
Günter Senf
Eisenacher Str. 49
Buchladen am Savignyplatz
Carmerstr. 9
Kirschkern Buchversand
Schlüterstr. 28
Petermann, Gebr.
Zeitschriftenvertrieb
Kurfürstenstr. 111
Berlin (Ost)
SUSI
Haus der Demokratie
Raum 105
Friedrichstr. 165
Bern
Münstergass Buchhandlung
Münstergasse 35
Betzdorf
Buchhandlung Sarrazin
Viktoriastr, 21
Bielefeld
Buchladen Eulenspiegel
Hagenbruchstr. 9
Bonn
Buchladen 46
Kaiserstr. 46
Braunschweig
Magni Buchladen GmbH
Langedamm 13
Bremen
Buchladen im Ostertor
Fehrfeld 60
Darmstadt
Georg-Büchner-Buchladen
Lauteschlägerstr. 18
Dortmund
Buchladen Taranta-babu
Humboldtstr. 44
Düsseldorf
Bibabuze Buchladen
Aachenerstr. 1
Essen
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Viehofer Platz 8
Esslingen
Provinzbuch
Küferstr. 26
Frankfurt
Autorenbuchhandlung
Reuterweg 57
Baersch, Herbert Nachf.
Buchhandlung
Hostatastr./Ecke
Albanusstr. 29
Buchhandlung Hector
Gräfstr. 77
Buchhandlung Christensen
Kettenhofweg 104
Bund-Verlag-GmbH
Wilh.-Leusch.-Str. 69-77
Club Voltaire
Kl. Hochstr. 5
Karl-Marx-Buchladen
Jordanstr. 11
Uni Buch
Jügelstr. 1 (Studentenh.)
Ypsilon-Buchladen
Berger Str. 18
Freiburg
Jos Fritz-Buchladen
Wilhelm-Str. 10
Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Str. 10
Calvör. Akadem.
Buchhandlung
Weender Str. 58
Hagen
Quadrux Buchladen
Lange Str. 21
Hamburg
Buchhandlung Gegenwind
Grindelhof 45
Buchl. in der Osterstraße
Osterstr. 156
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Schlüterstr. 1
Hanau
Bücherstube Dausien & Erb
Am Freiheitsplatz 6
Hannover
Hennies & Zinkeisen
Fachbuchhandlung
Marienstr. 14 u. 18
Internationalismus-Buchl.
Engelbosteler Damm 10
Heidelberg
Der andere Buchladen
Plöck 93
Hildesheim
Amei's Buchecke
Goschenstr. 31
Hockenheim
Hockenheimer Bücherecke
Hirschstr. 20
Kassel
ABC-Buchladen
Goethestr. 77
Bücherstube Kossmann
Friedrichstr. 24
Coffie-Shop
Elfbuchenstr. 18
Kiel
Zapata Buchladen
Jungfernstieg 27
Koblenz
Reuffel Buchhandlung
Inh. E. Duchstein
Löhrstr. 92
Buchladen Heimes/
Mender/Pfalz
Schanzenpforte 2
Köln
Der andere Buchladen
Zülpicher Str. 197
Glasstr. 80
Lengfeldsche Buchhandl.
Kolpingplatz 1
Ringbuchhandl. Nethe
Hohenzollernring 38
Konstanz
Buchhandlung Meder
Paradiesstr. 3
Buchladen
„Zur Schwarzen Geiß"
Obermarkt 14
Krefeld
Andere Buchladen
Dionysiusstr. 7
Ludwigsburg
Buchladen Schwarzes Schaf
Reithausplatz 2
Lüneburg
Delbanco Buchhandlung
Bessemerstr. 3
Mannheim
Buchladen M2, 6
M2, 6
Marburg
Roter-Stern-Buchhandlung
Am Grün 28
Marktheidenfeld
Die Bücherstube
Kreuzbergstr. 19
Minden
Bücherwurm
Alte Kirchstr. 25
Mönchengladbach
Prolibri-Buchladen
Regentenstr. 120
Moers
Aragon-Buchvertrieb
Hombergerstr. 30
München
Basis-Buchhandlung
Adalbertstr. 43
Münster
Buchhandlung Krueper
Postfach 4609
ROSTA-Buchladen
Aegidistr. 12
Nürnberg
Bücherkiste Diekmann
Schlehengasse 6
Offenbach
Buchladen am Markt, BAM
Wilhelmsplatz 12
Tucholsky Buchladen
Mittelseestr. 14
Oldenburg
Carl-v.-Ossietzky-
Buchhandlung
Bergstr. 1
Holzberg Buchhandlung
Haarenstr. 20
Osnabrück
Autonomie-Buchladen
Martinistr. 9
Jonscher Buchhandlung
Postfach 2545
Recklinghausen
Attatroll Buchladen
Herner Str./Paulusstr. 2
Reutlingen
Jakob-Fetzer-Buchladen
Rokenstr. 4
Rosenheim
Irrlicht Buchladen GmbH
Innstr. 45 a
Saarbrücken
Der Buchladen
Försterstr. 14
Schweinfurt
Collibri Buchladen
Brückenstr. 7
Siegen
Bücherkiste GmbH
Bismarckstr. 3
Schneider Buchhandlung
Postfach 303
Stuttgart
Buchhandlung W. Niedlich
Schmale Str. 9
Kunst & Wissen
Postfach 10 28 44
Tübingen
Buchhandlung in
der Gartenstraße
Gartenstr. 20
die Gruppe —
Alt. Buchladen
Marktgasse 13
Wetzlar
Buchladen am Kornmarkt
Kornmarkt 12
Wien
Buchhandlung Frick
Graben 27
Buchhandlung B. Herrmann
Grünangergasse 1
Wiesbaden
Kassandra Buchladen
Westendstr. 1
Zürich
Pinkus & Co.
Froschaugasse 7